INHALTSVERZEICHNIS

Jugend und Rechtsextremismus in Berlin-Ost

Fakten und Gegenstrategien

Wir freuen uns auf Ihre Mitarbeit, auf Ihre Kritik, Ihre Meinung oder auch auf Ihre Vorschläge. Informationen und Erfahrungsberichte (selbstverständlich vertraulich) sind uns sehr willkommen.

Kontakt: *Magistratsverwaltung für*
Jugend, Familie und Sport
Jugendförderung
Schneeglöckchenstr. 26
1055 Berlin
Telefon: 4 34 26 06

Vorwort

Liebe LeserInnen!
„Jugend und Rechtsextremismus in Berlin/Ost – Fakten und Gegenstrategien" ist eine Materialsammlung, die wir im Vorfeld der uns noch bevorstehenden Wahlen in diesem Jahr zusammengestellt haben, um Ihnen eine Unterstützung bei Ihrer persönlichen Standortfindung zu geben. Es geht hier um die Darstellung von Rechtsradikalismus, der bisher totgeschwiegen bzw. in der DDR als nicht existent bezeichnet wurde. Bei unseren demokratischen Wahlen treten nun alle gesellschaftlichen Gruppierungen auf dem Wahlschein auf. Das heißt, die Palette reicht von links bis rechts. Mit dem vorliegenden Material möchten wir eine Darstellung zu den Gruppierungen rechts geben. Es ist nicht unser Ziel, damit ein Verbot heraufzubeschwören, denn mit Verboten erreicht man meistens immer das Gegenteil. Die Autoren versuchen in sachlicher Form Erfahrungen und Gedanken dieser Bewegungen zu vermitteln. Wir wollen uns damit insbesondere an Jungwähler unter uns wenden und ihnen Entscheidungshilfen bei ihrer Standortfindung für die politische Entwicklung unserer Länder und der Berliner Regierung geben. Diese Broschüre versteht sich als Ergänzung zum Material der Senatsverwaltung Frauen, Jugend und Familie mit der Spezifik des Ostteils unserer Stadt. Unser Anliegen ist es nicht, jemanden zu verdammen oder Haß zu schüren, sondern mit Worten Sachkompetenz darzulegen. Gewalt weder dagegen noch dafür ist eine Lösung.
Jeder Bürger soll mit seinem Demokratieverständnis die entsprechenden politischen Entscheidungen fällen, dabei Toleranz walten lassen, die allerdings nicht mit Gleichgültigkeit gleichzusetzen ist. Wir gehen davon aus, daß der sachliche Austausch von Gedanken und Überlegungen als Streit von Worten dem Ausbau der Demokratie mehr bringt, als das Sprechenlassen von Fäusten und Steinwürfen.

Für die Unterstützung bei der Erarbeitung dieser Broschüre möchte ich insbesondere Herrn Dr. Madloch von der Stiftung Gesellschaftsanalyse e. V. Berlin und Herrn Trutz aus der Magistratsverwaltung für Jugend, Familie und Sport stellvertretend für alle Beteiligten Dank sagen.

Hartmut Hempel/*Stadtrat*

Norbert Madloch

Rechtsextremismus in Ostberlin und in den Ländern der einstigen DDR

Mit den Landtagswahlen am 14. Oktober und den gesamtdeutschen wie Gesamtberliner Wahlen am 2. Dezember 1990 stehen die Bürger der ehemaligen DDR vor einer völlig neuen und für sie bislang unbekannten Situation. Erstmals werden in den neuen Ländern zur Bundestags- und Gesamtberliner Wahl auch rechtsextreme Parteien auf ihren Stimmzetteln stehen. Das schafft im Ringen zur Zurückdrängung des Rechtsextremismus auf dem Gebiet der Ex-DDR eine grundlegend veränderte Ausgangslage und bedingt sich noch umfassender als bisher mit den Programmen, Aussagen, Zielen und Praktiken dieser jetzt legalen rechtsextremen Parteien auseinanderzusetzen.
Rechtsextremistische Kräfte in Gestalt der Nazi-Skins und Fascho-Gruppen gab es auf dem Gebiet der DDR schon vor der Wende im Herbst 1989. Aber zur Herausbildung einer breiteren Organisationsstruktur solcher Kreise kam es erst mit dem Jahreswechsel 1989/90. Entgegen den Zielen der die demokratischen Veränderungen auslösenden und tragenden Kräfte ist seitdem in Ostberlin und in der übrigen Ex-DDR ein beachtliches Erstarken des Rechtsextremismus zu verzeichnen. Anfangs in Leipzig, dann aber auch in anderen Orten der DDR, entstand – wie der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, formulierte – bei einem Teil der DDR-Bürger die Tendenz, sich „in ein Deutschland-über-alles-Gefühl hineinzureden“. Diese Woge nutzend, formierten sich im Januar/Februar 1990 nach den Montagsdemonstrationen in Leipzig erstmals offen und ungehindert unter der Reichskriegsflagge marschierende Kolonnen junger Neonazis. Leipzig war auch die Stadt, wo die ersten Organisationen der **Republikaner** und der **Mitteldeutschen Nationaldemokraten** (MND), eine mit Hilfe der NPD aus Westdeutschland gegründeten Schwesterpartei, auf dem Boden der DDR entstanden.

Nach den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 veränderte sich jedoch recht bald das Bild. Schwerpunkt rechtsextremistischer Aktivitäten wurde jetzt Ostberlin. Auch ein anderer Wandel zeichnete sich ab. Gab es in den ersten Monaten nach der Wende noch Anzeichen, daß sich aus der neofaschistisch orientierten Skinhead-Szene heraus eigenständige Formen eines spezifischen DDR-Rechtsextremismus entwickeln würden, so verschwanden solche Tendenzen von Monat zu Monat mehr und mehr. Um die Jahresmitte 1990 wurde immer deutlicher, daß infolge einer verstärkten „kameradschaftlichen" Hilfe aus dem Westen auch in der DDR nur noch die Organisationsmodelle der BRD-Rechtsextremisten dominierten. Die Spezifik der DDR-Rechtsextremisten besteht nur noch darin, daß sie weit radikaler und militanter als ihre Gesinnungsgenossen in der BRD auftreten, hier neue Aktionsformen ausprobieren, dabei aber intellektuell und programmatisch weit hinter ihren Mutterorganisationen zurückbleiben. Will man sich daher ernsthaft mit den in Ostberlin und in den Ländern der ehemaligen DDR agierenden rechtsextremen Parteien auseinandersetzen, ist es erforderlich, sich genauer die politischen Ziele ihrer Mentoren im Westen Deutschlands anzusehen.

In Ostberlin und den Ländern der Ex-DDR bestehen zur Zeit folgende rechtsextremistische Parteien und Organisationen, die sich an den Wahlen beteiligen wollen: **die Republikaner.** Sie haben in allen Ländern des ehemaligen DDR-Gebiets und in Ostberlin Landes- bzw. Kreisverbände gebildet, die sich von Anfang an als integrierter Bestandteil der Schönhuber-Partei betrachteten. Wichtigstes Ziel dieser Partei ist nicht die weitere demokratische Ausgestaltung der aus beiden Teilen Deutschlands entstandenen neuen deutschen Republik, sondern die Wiederherstellung des Deutschen Reiches. Wie aus einer dem Parteiprogramm der Republikaner beigefügten Landkarte hervorgeht, soll dieses Reich mindestens in den deutschen Grenzen von 1939 errichtet werden. Viele Äußerungen von Repräsentanten dieser Partei weisen sie auch als extrem nationalistisch und ausländerfeindlich aus. Mit aller Kraft bekämpfen daher die Republikaner jeden Ansatz einer multikulturellen Gesellschaft in Deutschland. Auf dem Programm-Parteitag der Republikaner im Januar 1990 bezeichnete der Parteivorsitzende Franz Schönhuber seine Partei ausdrücklich als eine „Partei von Law-and-Order" und

scheute sich hierbei nicht, demonstrativ eine Überwachung von Jungsozialisten, Grünen und Gewerkschaftern durch den Verfassungsschutz zu fordern.

Die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands** (NPD), die sich anfänglich im Gebiet der DDR als **Mitteldeutsche Nationaldemokraten** (MND) bezeichnete. Diese Partei, die ebenfalls die bestehenden deutschen Grenzen in Frage stellt, wurde schon mehrfach von bundesrepublikanischen Gerichten als eine rechtsextremistische Partei charakterisiert. Wie in solchen Gerichtsurteilen nachzulesen ist, ist die Politik der NPD von einer Mißachtung wesentlicher Verfassungsgrundsätze geprägt. In ihren eigenen Aussagen beansprucht hingegen die NPD für sich, die einzige demokratische Partei Deutschlands zu sein. Alle anderen sind für sie nur „pseudodemokratische Parteien". Wie alle anderen rechtsextremistischen Vereinigungen zeichnet sich auch das Auftreten der Nationaldemokraten durch eine militante Ausländerfeindlichkeit aus. Obwohl in der einstigen DDR nur etwas mehr als ein Prozent der Gesamtbevölkerung Ausländer sind, war in dem am 24. März 1990 in Leipzig beschlossenen Programm der MND zu lesen: „Auch der verheerende Einfluß fremder Kulturen und die zunehmende Überfremdung muß überwunden werden." Selbst wenn also die Tatsachen ganz andere sind, wird das bewußt mißachtet, um Nationalismus und Fremdenhaß zu schüren.

Eng verbunden mit der NPD agiert in Ostberlin und in anderen Städten der ehemaligen DDR die militant chauvinistische **Deutsche Volksunion-Liste D** (DVU-Liste D). In Absprache mit der NPD tritt diese rechtsextremistische Partei nicht zu den Bundestagswahlen an. Sie unterstützt mit ihren nationalistischen und extrem ausländerfeindlichen Publikationen aktiv die NPD.

Die dritte rechtsextremistische Gruppierung in der einstigen DDR ist die **Deutsche Alternative** (DA), die in Ostberlin vor allem unter dem Namen **„Nationale Alternative"** (NA) auftritt und die durch ihre provokativen Auftritte in der Lichtenberger Weitlingstraße und auf dem Berliner Alexanderplatz publik wurde. Bei diesen Gruppierungen handelt es sich um direkte neonazistische Vereinigungen, deren geistiges Oberhaupt der in der Bundesrepublik schon mehrfach wegen neofaschistischer Aktivitäten verurteilte Michael Kühnen ist. Ziel von Kühnen ist die Durchsetzung einer Legalisierung der hit-

lerischen NSDAP und die Errichtung eines faschistischen IV. Deutschen Reiches. Über seine Intentionen schrieb Kühnen erst kürzlich im „NS-Kampfruf", einer von der NSDAP/Auslands- und Aufbauorganisation in den USA in deutscher Sprache gedruckten Zeitung: „Um ihre Aufgabe als politische Vorhutorganisation der deutschen Nation zu erfüllen, muß die nationalsozialistische Partei zu einer organisatorischen Gemeinschaft jener Menschen werden, die in ihrem Leben die ethischen Prinzipien einer der drei verschiedenen Ausprägungen des nationalsozialistischen Menschenbildes verwirklichen – Arbeitertum, Soldatentum, Führertum. Nur solche Menschen sind tatsächlich Nationalsozialisten und würdig, Parteigenosse der NSDAP zu werden und zu bleiben ... Die Speerspitze im Kampf der Partei für eine nationalsozialistische Revolution bilden die Politischen Soldaten – Kämpfer, die bereit sind, als Ordensritter des Nationalsozialismus alles zu opfern und zu wagen, um der Revolution zu dienen: Wer auf die Hakenkreuzfahne schwört, hat nichts mehr, was ihm gehört!" (NS-Kampfruf, Nr. 78, Juli/August 1989, S. 2).
Diese neonazistischen Kräfte der DA bzw. NA, die sich noch darüber streiten, ob sie Hitler oder den ehemaligen SA-Chef Ernst Röhm bzw. die Gebrüder Strasser zu ihren Nazi-Idolen erklären, probieren in Ostberlin neue Aktionsformen wie Hausbesetzungen oder Vermummungen bei geplanten gewalttätigen Provokationen.
Viele rechtsradikale Züge weist auch die in Berlin, Sachsen und anderen Ländern der vormaligen DDR agierende **Ökologisch-Demokratische Partei** (ÖDP) auf. In der bisherigen Bundesrepublik führte das nicht zuletzt dazu, daß viele ÖDP-Mitglieder zu den Republikanern überwechselten.
Zwischen den hier genannten rechtsextremistischen Vereinigungen gibt es bei aller Übereinstimmung in den grundsätzlichen Zielen aber auch viel Konkurrenz und persönliche Querelen. Das Suchen nach der günstigsten Variante für eine größere und massenwirksamere rechtsextremistische Organisation ist noch nicht abgeschlossen. Dennoch darf man nicht außer Betracht lassen, daß es zwischen allen diesen Rechtsextremisten im Westen wie im Osten Deutschlands mannigfache Formen des Zusammenwirkens gibt. Das zeigt sich gegenwärtig besonders im **Arbeitskreis für eine Deutsch-Alternative Politik** und in dem Bündnis **„Neubeginnen"**, in denen von den Republikanern bis hin zu den offenen Neonazis Ver-

treter aller Spielarten des Rechtsextremismus Sitz und Stimme haben.

Die hauptsächliche Rekrutierungsbasis aller rechtsextremistischen Parteien in Ostberlin und den Ländern der ehemaligen DDR sind die programmatisch oft sehr diffusen Nazi-Skin-Gruppen, die sich besonders durch eine verbissene und nationalistische Ausländerfeindlichkeit und eine bedenkenlose Gewaltbereitschaft auszeichnen. Dabei sollte jedoch nicht unbeachtet bleiben, daß nicht alle Skinheads Neonazis sind und manche von ihnen sich sogar als Antifaschisten betrachten.

Die Mitgliederzahlen der rechtsextremistischen Parteien und Organisationen in Ostberlin und der Ex-DDR sind augenblicklich noch relativ gering. Die höchste Zahl gaben bislang die Republikaner mit etwa 2 000 an. Dabei handelt es sich vorwiegend um jüngere Männer aus allen sozialen Schichten der Bevölkerung. Solche niedrigen Mitgliederzahlen dürfen aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Sympathisantenpotential für derartige Vereinigungen in der Ex-DDR um ein Vielfaches höher ist. Schönhuber rechnet sogar damit, daß seine Anhängerschaft in der einstigen DDR wesentlich größer sei als in der bisherigen BRD. Daß sich ein Teil der verunsicherten Bewohner der ehemaligen DDR nach rechtsaußen orientiert, hängt auch damit zusammen, daß die rechtsextremen Parteiprogramme oft nicht auf den ersten Blick durchschaubar sind. Um Anhänger und Wähler zu gewinnen, greifen diese Parteien und Organisationen vielfach reale soziale und ökologische Sorgen der Menschen auf, bieten in ihren Organisationen nach Halt suchenden Jugendlichen Kameradschaft und Zukunftszuversicht an. Auch der Demokratie sind viele dieser rechtsextremistischen Gruppierungen nicht abgeneigt, wenn sie diese für sich und die Durchsetzung ihrer Ziele in Anspruch nehmen können. Ansonsten sind sie aber durchweg bestrebt, neue Feindbilder aus Andersdenkenden, Anderslebenden und Andersaussehenden zu produzieren. Unfähig zur Toleranz und zum politischen Kompromiß, wollen sie den politischen Gegner mit allen Mitteln demütigen und radikal ausschalten. Typisch für alle rechtsextremistischen Vereinigungen ist auch die Kopplung ihres hierarchischen Denkens mit einem patriarchalischen Sexismus.

Rechtsextremismus ist von seinem Wesen her demokratiefeindlich und antihumanistisch. Wenn sich dennoch vor allem

jüngere Menschen aus der einstigen DDR dieser politischen Richtung zuwenden, ist zu fragen, wo dafür Ursachen zu finden sind. Ganz offensichtlich liegen diese auf dem Gebiet der ehemaligen DDR in einer starken sozialen Verunsicherung, in einer tiefen Werte- und Orientierungskrise. In einer solchen Situation fallen nicht wenige auf die meist sehr vereinfachten und simpel-naiven Lösungsangebote von rechtsextremistischen Kreisen herein. Andere sehen nur in einer radikalen Kehrtwendung von „links" nach ultrarechts einen Ausweg. Von einem „linken" Geschichtsdogmatismus fliehen sie in ein nationalistisches, von übertriebener Deutschtümelei geprägtes Geschichts- und Gesellschaftsbild, was letztlich nur die Lösung der eigenen Probleme auf Kosten anderer Völker zur Konsequenz haben kann.
Was ist dagegen zu tun? Erfreulich ist ein wachsendes Problembewußtsein in den unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten der einstigen DDR. Aber über die notwendigen praktischen Schritte gibt es sehr divergierende Meinungen. Sie reichen von der plakativen Parole „Nazis raus!" bis hin zu Beschwichtigungen und Verharmlosungen. Nicht ausgestanden ist der Disput, daß Gewalt nur Gegengewalt provoziert und ein oftmals gefordertes Verbot rechtsextremer Organisationen solche real in der Gesellschaft existierenden Kräfte nur in einen illegalen Untergrund verdrängt. Aus den Erfahrungen antifaschistischer Kräfte im Westen Deutschlands und Berlins sollte in der Ex-DDR die Lehre gezogen werden, daß vor allem eine geistige Auseinandersetzung und die Beseitigung der sozialen Ursachen zur Zurückdrängung und Überwindung aller Varianten von Rechtsextremismus gefordert sind. Moderner Antifaschismus heißt nicht, sich auf ein „Anti" zu beschränken, sondern insbesondere allen Menschen wieder eine konstruktive geistige Orientierung zu vermitteln, sich aktiv für eine kämpferische Demokratie, einen wahrhaften Humanismus, für umfassende Toleranz, für ein kameradschaftliches und solidarisches Zusammenleben aller Völker und Nationen einzusetzen.

Rechtsextremistische Orientierungen in der DDR-Jugend: wie sind sie entstanden?

Unmittelbar nach der Wende in der DDR begannen sich Meldungen über rechtsextreme Aktivitäten zu häufen. Soweit die Urheber bekannt wurden, waren es in der Regel Jugendliche, die gegen Ausländer vorgingen, die nach Fußballspielen randalierend durch die Straßen zogen, Treffpunkte linker Gruppen stürmten u. a. m. Doch diese Erscheinungen sind nur ein Teil einer sich formierenden rechten Szene. Parteien entstanden, die mehr oder weniger deutlich ein von Ausländern freies Deutschland fordern und die die Grenzfrage offenhalten wollen.
Gibt es zwischen diesen beiden Erscheinungsformen rechtsextremer Orientierungen eine Verbindung? Sind die Hooligans, Skinheads und Vandalen der Nachwuchs dieser Parteien? Und woher kommt dieses Potential an rechter Gesinnung?
Verbindungen zwischen den Parteien und den informellen Jugendgruppierungen gibt es schon durch persönliche Kontakte. Hier stoßen wir auf eine Besonderheit der rechten Szene in der DDR: der aktive Kern scheint sich weitgehend aus dem Fußball- und Skinheadanhang der 80er Jahre zu rekrutieren. Dies gilt zumindest für die in Berlin entstandene „Nationale Alternative", die „Berliner Anonyme Einheit" und für Teile der in Berlin organisierten „Republikaner". Die heute 20- bis 25jährigen sind die Akteure dieser Organisationen. Sie haben eine gemeinsame Erfahrungswelt, ihre Biographien weisen ähnliche Merkmale auf. Sie sind Teil der Generation Jugendlicher, die in den 80er Jahren in eine tiefe Krise gerieten.
Diese Akteure rechter Bewegung haben sich somit aus anderen Problemlagen heraus entwickelt als die Anhänger rechtsextremer Bewegungen in der BRD. Auch wenn heute enge Kontakte zwischen den Vertretern entsprechender bundesdeutscher Parteien und Organisationen existieren und die DDR-Akteure von dort massive Unterstützung und Handlungsanleitung erfahren, bleibt es dennoch wichtig, nach den

DDR-spezifischen Ursachen rechtsextremer Orientierung zu fragen. Sie bilden den Erfahrungshintergrund für das jetzige Agieren, und ihre Kenntnis ist wichtig, wenn nach Möglichkeiten des Umgangs mit dieser Erscheinung gesucht wird.
In den 80er Jahren vollzog sich in der Jugend der DDR ein tiefgreifender Wertewandel. (1) Er war Ausdruck einer manifesten Entfremdung großer Teile der Jugendlichen von den gesellschaftlichen Lebensbedingungen in diesem Lande. Das Erleben ständiger Bevormundung in Schule und Jugendorganisation, die hier praktizierte Ignoranz gegenüber der Alltagswelt, den Erfahrungen und Problemen der jungen Menschen verursachte bei vielen von ihnen zumindest einen inneren Rückzug. Etliche von ihnen schlossen sich jugendkulturellen Gruppierungen an, hier eine andere Zugehörigkeit suchend. Anfangs waren es vor allem die Punks, die zuerst in den Großstädten auftraten. Zu ihnen gehörten auch viele Jugendliche, die später zu den Skinheads wechselten.

„Angeödet hat mich alles im Prinzip, dieses ganze System. Diese aufgezwungene rote Erziehung, was in der Schule gepredigt wurde vom Sozialismus, wie der sein muß, wie du dich einzuordnen hast – das hat mich alles irgendwie angekotzt. Ich wollte mich nirgendwo einordnen lassen. Da waren die Punks irgendwie genau das richtige. Die Punks, das waren damals keine Linken, das war einfach Null-Bock."
„So bis zur siebten, achten Klasse hab ich den ganzen roten Quatsch hier mal geglaubt. So kurz vor der Jugendweihe, da fing das schon langsam an. Damals habe ich noch nicht gewußt, was das ist. Im Prinzip ab achte Klasse war so ein Vakuum gewesen. Da war mir schon klar, daß das alles nicht hinhaut hier. Da bin ich dann viel zum Fußball gefahren, damals."

In diesen Zusammenhängen entwickelten sich auch die rechten Orientierungen. Besondere bzw. spezifische Problemlagen, die zu einem Einstieg in die rechte Szene prädestinieren, waren bisher nicht feststellbar. Soziologische Analysen der sozialstrukturellen Zusammensetzung konnten bisher nicht in repräsentativem Umfang durchgeführt werden, so daß die Kenntnisse über soziale Herkunft, Bildungs- und Qualifikationsgrad der Jugendlichen nicht hinreichend sind, um hier mögliche Einflußfaktoren zu bewerten. Eine Untersuchung,

die a. H. von Strafakten jugendlicher Skinheads durchgeführt wurde, weist folgende soziale Zusammensetzung auf: ca. ein Drittel der Jugendlichen waren zum Zeitpunkt der Straffälligkeit Lehrlinge, die Hälfte besaß bereits einen Facharbeiterabschluß und etwa 15 % waren ohne einen erlernten Beruf. (2)
Eine weitere Untersuchung, in der die Daten von 60 Jugendlichen der rechten Szene in einem Berliner Stadtbezirk erfaßt wurden, wies zweierlei Besonderheiten auf: der Anteil von Schulabgängern der 8. Klasse betrug 50 % und lag damit weit über dem Durchschnitt dieses Bildungsgrades in der Alterskohorte (5 % bis 6 % im DDR-Durchschnitt). Von den Absolventen der 10. Klasse hatte über ein Drittel keine Qualifikation als Facharbeiter erworben.
Diese Abweichungen vom DDR-Durchschnitt lassen keinesfalls die Schlußfolgerung zu, die rechtsextremen Jugendlichen hätten vor allem Zulauf durch weniger leistungsstarke Jugendliche, bzw. kämen aus sozial destabilen Schichten. Der sozialen Herkunft nach waren in beiden Stichproben alle Schichten der Gesellschaftsstruktur der DDR vertreten. Die Abweichungen vom DDR-Durchschnitt im Bildungsgrad stehen mit großer Wahrscheinlichkeit im Zusammenhang mit der Sinnkrise der Jugendlichen und ihrer „Null-Bock"-Mentalität beim Einstieg in die Jugendszene. Die Abweichungen vom typischen Qualifikationsweg der Absolventen der 10. Klasse sind möglicherweise auf Unterbrechungen dieses Prozesses durch häufige Verhaftungen zurückzuführen. Diese Annahme scheint mir berechtigt, da in der von mir untersuchten Population über 80 % bereits ein- oder mehrfach vorbestraft waren.
Verurteilt wurden diese Jugendlichen vor allem aufgrund von Rowdytum und Körperverletzung oder wegen politischer Straftatbestände wie Widerstand gegen staatliche Maßnahmen und öffentliche Herabwürdigung. Seit 1987 ist ein Ansteigen derartiger Verurteilungen zu verzeichnen. Einerseits ist das Ausdruck der zunehmenden Formierung und Radikalisierung der rechten Szene. Andererseits ist dieser Anstieg Indikator dafür, daß der Staat diese Erscheinung vor allem mit sicherheitspolitischen und strafrechtlichen Mitteln zu bekämpfen suchte. Vor allem aber war man bemüht, die Existenz von rechtsextremen Orientierungen unter der Jugend der DDR zu verschleiern. In den Anklageschriften und Urteilen, die mir zugänglich waren, spiegelt sich eine solche Ten-

denz relativ deutlich wider. So wurde in einzelnen Fällen von Rowdytum die Straftatschwere überbewertet, um ein hohes Strafmaß zu begründen, die politische Motivation aber weitgehend ignoriert oder trivialisiert. So kommt es in der Tendenz zu einer überhöhten Strafanwendung und zugleich zu einer Bagatellisierung des rechtsextremen Gruppenzusammenhangs und Tathintergrunds.
Diese Art und Weise staatlicher Reaktion trug nicht zuletzt zur nachhaltigen Politisierung der rechten Strömungen bei. In dieser Zeit vollzog sich offensichtlich der Übergang von einer Jugendkultur, die sich an rechten Symbolen und Modestilen orientierte und damit zugleich ihren Protest demonstrierte. In den vorausgegangenen Jahren hatte man alle Anzeichen einer zunehmend konfliktvollen Entwicklung von Teilen der Jugend zu ignorieren gesucht. Der Einsatz polizeilicher Mittel sollte die „vom Westen Verführten" wieder zur Ordnung rufen.

Diese Entwicklung in den 80er Jahren spiegelt sich in den folgenden Äußerungen von heute überzeugten rechtsextremen Jugendlichen wider.

„Da war anfangs viel Mode bei, viel Anderssein. Politik war da weniger. Im Osten war alles Scheiße, so war die Einstellung. Wir wollten eben anders sein."
„Anfangs war das bestimmt eine Modeerscheinung. Man hat eine Glatze gehabt, und dann war man Skin. Und dann aber kam das mit der Zeit, die tieferen Einblicke."
„Seit Anfang der 80er Jahre hatten die regelmäßig auf uns ein Auge gehabt in unserer Straße. In unserem Wohngebiet hat sich außer der Polizei und der Stasi niemand um uns gekümmert. Neben dem Platz, auf dem wir immer waren, war gleich der ABV in einer Baracke. Der hat sich dann immer welche rausgesucht. Die mußten sich dann immer bei ihm melden und mußten Stellungnahmen schreiben wegen irgendwelchem Mist."
„Extrem wurde es bei mir ab '87. Das war das schlimmste Jahr dann, wo es wirklich losging. Was da alles eine Rolle spielte, weiß ich auch nicht. Da war die 750-Jahr-Feier in Berlin, da waren überall Feten, und da kam es auch immer zu Hauerein mit den Linken. Da war kaum ein Anlaß, da war Randale eben groß geschrieben zu dem Zeitpunkt. Bei irgend-

einer Fete wurden wir dann, als wir riefen, die Mauer muß weg, eben inhaftiert."
„Politisch wurde es für mich erst '87 nach der Zionskirche. Die Zionskirche war kein politisches Motiv. Das ging gegen die Punks, dit waren unsere Feinde. Aber ich habe dann gemerkt, daß wir durch die Zionskirche mehr Schaden angerichtet haben und daß man es anders machen muß. Da habe ich begriffen, daß man politisch arbeiten muß."

Aus einer Jugendkultur entwickelte sich eine manifeste politische Bewegung, aus dem Opponieren der jungen Menschen wurde eine bewußte Opposition. Doch woher kamen die rechten Überzeugungen? Warum orientierten sich diese Jugendlichen an Symbolen der Stärke und zunehmend an Denkinhalten des Rechtsextremismus?
Diese Fragen sind nicht allein mit dem Hinweis auf die gesellschaftliche Krise der DDR in den 80er Jahren und eine verfehlte Jugendpolitik zu beantworten. Hier muß zumindest die politische und ideologische Strukturierung des Sozialisationsprozesses der Jugendlichen in die Betrachtung einbezogen werden. In der Schilderung der Befragten (vgl. wörtliche Wiedergabe auf S. 10) wurde dies als Zwang zur Einordnung und als realitätsfremde Ideologie reflektiert und mit einer ablehnenden Haltung beantwortet. Diesen Jugendlichen erschien die Orientierung nach rechts als logische Alternative.

„Auf eine linke Seite hatte keiner damals mehr Lust gehabt. Das haben wir ja jahrelang alles praktiziert gekriegt. Nach der SED war die FDJ die linkeste Organisation, die existiert hat. Und da hat keiner mehr Lust drauf gehabt. Da kam dann automatisch irgendwann der Rechtsruck."
„Seit dem Knast habe ich einen dermaßenen Haß auf dit ganze System hier, dermaßen Haß auf alles, was rot ist oder links ist. Das hat sich so reingefressen, also das ist im Prinzip extrem."

Den Jugendlichen erscheint ihre Orientierung lediglich als Gegenreaktion. Doch reicht das, um die allmählich manifester werdende Identifikation mit einer rechten Ideologie zu erklären? Es ist anzunehmen, daß sie in ihrem Sozialisationsprozeß diversen Einflüssen unterworfen waren, die zu einem gewissen Grad eine solche Entwicklung begünstigten. Hier

sind solche Faktoren zu nennen, wie politische und ideologische Indoktrination, die Unterordnung des einzelnen unter das Kollektiv sowie defizitäre Möglichkeiten bei der Selbstbestimmung über den eigenen Entwicklungsprozeß. Damit wurde nicht nur die Entwicklung der Individualität behindert, sondern möglicherweise auch autoritäre Strukturen verinnerlicht. Hinzu kam die politisch legitimierte Ausgrenzung Andersdenkender, so daß die Ausbildung solidarischer Haltungen wenig gefördert wurde. Als diese Jugendlichen in eine Krise gerieten, bestand ihre Reaktion nicht nur in der Ablehnung der politischen Ausrichtung durch Schule und Jugendorganisation, sondern auch in der Suche nach neuen Identifikationsmöglichkeiten. Es ist anzunehmen, daß der dann entdeckte „Stolz, ein Deutscher zu sein" einer unter diesen Bedingungen geformten Persönlichkeit durchaus entsprach. Man fühlte sich aufgehoben in einer Gemeinschaft und hatte ein neues Gefühl der Stärke gefunden.

Dennoch können diese durch das gesellschaftliche Erziehungssystem geförderten autoritären Orientierungsmuster diese Identifikation mit Symbolen und Stilen der rechten Jugendkultur nicht hinreichend erklären, denn gleichaltrige Jugendliche, die unter den gleichen Bedingungen heranwuchsen, haben sich anders orientiert.
Möglicherweise spielen hier auch Zufälligkeiten eine Rolle. Es spricht einiges dafür, daß die Gruppe der Gleichaltrigen, in die man durch Schule und Wohnnähe eingebunden war, dabei eine große Rolle spielte. Ein heute 22jähriger schildert das so:

„Unser Stadtbezirk ist irgendwo die Hochburg geworden. Wenn ich das mal so überblicke, die meisten Leute, die jetzt bei uns mit bei sind, also der harte Kern, die kennen wir schon wirklich jahrelang. Der Vorsitzende unserer Partei z. B., den kenne ich wirklich schon 18 Jahre lang. Mit dem bin ich zur Schule zusammen gegangen."

Insgesamt ist anzunehmen, daß die Verfestigung rechter Anschauungen, aber auch die Anziehungskraft, die diese Ideen heute für viele Jugendliche haben, nicht zuletzt durch den schnellen Zusammenbruch des politischen Systems der DDR gefördert werden. Es sind vor allem die älteren Jugendlichen,

die sich durch die heutige Entwicklung bestätigt sehen. Da sie noch vor einem Jahr für Äußerungen wie „die Mauer muß weg" und „Wiedervereinigung Deutschlands" inhaftiert wurden, warum sollen da andere Forderungen des rechten Spektrums nicht auch noch ihre Richtigkeit beweisen? Wieweit für die Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren diese Überzeugungen der Älteren von Bedeutung sind, ist schwer zu sagen. Große Teile dieser Altersgruppen sind heute in einer schweren Orientierungskrise. Sie finden offensichtlich in den Gruppen der Hooligans oder Skins einen scheinbaren Halt und gewinnen in Randalen und in der Verfolgung von Ausländern, linken Hausbesetzern u. a. m. ein Gefühl der Stärke.
Hinzu kommt, auch wenn Randale und Gewalttätigkeit durch die Öffentlichkeit abgelehnt werden, daß viele Überzeugungen der Jugendlichen in der Umwelt durchaus ihre Bestätigung finden. Da ist vor allem die Diskreditierung einer linken Politik in breiten Teilen der Bevölkerung zu nennen. Da spielt auch die Ausländerpolitik in der Gegenwart eine nicht zu unterschätzende Rolle (zu verweisen ist hier auf Fragen des Wahlrechts, der Einreise- und Aufenthaltsregelung etc.), durch die sich diese Jugendlichen durchaus in ihrer ausländerfeindlichen Haltung bestärkt fühlen können. Und nicht zuletzt scheinen viele ermutigt, im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten von neuer deutscher Stärke und Dominanz zu träumen. Die rechten Jugendkulturen und Parteien bilden in dieser relativ breiten Strömung das extreme Spektrum.
Doch auch dieses Spektrum sollte nicht einfach als homogenes Gebilde gesehen werden. Der von linken Kräften favorisierte Ruf „Nazis raus" hilft hier wenig und wird der realen Problematik auch wenig gerecht.
Es ist m. E. angebracht, zwischen den Jugendlichen, die informellen Jugendkulturen anhängen, und denen zu unterscheiden, die sich in Parteien organisieren. Von den Mitgliedern und Sympathisanten der jugendkulturellen Gruppierungen sind viele noch keine 18 Jahre alt. Aus ihrem Auftreten und ihren Äußerungen auf ein manifestes rechtes Weltbild zu schließen, trifft zum großen Teil wahrscheinlich nicht den Kern des Problems. Daß solche Denkinhalte heute verstärkt aufgenommen werden, wird von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren begünstigt. Hier spielt u. a. auch die unzureichende Aufarbeitung des Faschismus eine Rolle, noch mehr

aber dürfte die jüngste Vergangenheit und die daraus resultierenden Gefühle des Betrogen-worden-Seins und der Verunsicherung von grundlegender Bedeutung sein. Diese Erfahrungen und Probleme treffen die Jugendlichen in einer Altersphase, in der die Identitätssuche und das Bedürfnis nach Selbstbestimmung als äußerst konfliktreicher Prozeß verläuft. In ihrer Umwelt, in der im Umbruch befindlichen Gesellschaft können sie derzeit nur schwer Orientierung und Halt finden.

Zwar scheint auch in den rechten Parteien der Altersdurchschnitt nicht sehr hoch zu liegen (3), doch ist durch die über Jahre geprägte rechte Einstellung derjenigen, die den Kern der Parteien bilden, und durch den höheren Organisiertheitsgrad doch eine andere Stabilität der politischen Überzeugung und Zielsetzung anzunehmen.

An dieser Stelle kann diesen Differenzierungen jedoch nicht weiter nachgegangen werden. Abschließend sollen hier einige Darstellungen der Jugendlichen zu ihren politischen Ansichten wiedergegeben und auf ihre Orientierungsfunktion hin befragt werden.

Weiter oben (vgl. wörtliche Wiedergabe S. 4) wurde beschrieben, wie die Jugendlichen sich durch das, was sich als Inkarnation linker Politik erklärte, bevormundet bzw. entmündigt und in ihrer Selbstbestimmung zutiefst beeinträchtigt fühlten. Dem Staat gegenüber diese sich entwickelnde Ablehnung alles Linken deutlich zu machen, führte erfahrungsgemäß zu Bestrafung und Inhaftierung. So begannen die Jugendlichen selber sich auszudifferenzieren und untereinander die vom Staat ignorierten und verdrängten Konflikte auszutragen.

„Mit den Punks setzte sich dann langsam durch, daß es die linken Punks gab und die Schmuddligen und Keimigen. Und dann wollte man sich irgendwie distanzieren davon."

Die damals beginnenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Jugendgruppierungen leben bis heute fort und haben an Heftigkeit zugenommen. Durch die Orientierung an rechten Denkinhalten wird die Akzeptanz von Gewalt und die moralische „Legitimation", für „Ordnung und Sauberkeit" zu sorgen, in starkem Maße befördert. Das bezieht sich ebenso auf die Verfolgung von Ausländern, von Homosexuellen oder „Asozialen".

Diese aggressive und diskriminierende Abgrenzung bietet für die – durch die eigene konfliktreiche Lebenssituation – verunsicherte Identität eine Ersatzlösung. Man fühlt sich stark und vor allem zugehörig zu einer Gemeinschaft, den Deutschen.
Es scheint vor allem dieses Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu sein, was die Vorstellung von einer „Volksgemeinschaft" stimuliert, die angeblich schon einmal existiert hat.

„Was mir daran am besten gefällt, daß die Menschen da wirklich eben eine Volksgemeinschaft waren, bis zum gewissen Zeitpunkt. Daß sie wirklich eben an Deutschland geglaubt haben. Wenn da von Deutschland geredet wurde, sind eben Hunderttausende hingegangen und haben zugejubelt, wenn irgendwo mal jemand davon geredet hat."

Mit diesem Gemeinschaftsbegriff verbinden die Jugendlichen solche Werte wie Kameradschaft, Zusammenhalt und gegenseitige Hilfe, aber auch die Vorstellung einer bestimmten Lebensweise, die zugleich die Überlegenheit des deutschen Volkes begründet und wieder zur dominanten Rolle Deutschlands gegenüber anderen Ländern führen wird.

„Von Hause aus ist der Deutsche schon immer ordentlich und häuslich und vernünftig eben. Im Prinzip auch das bißchen Militärische und Bürokratismus auch ein bißchen. Sehen Sie sich doch mal an, die ganze Geschichte, was die Deutschen geschaffen haben, immer wieder. Immer wieder haben wir eben zu den Besten gehört."
„Deutschland muß so werden, ohne Ausländer, neutral, militärisch allein stark und vor allem wirtschaftlich stark. Im Prinzip so was, was die USA ist, das so was Deutschland ist. Deutschland als alleiniges starkes Land. Wenn die USA was sagen, müssen andere Länder das machen. Und so was eben für Deutschland."

Das sind Merkmale einer Dominanzkultur, die der Boden sind für rechtsextremistisches Denken und Agieren. Das Gefühl eigener Überlegenheit gibt Stärke und der Haß auf alles Fremde hilft die Gefühle der Verunsicherung und der eigenen Ohnmacht zu verdrängen.
Diese kurze Darstellung einiger Ansichten der rechtsorientier-

ten Jugendlichen mag genügen, um die Hintergründe, die solch Denken hervorbringen, zu skizzieren. Sie soll aber vor allem darauf aufmerksam machen, daß der Schritt zu einer manifesten rechtsextremen oder auch neofaschistischen Überzeugung nur klein ist. Dieser Entwicklung nur durch Erziehung entgegenzuwirken wird kaum möglich sein. Wenn die wirklichen Bedürftigkeiten und Nöte der Jugendlichen, die hinter diesen Orientierungen stehen, und die sie selber mittels der Identifikation mit Vorbildern der Stärke und Dominanz verdrängen, nicht beantwortet werden, werden diese Haltungen an Festigkeit gewinnen und immer mehr junge Menschen in ihren Bann ziehen. Wie durch die Gesellschaft ignorierte oder repressiv unterdrückte Problemlagen Jugendlicher eine solche Entwicklung befördern, wurde am Beispiel der Entwicklung derjenigen deutlich, die in den 80er Jahren in eine Krise gerieten.
Heute, angesichts der Gefahr von Jugendarbeitslosigkeit und sozialer Verunsicherung entstehen andere Faktoren, die eine Orientierung nach rechts möglicherweise nachhaltig befördern können. Jugendpolitik und Jugendhilfe werden deshalb bei der Gestaltung des gemeinsamen Deutschlands einen sehr zentralen Platz haben müssen.

Anmerkungen

(1) Vgl. Walter Friedrich: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B16–17/90

(2) Vgl. Loni Niederländer: Zu den Ursachen rechtsradikaler Tendenzen in der DDR. In: Neue Justiz, 1/1990

(3) Über den Altersdurchschnitt rechter Parteien liegen keine Angaben vor. Diese Annahme begründet sich lediglich auf von mir selbst ausschnittsmäßig erhobene Altersangaben.

Rudi Pahnke

Unbehagen, Protest, Provokationen, Gewaltaktivitäten von Jugendlichen in neofaschistischer Gestalt

„Neonazistische" Tendenzen unter Jugendlichen (Alter 14–ca. 20 Jahre) in der DDR

Überlegungen und Thesen zu Erscheinungsbildern, Hintergründen und zu einem angemessenen Umgang mit dem Problem

Vorwort

In der hier vorliegenden Skizze verwende ich den Begriff „Neonazismus" zusammenfassend für eine Fülle ähnlicher Phänomene. Ich bin mir bewußt, daß diese Bezeichnung eine Vergröberung darstellt. Das Wort ist zunächst nichts weiter als eine Chiffre für ganz unterschiedliche Erscheinungen und Probleme – man sollte es in diesem Zusammenhang nicht ideologisch überdehnen und vor allem nicht tabuieren. Wenn man von „neonazistischen" Tendenzen spricht, heißt das jedoch auf keinen Fall, daß wir es bei den entsprechenden Jugendlichen im Alter von 14 bis ca. 20 Jahren mit Faschisten im Sinne der Zeit von 1933–45 zu tun haben!

1. Wahrnehmungen

1.1. Da nehme ich, von Thüringen kommend, zwei NVA-Soldaten mit dem Auto mit. Wir kommen in ein Gespräch. Der Unteroffizier ist schweigsamer, der Gefreite redet gern. Nach verschiedenen Gesprächsgängen sind wir plötzlich bei dem Thema „Neonazis". Der Gefreite sagt: „Zur Kirche bin ich nicht mehr gegangen, seit ich Skinhead war. Skinheads haben genug von dem Gerede in der Kirche. Aber wenn ich von der NVA weg bin, dann werde ich wohl auch damit aufhören."

Ich bin plötzlich hellwach und frage vorsichtig nach. Er berichtet bereitwillig von seiner Skinhead-Clique. Da hatten schon manche Knasterfahrungen. Es ging hart zu. Man wollte was und wollte es anderen zeigen. Er spricht von der Ausländerverachtung, das betrifft bei ihm besonders die Moçambiquer. Fußball war ihnen allen wichtig; da sind sie immer gemeinsam losgezogen – und oft gab es Prügeleien. All diese harten Erfahrungen waren nützlich für seine Zeit bei der NVA. Der Gefreite steht kurz vor dem Ende seiner Dienstzeit und bereitet sich jetzt auf die Zeit danach vor.

1.2. Ich habe in diesem Jahr an einem Prozeß gegen Jugendliche teilgenommen und mir von verschiedensten Prozessen berichten lassen. In dem Prozeß, den ich selbst miterlebte, war der Staatsanwalt der Auffassung, daß die Jugendlichen, um die es ging, zur Skinhead-Bewegung gehören. Dieser Sachverhalt, das war allen klar, würde strafverschärfend wirken. Die Rechtsanwälte konnten das so nicht akzeptieren und sind nach der Verurteilung der Jugendlichen in Berufung gegangen.

Die relativ junge Richterin stand wohl zwischen den Parteien, mußte offensichtlich aber dem Drängen vorgesetzter Stellen nach Strafverschärfung nachgeben. Das Urteil wurde verschärft.

Was hatten die jungen Leute getan? Sie haben, auf dem Weg vom Kulturpark Berlin zum Bahnhof, drei Jemeniten, die deutsche Mädchen in ihrer Begleitung hatten, bespuckt, gestoßen, auf die Fahrbahn geschubst, beschimpft. Dabei sind manche ausländerfeindlichen und rassistischen Äußerungen gefallen.

Der eine der Jugendlichen trug damals die Kleidung der Skinheads: Bomberjacke, Armeehosen, Fallschirmspringerstiefel – alle hatten damals noch sehr kurze Haare oder geschorene. Die jungen Männer kannten sich vom Kindergarten an und hatten alle ordentliche Eltern. Jetzt waren sie gemeinsam in einem Rugby-Verein. Das körperliche Training war ihnen sehr wichtig.

1.3. Ich habe mich bei Kollegen umgehört und mit ihnen über ihre und meine Wahrnehmungen gesprochen und kann manches Übereinstimmende zwischen ihren und eigenen Beobachtungen feststellen.

Vor allem habe ich oft mit Jugendlichen gesprochen – bei unterschiedlichen Gelegenheiten: in der Bahn, in Jugendkrei-

sen, beim Landesjugendsonntag, beim Kirchentag. Ich habe sehr bewußt Informationen, Eindrücke und Erfahrungen gesammelt, mir Notizen und Protokolle angefertigt oder auch Gespräche – nach Absprache – mitgeschnitten und später ausgewertet. Ein Gespräch mit einem jungen Mann, der sich selbst als Skinhead bezeichnete, war mir am eindrücklichsten. Er war sehr offen und offensiv in unserem Gespräch (siehe angefügte Notizen). Bei einer Bahnfahrt, wo ich mich zwischen einer Masse von Fußballfans und einigen NVA-Offizieren wiederfand, ist mir das Thema bedrängend nahegerückt. Die Fotos von Harald Hauswald belegen meine Erfahrungen (als Ablichtung beigefügt). So kann man manche jungen Leute in der DDR erleben. So erleben es sehr oft Ordnungskräfte und Polizei.

2. Erscheinungsbilder und Charakteristika jugendlicher „Neonazis" in der DDR

2.1. Äußere Kennzeichen

Ein Teil der jugendlichen „Neonazis" hat sich zunächst bewußt durch Kleidung und Haartracht von anderen Jugendlichen (u. a. Punks) abgegrenzt. Man spricht von Skinheads und Faschos. Sie unterscheiden sich voneinander. Schnürstiefel, Bomberjacken, Fallschirmspringerhosen waren neben geschorenen und streng gescheitelten Haaren die äußeren Merkmale. Nach Zusammenstößen mit der Polizei anläßlich verschiedenster Prügelszenen (u. a. in der Zionskirche Berlin) ließen sie sich plötzlich die Haare wachsen (DDR-weit) und traten zunächst nicht mehr so auffällig in Erscheinung. Gruppen und Strömungen konkurrieren miteinander. Sie leben sich aktiv bis aggressiv aus, achten auf ihre Kleidung, grenzen sich scharf gegen die „Schmuddel- und Saufpunks" ab, trinken Alkohol nur in Maßen, torkeln vor allem nicht in der Gegend rum. Sie bemühen sich um eine „eiserne" Disziplin, trainieren ihren Körper sehr bewußt – Kampfspiele, wie Fußball, Boxen, Judo, Karate, Rugby, stehen hoch im Kurs. Sie arbeiten bewußt und gut und haben einen ausgeprägten Leistungswillen.

2.2. Verhältnis zur Gewalt

Skinheads und Faschos konditionieren sich für Auseinandersetzungen und rechnen kalt mit der Angst der anderen. Sie

inszenieren und provozieren Schlägereien – mit Gründen, ohne Grund.
Es gibt da Steigerungsstufen: Gewaltverharmlosung, Gewaltbejahung, Gewaltanwendung in verschiedener Form. Nach der verbalen Militanz gegen Ausländer und Punks o. ä. kann es schnell zu Handgreiflichkeiten kommen. Mitunter sind auch Mädchen/junge Frauen daran beteiligt – die Skinbräute. (Jugendliche, die sich deutlich gegen die Skinheads und Faschos abgrenzen, haben oft darauf hingewiesen, daß Anwendung von Gewalt aber für fast alle Jugendlichen in bestimmten Formen normal ist und in verschiedenster Weise begegnet: zwischen Schülern, beim Fußball, in der Berufsausbildung, im Wehrlager, bei der NVA, nach Diskos oder an anderen Stellen.)

2.3. Feindbilder/Ausländerhaß/Rassismus/ Ideologie der Ungleichwertigkeit

Skinheads/Faschos haben ein einfaches, eindeutiges, dualistisches Weltbild und eindeutige Feindbilder. Sie haben den Haß gegen die Fremden und Ausländer verinnerlicht. Sie richten sich gegen Moçambiquer, Vietnamesen, Araber, Polen, Russen, Juden. Auch die Abgrenzung gegen Erscheinungsweisen der gleichen Generation fällt auf – gegen Punks, Grufties u. a. „Die Kommunisten" haben für sie abgewirtschaftet. Juden kennen sie zwar keine, aber es ist für sie ausgemacht, daß das „eklige" Typen sind. Bei ihnen begegnet aber nicht nur ein Arsenal rassistischer Parolen, sondern auch die mit einem rassistischen Weltbild verbundene Ideologie der Ungleichwertigkeit – d. h. von der eigenen Überlegenheit und der Minderwertigkeit der anderen.

2.4. Identifikation mit Deutschland

Es fällt auf, daß sie die Zeit des Faschismus verharmlosen oder glorifizieren, eine Fülle von Fakten leugnen oder bagatellisieren. Positive Merkmale jener Zeit werden herausgekehrt: Das Fehlen von Arbeitslosigkeit, Arbeitsdienst, Autobahnbau u. a. „Stolz auf das Vaterland, Stolz auf Deutschland" – das sind Formulierungen, die häufig bei ihnen begegnen, wobei nicht an die DDR gedacht ist. Sie denken offensichtlich undifferenziert in den Kategorien eines einheitlichen Nationalstaates, wenn sie von Deutschland sprechen.

2.5. Führerorientierung/Hitlerverharmlosung

Man kann von Faschos und Skinheads hören, daß die Men-

schen Führer brauchen, die ihnen sagen, wo das Ziel ist, und die Klarheit schaffen. In ihren Gruppen gibt es jeweils eine klare Führerorientierung. Hitler war auch so ein Führer. In seinem Sinn muß man weitermachen. „Wenn es einen Führer gäbe, dann wäre Schluß mit manchen Erscheinungen der Gegenwart."

Der Wunsch nach einer starken Autorität ist unüberhörbar – die Sehnsucht nach einer faszinierenden Person, mit der man sich identifizieren kann, die klare, einfache und überzeugende Dinge sagt. Hitler wird in Schutz genommen oder verehrt, seine Untaten und Taten werden gedeckt.

2.6. Antikirchlichkeit/Staatsverachtung

Skinheads und Faschos sind nicht- bzw. antikirchlich. Das fällt auf. Die Kirche mit ihrem Gerede ist für sie in der Regel verachtenswert. Es gibt wohl da und dort auch Skinheads in der Kirche, aber das sind Einzelerscheinungen. Die Mehrzahl dieser Gruppierungen lehnt Kirche für sich ab!

Die DDR ist für Skinheads verachtenswürdig, wobei sie jedoch bewußt zur Arbeit gehen und deshalb auch oft toleriert werden. Ihre Einstellung zu wehrsportlichen Einrichtungen und Veranstaltungen und zur NVA ist positiv, aber offensichtlich auch unterschiedlich. Jedoch ist ihnen hier vieles mitvollziehbar, weil ihnen an der körperlichen Konditionierung liegt.

3. Ansätze zu einer Bearbeitung des „neonazistischen" Phänomens unter Jugendlichen

Soweit ich sehe, gibt es momentan zwei Ansätze, sich mit den Phänomenen und Problemen auseinanderzusetzen.

Für den ersten Ansatz möchte ich als Beispiel Konrad Weiß nennen, der sich in der DDR bewußt mit diesem Problem auseinandergesetzt hat und sich den Phänomenen stellt. Seine Grundposition möchte ich antifaschistisch nennen. Sie ist der Position der VVN in der Bundesrepublik nahe.

3.1. Der antifaschistische Ansatz zu einer Bearbeitung des Phänomens des „Neonazismus" unter Jugendlichen

 Konrad Weiß hat wach und sehr sensibel neonazistische Ten-

denzen unter jungen Leuten beobachtet. Was seine Sicht charakterisiert, ist, daß er hypothetisch eine faschistische Organisation und Struktur konstatiert. Vieles macht seines Erachtens den Eindruck unabweisbar und die These notwendig, daß es in der DDR eine straff organisierte Bewegung gibt, die bisher permanent unterschätzt wurde: man kennt sich, weiß voneinander, hat ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, reagiert gemeinsam auf Bedrohungen. Der braune „Stafettenstab" wird weitergereicht. Man versteht sich als eine „Bewegung". Daß die Skinheads – nachdem sie durch die Ordnungskräfte der DDR bewußt wahrgenommen, beobachtet und nach Ordnungswidrigkeiten bzw. Gewalttätigkeiten festgenommen und sehr hart strafrechtlich verfolgt wurden – in kürzester Zeit ihre äußerlichen Merkmale abgelegt hatten, dies und anderes nötigt nach Weiß zu der Annahme einer straffen Organisationsstruktur.
Wenn es sich so verhält, meint Weiß, ist die höchste Alarmstufe auszulösen, denn diese Organisation ist eine Gefahr.
Konrad Weiß hat beobachtet, daß die „rechte Bewegung" besonders für Jugendliche von vierzehn Jahren an attraktiv ist. Zu den Defiziten, auf die Jugendliche mit neonazistischen Phänomenen reagieren, zählt Weiß:
– das System neuer Privilegien zur Belohnung von Maulhelden,
– Untertanengeist und Parteidisziplin,
– das Führerprinzip unter anderen Vorzeichen; die durchaus gängige Form, Konflikte gewaltsam zu lösen durch Ausbürgerung von Kritikern, Verbot anderer Meinungen, Bücher, Zeitungen; Sanktionierung von Gewalt gegen das ungeborene Leben; Materialisierung des Prinzips Gewalt durch die Mauer; die Massenemigration per Fernsehen; das Bildungssystem; das System der kulturvernichtenden Diskos und Jugendklubs; die fehlende Kontrolle der machtstützenden Organe; die Art der Justiz, Strafvollzug, Staatssicherheit, schwarze Pädagogik. Nach Weiß hat der Stalinismus – unter anderem Vorzeichen – zu viel Faschistisches weitertradiert.
Er votiert von daher für eine Demokratisierung der Gesellschaft, weil nur so wirklich dem Geist und der Praxis von rechts begegnet werden kann. Für die „neofaschistisch" infizierten Jugendlichen sind sozial- und psychotherapeutische Programme zu entwickeln.
Den zweiten Ansatz möchte ich den postfaschistischen nen-

nen, da hier davon ausgegangen wird, daß diese neonazistischen Phänomene zwar historisch, im Erscheinungsbild und u. U. personell in Verbindung mit dem Faschismus stehen, aber dennoch ganz anders eingeordnet und bewertet werden müssen. Diese Konzeption zur Bearbeitung jener Phänomene und Probleme berücksichtigt vor allem soziale und sozialpsychologische Ursachen, ohne sich von der ideologischen Seite faszinieren oder fixieren zu lassen. Auch dieser Ansatz ist antifaschistisch, aber nicht so von der Anti-Haltung geprägt wie Veröffentlichungen der VVN oder jene von Konrad Weiß.

3.2. Der postfaschistische Ansatz zu einer Bearbeitung des Phänomens des Neonazismus unter Jugendlichen

In diesem Zusammenhang ist der Name von W. Heitmeyer zu nennen, des westdeutschen Jugendforschers, der verschiedene analytische Untersuchungen und Arbeiten zu diesem Problem veröffentlicht hat. Seine Position ist davon bestimmt, daß er zunächst die Auffassung ins Zentrum rückt, daß „die rechtsextremistischen Organisationen ... kein politisches Problem für die demokratische Struktur dieser Gesellschaft darstellen" (zit. n. Projekthandbuch S. 21); denn die Masse der Jugendlichen in der BRD lehnen diese Organisationen ab. Die neonazistischen Gruppierungen sind Minderheiten, die durch ihre äußere Erscheinungsform auf sich aufmerksam machen und Aufmerksamkeit erregen, aber bei weitem nicht die Bedeutung haben, die man ihnen oberflächlich unberechtigt beimißt. Sehr ernst zu nehmen ist das Phänomen natürlich dennoch. Dabei sollte man jedoch stärker gesamtgesellschaftliche und sozialpsychologische Ursachen analysieren und bearbeiten bzw. beseitigen, die die neonazistischen Phänomene unter Jugendlichen bewirken. Die **Unattraktivität der Lebensumstände Jugendlicher** nennt Heitmeyer als entscheidende Ursache der Entstehung des Neonazismus unter Jugendlichen und denkt dabei u. a. auch an Arbeitslosigkeit etc. Vor allem aber sind die eskalierenden Probleme Jugendlicher bei ihrer Identitätsentwicklung zu nennen: zunehmende Vereinzelung, zunehmende sozialpsychologische Widersprüche und Spannungen – verursacht z. B. durch Normendiffusionen, Normenkonflikte, Normenverluste

in der Gesellschaft, u. a. die „Zerschmelzung des sozialen Milieus", wie beispielsweise die Zerstörung der (Klein-) Familien u. a.
Heitmeyer konstatiert zusammenfassend: Nicht die Jugendlichen sind für diese Dinge verantwortlich, „sondern sie setzen sich nur auf ihre Weise mit den vorgefundenen Verhältnissen auseinander. Die Ursachen liegen also nicht bei den rechtsextremistischen Gruppen gewissermaßen am Rande der Gesellschaft, sondern im Zentrum der Gesellschaft". (ebenda)
Man kommt, wenn man die Dinge so ansieht wie Heitmeyer, zu Konsequenzen, die sehr bewußt den Jugendlichen mit seinen Bedürfnissen im Blick behalten – seine Spannungen, Defizite, Bedürfnisse.

4. Skizze: Ursachen und Hintergründe neonazistischer Tendenzen bei Jugendlichen speziell in der DDR

Die neonazistischen Strömungen unter Jugendlichen in der DDR stehen in Beziehung zu dem, was da in der BRD vor sich geht oder in anderen Staaten. Dennoch gibt es, das sieht Konrad Weiß deutlich, nicht nur eigene Erscheinungsbilder, sondern auch spezielle Verursachungen solcher Tendenzen durch diese Gesellschaft. Neonazistische Tendenzen unter Jugendlichen sind letztlich nicht importiert – sind weder allgemein Kapitalismusimport noch BRD-Import. Der „Neonazismus" unter Jugendlichen in der DDR ist anders und etwas anderes als der Neonazismus in der BRD, selbst wenn sich die Bilder ähneln.
„Neonazistische" Jugendliche sind eine Minderheit, die ständig angewachsen ist. Zahlenangaben sind nicht möglich, da sie streng geheim gehalten werden. Ich möchte hypothetisch 9 DDR-eigene Wirkursachen für die Entstehung neonazistischer Tendenzen unter Jugendlichen in der DDR nennen.
Nach Schätzungen Jugendlicher gebrauchen 60–80 % der Jugendlichen faschistisches Vokabular.

4.1. Sozialisations- und Bildungsdefizite

Das Gefühl der Vermassung bei gleichzeitiger Vereinsamung spielt eine entscheidende Rolle. Hier gibt es ein Kompensationsbedürfnis. Familien sind in der DDR massenhaft zerstört, Identifikationspersonen oder Identifikationsmodelle kaum in

Sicht (Gorbatschow-Fans sind keine Neonazis!). Vieles, was Jugendlichen geboten wird, läuft darauf hinaus, daß sich in ihnen das Gefühl entwickelt: auf mich als Person kommt es nicht an – z. B. bei der Disko oder Demonstration oder dem Appell. Vorbilder, die man ihnen anbietet, sind häufig keine für sie, weil sie nicht selbstgewählt sind.
Es gibt bei Jugendlichen durch die Art der Indoktrination einen Ideologieüberdruß, der in das Gegenteil umschlagen kann bzw. bei bestimmten Gruppierungen längst umgeschlagen ist.
Die Faschisten und der Faschismus sind Jugendlichen vor allem bekannt als die verbrecherischen Feinde (Bösewichter) der guten kommunistischen Antifaschisten (so nach Jugendlichen der 9. Klasse). Wenn Jugendliche sich mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR auseinandersetzen wollen (die guten kommunistischen Antifaschisten sind ja jetzt für alles verantwortlich), legt sich für manch einen nahe, sich mit den Bösewichtern zu identifizieren. Das ist dann wirkungsvoll und trifft.

4.2. Neurotische Sozial- und Generationskonflikte

Natürlich spüren Jugendliche Heucheleien und Lügen der Erwachsenenwelt der DDR – daß z. B. die „richtigen" sozialistischen Worte die Karriere sichern, selbst wenn man sie für Phrasen hält. Jugendliche durchschauen die Lügen der Erwachsenen. Jugendliche werden durch die Erwachsenengesellschaft in dieses System gezwungen – das ist mit vielen Kränkungen verbunden. So staut sich unter Umständen der Wunsch auf, dem Kränkenden die Kränkung zurückzuzahlen. Das neonazistische Erscheinungsbild ist dann u. U. die Rückzahlung der Kränkung. Sie hat den Charakter einer kränkenden Rache. Jugendliche „Neonazis" stechen in die versteckte, schlecht verdeckte Wunde der Gesellschaft. Das neonazistische Erscheinungsbild resultiert aus dem Wunsch nach elementarer Selbstbehauptung – diese müssen sie offensichtlich aggressiv zum Ausdruck bringen.

4.3. Verweigerte Autonomie und Partizipation

Jugendliche „Neonazis" realisieren auf militante Weise, was ihnen weder die Gesellschaft legal zugesteht noch die Kirche in ihrem Raum eröffnet: sie gründen eigene Gruppen, Vereinigungen, leben nach eigenen Gesichtspunkten und Normen.
 Da die Gesellschaft ihnen solche Möglichkeiten legal verwei-

gert und verweigert hat und diese Jugendlichen mit ihrem legitimen Autonomiebestreben sich in der DDR-Gesellschaft offensichtlich nicht angemessen ausleben können, entschließen sie sich zum Leben gegen diese Kultur und Gesellschaft. Da ihnen eine angemessene Partizipation nicht möglich scheint, bauen sie eine Antikultur auf. „Neonazismus" ist der Aufbau einer Antikultur, nicht die Entwicklung einer Subkultur!

4.4 Faschismus als Vehikel des Unbehagens an dieser Gesellschaft

Jugendliche „Neonazis" in der DDR entwickeln ihre Identität durch die Verneinung einer für sie verneinungswürdigen Gesellschaft und Realität. Damit leben sie ihr Unbehagen an dieser Gesellschaft aus. Sie haben den Schmerzpunkt dieser Gesellschaft, die sich antifaschistisch versteht, herausgefunden. Sie haben herausgefunden, was diese Gesellschaft kränkt, was ihr weh tut, was sie nicht ertragen kann – und genau das tun sie.

4.5. Identitätsdefizit/Identitätswunsch

Jugendliche „Neonazis" haben offensichtlich das Gefühl, daß ihnen eine positive Identität permanent verweigert oder verboten wird. Es fehlt ihnen eine positive Beziehung zu dieser Geschichte. Sie möchten „stolz auf Deutschland" sein. Hinter solchen Wendungen wird die Sehnsucht nach einer positiven Identität sichtbar und ihr tiefer Schmerz. Die Jugendlichen reagieren damit zweifellos auf Verdrängungsmechanismen innerhalb des Bildungsvorgangs, innerhalb des Jugendverbandes, der Familien, der Gesellschaft. Sie möchten in positiver Beziehung zu Vorfahren und Nachfahren leben, d. h., sie möchten selbst etwas Positives sein. Sie möchten stolz auf Deutschland sein, d. h. jedoch auch: sie sind es nicht auf die DDR! Ihre Identität liegt in der Vergangenheit oder Zukunft. Sie weisen damit darauf hin, daß die Frage der Beziehung der Deutschen zu ihrer Geschichte für sie nicht im mindesten geklärt ist.

4.6. Unbewältigter/nichtbearbeiteter Faschismus

Jugendliche mit „neonazistischen" Tendenzen weisen darauf hin, daß die Bearbeitung der Zeit des Faschismus nicht gelungen ist. Faschismus, Faschistoides ist nicht erledigt wie ein Datum. Das Geschichtsbild der DDR erweist sich als eine Flucht nach vorn – auch die DDR ist mit dieser Zeit nicht fer-

tig. Diese Jugendlichen verletzen bewußt das Tabu der DDR-Gesellschaft.

4.7. Veränderungen im Verhältnis zur Gewalt: Verharmlosung von Gewalt / Bereitschaft zur gewalttätigen Konfliktaustragung

Machtgebrauch und – unter bestimmten Voraussetzungen – Gewaltanwendung werden im Bildungswesen der DDR, im familiären und gesellschaftlichen Bereich unzureichend problematisiert. Im Sportverein, in der GST, im Wehrunterricht, bei der NVA etc. wird jungen Leuten vermittelt, daß Durchsetzungsvermögen – auch mit körperlichen Mitteln – für die richtigen Ziele angemessen und nötig ist. Dabei wird, völlig diffus, davon ausgegangen, daß Jugendliche selbstverständlich ein natürliches Wissen darum haben, wie weit sie zu gehen haben, was in der Gesellschaft erträglich ist. Die Bereitschaft zur gewalttätigen Konfliktaustragung begegnet bei jungen Leuten in verschiedenster Form. Besonders natürlich bei denen, die sich und ihre innere Spannung „neonazistisch" artikulieren und ausleben. Übergangsstufen sind: rowdyhaftes Verhalten, rowdyhafte Gewaltanwendung gegen Menschen, bandenmäßig organisierte Gewalttätigkeiten, Gewaltverbrechen. Gewaltbejahung und -anwendung ist zunächst nicht spezifisch für jugendliche Neonazis, aber hier begegnet sie zweifellos in konzentrierter, organisierter Form. Gewaltanwendung ist ein Bestandteil der „neonazistischen Ideologie", bzw. gehört zu dem neonazistischen Weltbild. Von daher spielen Frauen bei den jugendlichen „Neonazis" eine völlig untergeordnete Rolle.

4.8. Horizontverengung / Kulturelle Ignoranz

Die meisten Jugendlichen in der DDR haben von ihrer Bildung und Ausbildung her keine Vorstellung davon, was ein Jude ist und wie es zu den antisemitischen Exzessen der Vergangenheit kam. Sie kennen weder den Wert und die tiefe Bedeutung anderer Kulturen noch haben sie interkulturelle, horizonterweiternde, die eigene Toleranz herausfordernde und bewirkende Erfahrungen machen können. Sie sind Opfer der Abgrenzungsrealität unseres Landes und auch der Ausländerfeindlichkeit der Erwachsenen. Sie realisieren in exzessiver Weise das Abgrenzungssyndrom durch Ausländerfeindlichkeit. Bei ihnen begegnet eine bedrückende Unfähigkeit, auf Fremde offen zuzugehen und sie an ihrem Leben Anteil

nehmen zu lassen, sie hineinzunehmen in das eigene Leben – seien es Moçambiquer, Polen oder Vietnamesen.

4.9. Werteverlust / Ideologieverfall / Schwarz-weiß-Denken

Die Weltanschauung und Ideologie des Marxismus-Leninismus in unserem Land unterliegt einem permanenten Verschleißprozeß. Generationen wurden bevormundend zu heuchlerischer Anpassung erzogen und genötigt. Ethische und gesellschaftliche Relativitäten wurden durch ideologische Phrasen unangemessen, vereinfachend überdeckt. Die vermittelten Vorstellungen von der Zukunft des Sozialismus/ Kommunismus haben der Realitätsprüfung nicht standgehalten und führen dazu, daß diese Gesellschaft bei vielen als unglaubwürdig gilt. Das tiefe Mißtrauen gegen Funktionäre ist unübersehbar. Die einen wenden sich in dieser Situation zu einer pragmatisch-westlichen Ideologie, andere halten dennoch an sozialistischen Wertvorstellungen fest, jugendliche „Neonazis" bleiben im anerzogenen „Schwarz-weiß-Denken", aber wenden es aggressiv gegen die Realität dieses Staates und dieser Gesellschaft. Neonazistische Phrasen und Parolen bei Jugendlichen sind unter diesem Vorzeichen auch zu verstehen als Vehikel zur Artikulation der Unsicherheit und des Unbehagens über den Zusammenbruch eines ideologischen Überbaues. Realer Relativismus hat über eine utopische Gerechtigkeitsvision gesiegt. Dieser Verlust wird von „neonazistischen" Jugendlichen mit faschistischer Pseudoideologie kompensiert.

5. Umgang mit Jugendlichen mit neonazistischen Tendenzen

5.1. Aufgaben im gesellschaftlichen Bereich

Konrad Weiß fordert sozialtherapeutische Maßnahmen für „neonazistische" Jugendliche und die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft. Das ist zu bejahen. Was aber bedeutet das im Hinblick auf die Widersprüche, die dadurch erst noch ans Licht treten werden?

Von Rechtsanwälten und anderen Kundigen ist lange erkannt, daß die brachiale Bestrafung mit Gefängnis das Problem eher verschärft als löst. Der Strafvollzug kann im schlimmsten Fall

eine „neonazistische Akademie" werden. Die Justiz ist auf einem falschen Weg: sie ist hier nur der verlängerte Arm einer defizitären und verfehlten Bildungs- und Jugendpolitik. Am ehesten ist eine offensive Jugend- und Bildungspolitik zu fordern, die den Bedürfnissen Jugendlicher Rechnung trägt. Es geht dabei um Prävention gegen Neonazismus. In diesem Sinn muß auch gesellschaftlich eine Jugendpolitik konzipiert werden, die sich als „aufsuchende Jugendarbeit" (Heitmeyer) für die Jugendlichen profiliert. Dem Autonomie- und Partizipationsbestreben der Jugendlichen ist stärker Rechnung zu tragen – und damit wäre eine Konzeption zu entwickeln, die dem faktischen Pluralismus unter Jugendlichen Rechnung trägt, bei gleichzeitiger Entwicklung dialogischer Strukturen. Deutliche Korrekturen sind nötig in der Bildungspolitik – u. a. in der Methode der Vermittlung von Geschichtskenntnissen und Fakten. Notwendig wäre die Einrichtung eines Faches Lebens- und Sozialkunde, wo Kinder und Jugendliche die Kultur eines fairen Streites üben lernen, Formen gewaltloser Konfliktlösungen u. a.

Unerläßlich ist auch die Einführung eines Kulturunterrichtes, in dem Fragen und kulturelle Werte anderer Menschen und Völker wahrgenommen und als Bereicherung eigenen Lebens verstanden und aufgenommen werden können, so daß sich in jungen Menschen ein neues Wertesystem, eine tragfähige Lebensauffassung für zukünftiges Leben herausbildet.

5.2. Aufgaben für die kirchliche Jugendarbeit

- Die kirchliche Jugendarbeit ist durch die „neonazistischen" Tendenzen unter Jugendlichen herausgefordert, selbst wenn diese Jugendlichen in der Regel eine negative Einstellung zur Kirche und zum Christentum haben.
- Die kirchliche Jugendarbeit wird für diese Jugendlichen offen zu bleiben haben, selbst wenn sie die politischen, antikulturellen und weltanschaulichen Äußerungen und Erscheinungsformen nicht akzeptieren kann und wird.
- Die kirchliche Jugendarbeit wird an die Konzipierung attraktiver Projekte und Angebote heranzugehen haben, um mit diesen Jugendlichen ganzheitliche Lernerfahrungen zu machen – u. a. zu folgenden Themen: Rassismus / Ausländerhaß; Herrenmenschen?; Gewalt; war Hitler wirklich so schlimm?; die Nazis und die Juden; Hitler und Stalin; Stolz auf Deutschland?

Es geht jedoch hier nicht nur um thematische Angebote, sondern um die Konzipierung einer aufsuchenden Jugendarbeit, die den Jugendlichen in seinem ganzen Menschsein erreicht und ernst nimmt. Dieser Herausforderung kann sich die kirchliche Jugendarbeit nicht entziehen.

Literatur:

Heitmeyer, W., Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, 1987
ebd., Jugendliche Fußballfans, München, 1988
ebd., Identitätsprobleme und rechtsextremistische Orientierungsmuster, in: Baacke/Heitmeyer (Hrsg.), Neue Widersprüche. Jugendliche in den achtziger Jahren, 1985
ebd., Aufklärung und Faschismuspotential
Gibt es eine zeitgemäße antifaschistische Erziehung?
in: Neue Sammlung 28,3; 1988
Posselt/Schumacher, Projekthandbuch Rechtsextremismus, 1989, Schwerte
Weiß, Konrad, Die neue Gefahr. Junge Faschisten in der DDR.

Frank Nordhausen

Michael Heinisch, einziger Sozialarbeiter in Ost-Berlin: „Der Herbst wird heiß"

Skinheads greifen ein Ausländerwohnheim in Lichtenberg an. Faschos stürmen besetzte Häuser in Friedrichshain mit Steinen und Molotow-Cocktails, Autonome inszenieren eine Straßenschlacht mit der Volkspolizei in Lichtenberg – Schlagzeilen der letzten Monate aus Ost-Berlin. Wieso sind immer mehr Jugendliche bereit, Gewalt anzuwenden? Sozialarbeiter Michael Heinisch, 26, versucht, die Ursachen zu verstehen und gefährdeten Jugendlichen eine Alternative zu bieten, steht aber (noch) allein auf weiter Flur.

Die Nöldnerstraße im Bezirk Lichtenberg: Hier gehört der evangelischen Kirche ein bunkerähnlicher überdachter Keller, das „Professor-Fischer-Haus" (Profi-Haus). Seit Mitte der 60er Jahre treffen sich hier sogenannte „verhaltensauffällige" Jugendliche der benachbarten Schule. Kirchliche Mitarbeiter offerieren Freizeitangebote und gestalten Arbeitskreise. Das Profi-Haus wurde bekannt, als 1983 die ersten Ost-Berliner Punks auftauchten. Ihre Bewegung wurde vom Staat mit allen Mitteln unterdrückt. Sie kamen in keine Diskothek mehr rein, flogen aus den Kneipen raus, standen auf der Straße. Im Profi-Haus fanden sie einen Freiraum: Hier wurden sie ernstgenommen, konnten ihre eigene DDR-Punk-Kultur aufbauen. 1984 stieß Michael Heinisch zu den Punks vom Profi-Haus. „Damals lernte ich die Arbeit mit Jugendlichen kennen und lieben", erzählt der stämmige, gutmütige Jugendbetreuer. „Die Punks sind jetzt alle Mitte 20, haben Familie, treffen sich aber eigenartigerweise immer noch im Profi-Haus und hören ihre alte Musik. Sie hatten als Jugendliche dort ein echtes Zuhause gefunden." Ein solches Zuhause versucht Michael auch seinen neuen „Kunden" zu geben, die aus einer ganz anderen Szene stammen, „sogenannte Rechte", wie er sagt, also Fußballfans, Skinheads und Hools aus dem DDR-typischen Neubaugebiet Frankfurter Allee Süd: triste Plattenbau-

ten, die Wohnungen zu klein, fehlende Jugendeinrichtungen. Diese Jugendlichen, im Hochhausviertel groß geworden, haben sich „auf der Straße" entwickelt. Wenn sie etwas erleben wollten, waren sie auf Cliquen und Gangs angewiesen: ihr Aufenthaltsraum: öffentliche Plätze, das Fußballstadion, die Stammkneipe.
Seitdem er seine Ausbildung zum Sozialdiakon bei der evangelischen Kirche abgeschlossen hat, arbeitet Michael mit den Lichtenberger Skins. Seine Freundin Heike unterstützt ihn dabei ehrenamtlich, und die Kirche stärkt ihm den Rücken. Er ist im Augenblick der einzige Sozialarbeiter in Ost-Berlin, der sich – mit viel zu wenig finanziellen Mitteln – um diese Jugendlichen kümmert. 40 bis 70 Jugendliche betreut er regelmäßig im Profi-Haus und als Streetworker, aber „bei größeren Feten kommen auch mal 150, nur habe ich das dann nicht mehr im Griff, weil ich alleine bin. Und wenn wir zum Fußball gehen, kenne ich fast alle, die da sind."

Rechtsradikale?

Die Bomberjacken haben Vertrauen zu ihm: „Während der sogenannten Revolution habe ich Demonstrationen vorbereitet und bin oft von der Polizei verprügelt worden. Das hat eine unheimliche Nähe und Solidarität gebracht, denn das haben sie auch erlebt. Die haben gesehen, daß ich es ehrlich meine und daß ich eigentlich genauso ein armes Schwein bin wie sie." Und sie wissen, daß er sich für sie einsetzt. So organisiert er Fußballspiele, Diskos, Feten und fährt mit ihnen am Wochenende aufs Land. Im August konnte er sie auf eine kirchliche Ferienreise nach Mallorca mitnehmen, gemeinsam mit „linken" Jugendlichen: „Das war wichtig. In Spanien haben sie viel gelernt, z. B. selber Ausländer zu sein. Mit den Linken haben sie sich vertragen. Und sie haben mit englischen Jugendlichen Freundschaft geschlossen."
Die Vertrauensbasis ist so groß, daß er niemals zu körperlicher Gewalt greifen muß. „Ich habe mich eigentlich nie auf die Gewalt eingelassen. Nur einmal wollte sich einer mit mir prügeln. Wir haben statt dessen ein Rennen ausgetragen. Die akzeptieren eben, daß ich anders bin." Er will ihnen vorleben, daß es alternative Reaktionsmöglichkeiten gibt: sein Engagement ist nicht politisch begründet, sondern sozial angelegt. Es gehe darum, den Jugendlichen zu helfen, eine eigene Kul-

tur zu entwickeln, die andere Menschen nicht beeinträchtigt: „Musik spielt dabei eine ganz wesentliche Rolle, fürs Denken und Fühlen. Wir reden über die Texte von Gruppen wie Endstufe oder Onkels und versuchen, die Inhalte zu reflektieren. Neulich habe ich ihnen mal Ton, Steine, Scherben vorgespielt, und das fanden sie gut."

Seit der Wende sind neue Probleme aufgetaucht. Was an diffusen politischen Ideen in den Köpfen spukte, wird nun von Rechtsradikalen aus der Bundesrepublik, darunter vielen ehemaligen DDR-Bürgern, geschickt geschürt und vertieft. „Ob ein Jugendlicher zu den Linken oder Rechten geht, ist eher zufällig. Eigentlich spielt die Ideologie bei der Gruppenbildung zunächst keine wesentliche Rolle, sondern die soziale Alltagserfahrung. Nur wenige haben politische Motive."

Erst die gezielte politische Beeinflussung, aber auch die Festlegung durch die Medien mache aus Skinheads Neofaschisten. Eine Einladung des BRD-Neonazis Michael Kühnens nach Hamburg, wo jeder Geld, Spukkis und anderes Material erhielt und in einer „Kameradenwohnung" übernachten durfte, hat die jungen Männer (denn Mädchen sind kaum dabei) schwer beeindruckt. Auch die etwa 25 Rechtsradikalen aus der Lichtenberger Weitlingstraße (die ihre Häuser, so Michael, übrigens legal von der Kommunalen Wohnungsverwaltung zugewiesen bekamen), nur drei Minuten vom Profi-Haus entfernt, sind daher seine Gegner, lassen ihn aber inzwischen in Frieden: „Am Anfang wollten die mich wegklatschen. Aber Mitte Juni kamen sie und sagten, wir könnten uns doch arrangieren. Im Augenblick haben die wie ich genug Zulauf und lassen mich daher in Ruhe."

Natürlich kennen sich die Jugendlichen untereinander, es gibt einige Pendelgänger zur Weitlingstraße, und noch ist keineswegs geklärt, ob nicht viele bei rechten Organisationen landen werden. Bisher, weiß Michael, gibt es keine regelrecht organisierten Gangs, aber die Führerfiguren aus dem Westen seien dabei, straffere Formen einzuführen. Trotzdem ist er dagegen, die Weitlingstraße zu räumen: „Dann eskaliert alles noch mehr, sie besetzen irgendwo anders neu und wären wieder die Helden der Nation – nach dem Motto „das Schweinekommunistenregime hat uns beeinträchtigt". Man müßte denen das Wasser abgraben, indem man den Jugendlichen etwas anbietet: meinetwegen sollen sie Heldenfriedhöfe pflegen ...

Zunahme der Gewalt

Verhängnisvoll findet er auch die ständige Ausweitung der Gewalt. Die Ursachen liegen auf der Hand. Das bekannte Erfahrungsfeld ist seit dem letzten Herbst völlig zusammengebrochen: die gewohnten Autoritäten existieren nicht mehr. Die Stasi ist verschwunden, der Staat löst sich auf, die gefürchtete Polizei zeigt sich plötzlich schwach und angreifbar. Ausländer gab es früher nicht auf den Straßen: auf einmal seien die Fremden, so der subjektive Eindruck, überall. „Ausgerechnet am Bahnhof Lichtenberg, ihrem alten Treffpunkt, werden sie plötzlich mit der Kultur der Rumänen konfrontiert. Da entsteht sofort der Gedanke: die nehmen uns alles weg", erläutert Michael. So entwickeln sich Feindbilder. Und wenn man dann gelernt hat, wie leicht es ist, einen Ausländer zu verprügeln, sinkt die Hemmschwelle beim nächsten Mal. Da wird sogar Steineschmeißen, früher in der DDR undenkbar, zum normalen Vorgang. Und dann? Am 2. Juni verlor ein West-Berliner beim Angriff von Skins auf die besetzte „Camera" in der Oranienburger Straße ein Auge. „Die Autonomen-Demo in Lichtenberg am 23. Juni war dafür die Rache. Wäre die Polizei überrannt worden, hätte es Tote gegeben." Viele Jugendliche seien mittlerweile regelrecht „an Gewalt krank" geworden.
Eine entscheidende Rolle spielt die Öffnung der DDR zum Westen. Wobei für Michael das Auftreten westlicher Jugendgangs in Ost-Berlin eher ein Randproblem ist. Die westlichen Gruppen seien in der Regel keine Vorbilder. „Für mich hat aber die westliche Gesellschaft selbst rechtsradikale Impulse in sich. Da wird mein soziales wieder zu einem politischen Konzept. Randgruppen sind nur ein Anzeiger für das, was in der Gesellschaft nicht stimmt." Gegenseitiges Kennenlernen könnte Konflikte mindern. Daher plant Michael schon seit einer Weile ein Fußballspiel mit türkischen Jugendlichen:„Als die das erste Mal kommen sollten, haben meine Jungens ihnen Geleitschutz von der Oberbaumbrücke bis Lichtenberg versprochen. Aber die Türken hatten Angst und kamen nicht." Sport sei jedenfalls ein geeignetes Mittel, aufeinander zuzugehen, denn da würden die Regeln des Fairplay akzeptiert. Auch Gespräche zwischen Skins und Autonomen hält er für sinnvoll: „Viele kennen sich ja von früher. Und im letzten Oktober sind meine Leute mit Linken noch zusammen auf De-

mos gegangen. Gespräche können Spannungen und Gewalt dämpfen. Aber das muß ohne Medien laufen."
Zunehmende Arbeitslosigkeit, soziale Auseinandersetzungen und allgemeine Existenzängste im Gefolge der Währungsunion lassen ihn andererseits einen heißen Herbst befürchten. Die Rechten, die Linken und selbst die normalen Bürger rüsteten inzwischen massiv auf: „Da braut sich was zusammen. Es werden mehr ... und der Zusammenschluß in Gruppierungen gibt in einer unsicheren Zeit Sicherheit. Die Gewalt wird eskalieren und über Jugendgruppen weit hinausgehen."
Für seine „Klienten" sieht er harte Zeiten heraufziehen, denn viele werden nach dem Sommer in ein tiefes Loch fallen: Die Unbequemen verlieren bekanntlich zuerst den Job oder bekommen keine Lehrstelle, schon jetzt ist das Bier in der Stammkneipe zu teuer, und der Einfluß westlicher Neonazis nimmt zu: „Noch ist Urlaub, noch haben alle Geld auf dem Konto und noch können sie daher die Reisefreiheit genießen. Im Herbst ist das vorbei."
Außerdem muß das Profi-Haus wegen dringender Renovierung geschlossen werden. Zwar wird es in einem Jahr größer und schöner wieder geöffnet, aber für die Zwischenzeit müssen Ersatzräume her. Das Problem: Im einzig möglichen Ausweichquartier, einem Jugendklub im Gebiet Frankfurter Allee Süd, haben Linke das Zepter in der Hand ...
„Die wissen nicht mehr, wo sie hin sollen. Und ich habe Angst, wenn nicht jemand etwas innerhalb unserer Gesellschaft anbietet – und die Gesellschaft bietet im Augenblick nichts –, daß sie dann wirklich rechtsradikale Gruppierungen werden." So steht Michael vor einem Berg von Schwierigkeiten. Vom Staat und der Jugendministerin fühlt er sich im Stich gelassen; die hätten kein Interesse an den Jugendlichen und überließen die Lösung der Probleme der Polizei. Dringend gebrauchte Stellen für Streetworker würden nicht geschaffen. Auch gibt es in der DDR keine anerkannten Sozialarbeiter. Aus dem Westen importierte Betreuer jedoch, fürchtet der Sozialdiakon, hätten nicht das richtige Gespür und würden die Verhältnisse nicht kennen. Nur die Kirche und gerade entstehende freie Träger brächten unter den jetzigen Bedingungen soziales Engagement auf.
Ob er denn bei dem ganzen Streß (für miese Bezahlung) nicht daran denkt, einfach auszusteigen? „Ja, manchmal schon", bekennt Michael, will aber eigentlich noch minde-

stens fünf Jahre weitermachen. „Kraft geben mir meine Familie, meine Kinder und die Musik. Grundlage meiner Arbeit ist, daß ich die Jungs mag. Wenn da Dinge sind, die gut gelaufen sind, wenn einer was begriffen hat, dann denke ich: prima. Hat es an einem Tag nicht so geklappt, dann höre ich zu Hause meine Musik: Klassik und Konstantin Wecker. Wenn das allerdings mit dem Streß so weitergeht wie in den letzten eineinhalb Jahren, dann halte ich nicht mehr lange durch."

(aus: BLICKPUNKT)

Laura Benedict

„Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen"

Deutsch-deutsche Neonazis proben die Einheitsfront

Anfang des Jahres wurde in der Türrschmidtstraße in Berlin-Lichtenberg ein Haus besetzt. Nichts Ungewöhnliches, denn in Ostberlin wurden zu jener Zeit fast täglich Häuser besetzt. Ungewöhnlich waren nur die Besucher des Hauses, im März unter anderem der aus der Bundesrepublik berüchtigte Neonazi Michael Kühnen. Ungewöhnlich auch die Fürsorglichkeit, die der Rat des Stadtbezirkes Lichtenberg den Bewohnern des Hauses angedeihen ließ. Einmalig in der Geschichte Ostberliner Hausbesetzungen dürfte sein, daß den Besetzern ein „Ausweichobjekt" von der KWV angeboten wurde, als sich herausstellte, daß sich das Haus in der Türrschmidtstraße in Privatbesitz befindet.
Bei diesem Ausweichobjekt handelte es sich um das Haus Weitlingstraße 122 ...

„Dieses Haus ist ein Fanal für ganz Deutschland"

Dieser markige Satz stammt von dem Wiener Gottfried Küssel (31), „Bereichsleiter Ostmark" der VAPO (siehe Kasten). Küssel und sein „Kamerad" Günter Reinthaler (32), im Rang eines VAPO-Gauleiters von Salzburg, haben im Auftrage der Kühnen-Connection die Patenschaft über das Haus und seine Bewohner übernommen.

VAPO

VOLKSTREUE AUSSERPARLAMENTARISCHE OPPOSITION, gegründet im Januar 1985 von Mitgliedern der WIKING JUGEND und der verbotenen ANS/NA gegründet. Besonders aktiv in der DDR sind seit Monaten Gottfried Küssel (Bereichsleiter „Ostmark") und Günter Reinthaler (Gauleiter Salzburg).

NA

NATIONALE ALTERNATIVE, gegründet am 1. Februar 1990 in Ostberlin von Frank Lutz, Andre Riechert, Franko Meyer, Mario Neumann, Ingo Hasselbach und Heiko Baumert – alle seit Jahren, zum Teil gerichtsnotorisch, aus der rechtsradikalen Skinheadszene bekannt; bis zum 25. Juni befand sich die Parteizentrale in der Weitlingstraße 122 in Berlin-Lichtenberg. Die NA ist ins Parteienregister beim Präsidium der Volkskammer unter der Registriernummer 39/90 eingetragen. Eine erste Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der NA datiert vom 18. März 1990; bis zum heutigen Tage aber schieben Generalstaatsanwaltschaft, Präsidium der Volkskammer und Oberstes Gericht die Verantwortlichkeiten wechselseitig aufeinander ab. Es bestehen enge personelle und strukturelle Verbindungen zu VAPO, zur FAP, zur NF und zur DA, deren legalistischen Arm in der DDR die NA de facto darstellt.

Anlaß waren der begründete Verdacht, dort die Parteizentrale der NATIONALEN ALTERNATIVE (siehe Kasten) zu finden, und die Vermutung, die Häuser in der Weitlingstraße seien Ausgangspunkt verschiedener militanter Aktionen gewesen. Das Ergebnis des Polizeieinsatzes war eher mager, sieht man davon ab, daß erst durch diesen „Häusersturm" (O-Ton NA) das Interesse in- und ausländischer Medien auf die Weitlingstraße gelenkt wurde. Von da an gaben sich die Journalisten im Haus die Klinke in die Hand. Damit war eines der Hauptziele des „Projektes Weitlingstraße" erreicht: „Es (das Haus –

d. A.) ist allein schon von propagandistisch-publizistischer Wichtigkeit." (Küssel) Da nahm man auch gern in Kauf, daß viele der Berichte schlampig recherchiert oder getürkt (SPIEGEL TV) waren, entweder das Bild bedrohlicher Monster oder bedauernswerter Sozialfälle zeichneten, und mitunter sogar „Aufwandsentschädigungen" gezahlt wurden.

„Hier wird politischer Kampf auf einer anderen Ebene geführt."

Welche andere Ebene Gottfried Küssel damit meint, belegt eindeutig die Geschichte der BÜRGERINITIATIVE WOSAN. Mit dem Projekt WOSAN wird eine neue Qualität ultrarechter politischer Arbeit erreicht. Erstmals werden hier nicht mehr alte Strukturen in modifizierter Form wiederholt, sondern Modelle aus der linksalternativen Szene aufgegriffen. Konkret bedeutet das zum ersten die Übernahme alternativer Wohn- und Lebensformen, die bislang heftig bekämpft wurden (Hausbesetzungen und Wohngemeinschaften). Zweitens werden bewußt Versatzstücke der aktuellen politischen Entwicklung in der DDR nach den Oktobertagen in die eigene Strategie eingebaut. So heißt es bezeichnenderweise in einem breit gestreuten Flugblatt der WOSAN:

„Betrogene dieser Republik!
Wohnräume statt Büros! (...)
Nach der Revolution vom 9. November besteht nun die Möglichkeit, auf Mißstände hinzuweisen und durch Eigeninitiative und Tatkraft an einer besseren Zukunft mitzuarbeiten. Die INITIATIVE FÜR WOHNRAUMSANIERUNG soll ein Zusammenschluß von alten und jungen Menschen sein, die nun gemeinsam die historisch gewachsenen Wohnviertel erhalten und gestalten wollen."

Durch die bewußte Aufnahme unorthodoxer Lebensformen und das veränderte Vokabular der politischen Agitation ergeben sich zwangsläufig auch veränderte Methoden der Rekrutierung potentieller „Mitkämpfer". So führt das Projekt eines besetzten Hauses folgerichtig zu einer Identifizierung und Solidarisierung innerhalb der „Szene".
Andererseits erhöht sich natürlich die Tarnung der eigentlichen politischen Arbeit. Nach außen hin ist man Hausbeset-

zer wie andere Hausbesetzer auch. Nach innen schafft man den nötigen Freiraum für den Aufbau tragfähiger Strukturen. Wie sehr dieses Konzept aufgegangen ist, beweisen die sich über Monate hinziehenden Schwierigkeiten des Rates des Stadtbezirkes und des Magistrates bei der Bewertung der Vorgänge um das Haus in der Weitlingstraße und die daraus resultierende und bis heute fortdauernde Unfähigkeit, die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.
Am 20. April schloß die KWV Lichtenberg (vertreten durch Mitarbeiter Göpfert und Füchsel) mit den Vertretern der WOSAN Ingo Hasselbach (23) und Heiko Baumert (18) – (vergleiche Kasten: NA) eine Vereinbarung zum Um- und Ausbau auf der Basis von Eigenfinanzierung. Im Haus sollten neun Einraumwohnungen geschaffen werden. Die KWV verzichtete ausdrücklich auf jegliche Mietansprüche und räumte den Bewohnern die Option für ein Dauermietverhältnis ein. Im Gegensatz zur Vorgehensweise gegenüber allen anderen Hausbesetzern in Ostberlin, wurde die WOSAN weder durch den Rat noch durch die KWV verpflichtet, vor Aufnahme von Verhandlungen den Status einer juristischen Person mittels Eintragung in das Vereinsregister zu erlangen. Festzustellen bleibt, daß dies bis heute nicht der Fall ist. Erst am 12. Juli wurde von der WOSAN der Eintrag ins Vereinsregister und die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit beantragt. Dieser Antrag wurde unter der Registriernummer 1 550 am 17. Juli entgegengenommen, ist aber bis zum 15. August nicht beschieden worden, da die geforderte Namensliste von der WOSAN nicht beigebracht worden ist.
Der Sprachduktus sowohl des Antrags als auch der Grundsatzerklärung und des Vereinsstatuts offenbaren eindeutig die Handschrift von Gottfried Küssel, der sich Anfang Juli massiv in die Belange der WOSAN eingeschaltet hatte. Zu diesem Zeitpunkt waren in der WOSAN erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber entstanden, ob man dem öffentlichen Druck nachgeben und das Haus verlassen solle. Die Gruppe um Hasselbach und Baumert wollte das Angebot der KWV Lichtenberg annehmen, über das Stadtgebiet verteilte Einraumwohnungen zu beziehen. Dieser Entschluß resultierte nicht zuletzt aus der Einsicht, daß das „Projekt Weitlingstraße" aus finanziellen Gründen nicht zu halten sein würde. Am Abend des 4. Juli beschloß die Fraktion der Hardliner unter dem Einfluß von „Kamerad" Küssel, den WOSAN-

Vorstand in Abwesenheit zu entbinden. Der neue Vorstand setzt sich nunmehr zusammen aus Alexander Dietze (19) (Vorsitzender), Oliver Schweigert (21) (Schriftführer und stellvertretender Vorsitzender) und einem Zuzug aus Kreuzberg SO 36 (sic!), dem „Kassierer" Robert Lauber. Durch dieses Manöver sollte dem alten Vorstand die Legitimation zur Unterschrift von Vereinbarungen mit der KWV über den Auszug entzogen werden. Die Unterschriften wurden trotzdem geleistet (am 5. Juli), daraufhin sofort vom neuen Vorstand für „rechtsungültig" erklärt, was die Tatsache außer acht läßt, daß bis dato niemand für WOSAN irgend etwas unterschreiben kann, da es WOSAN als Rechtsperson nicht gibt!

„Nur der organisierte Wille bedeutet Macht"

Interessanter als dieses Gerangel sind die politischen Aspekte, die sich hinter WOSAN verbergen. Die Schutzbehauptung, bei der WOSAN handle es sich um eine unpolitische Organisation, ist mit der Umbildung des Vorstandes endgültig ad absurdum geführt. Diente WOSAN ursprünglich noch zu Verschleierung der Aktivitäten der NATIONALEN ALTERNATIVE, so ist die „Bürgerinitiative" nun unter der Hand zu einem selbständigen Faktor ultrarechter Politik geworden. In der WOSAN und damit im „Projekt Weitlingstraße" verbinden mehrere rechtsextreme Fraktionen ihre im Ziel im wesentlichen gleichen Bestrebungen zu gemeinsamem Handeln. Flügelkämpfe verlieren zunehmend an Bedeutung. Diese Vernetzungen sind zur Zeit vor allem personeller Art. Oliver Schweigert zum Beispiel ist gleichzeitig Mitglied der FAP-Führung in Westberlin, gleichzeitig Präsidialsprecher der FREIHEITSPARTEI, gleichzeitig Ortsvorsitzender der DEUTSCHEN ALTERNATIVE Berlin (West) und im Frühjahr von Kühnen zum „Gebietsleiter Ost" der DA ernannt worden. Dies entspricht nur noch auf den ersten Blick der alten Taktik ultrarechter Aktivisten, mit Hilfe von Mehrfachmitgliedschaften einer permanenten Gefahr des Verbotes von Staats wegen zu begegnen und einmal aufgebaute Strukturen unter anderem Namen funktionsfähig zu erhalten.

FAP

FREIHEITLICHE ARBEITERPARTEI, gegründet im März 1978 in Stuttgart von Martin Pape, ehemals Hitlerjugend-Führer und später NPD-Mitglied. Nachdem im Jahre 1983 die von Michael Kühnen gegründete ANS/NA verboten wurde, unterwanderten die Kühnen-Truppen systematisch die FAP und wandelten die Gruppierung in ihrem Sinne um, in dem sie die Führungsebene der FAP besetzten. Noch im Verfassungsschutzbericht von 1988 wird die Bedeutung der Gruppierung eher gering eingeschätzt, Folge von Flügelkämpfen innerhalb der FAP. Unter den neuen Bedingungen haben sich die Aktivitäten der FAP enorm verstärkt.

DA

DEUTSCHE ALTERNATIVE, gegründet am 5. 5. 89 in Bremen . Die DA ist eine Vernetzungspartei. Vorsitzender ist seit Januar 1990 Walter Matthaei (bis 1945 Referent in Rosenbergs Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Geschäftsführer der 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei – SRP –, Gründer Wiking Jugend, FAP-Bundesvorsitzender 1988). Im Dezember 1989 wurden bereits Ortsverbände in Dresden und Cottbus gegründet. Januar 1990 „Reichsparteitag" in der Nähe von Bonn. Dort stellte sich die DA als erste gesamtdeutsche Partei vor, mit vier Ortsverbänden in der DDR, die die Sektion DDR in der DA aufbauen sollen. Am 16. 3. 1990 Gründungsparteitag der DA als mitteldeutsche Partei in Berlin (West). Dort erfolgte die Wahl des Parteivorstandes: Ray Träger (Vorsitzender, Ortsverband Dresden), Ingo Hasselbach-Pfannenschmidt (stellvertretender Vorsitzender, Ortsverband Berlin, Gründungsmitglied der NA und der Bürgerinitiative WOSAN). Am 7. 7. 1990 fand der erste Landesparteitag der „mitteldeutschen" DA im Beisein von Michael Kühnen und Vertretern der FAP, der ANS/AO und der VAPO in Kiekebusch bei Cottbus statt. Der dort neugewählte Parteivorstand wird angeführt von Ray Träger und Karsten Wolter.

Die „Herausforderung DDR", die Aufgabe, tragfähige Strukturen auf der Grundlage lose miteinander verbundener „Fascho"gruppen aufzubauen, zwang zu qualitativ neuen Denkmodellen. Nur eine Partei, die bereits auf der Grundlage des Einheitsfrontgedankens entstanden ist, ist in der Lage, diese komplizierte Aufgabe mit einigem Erfolg zu lösen. Eine solche Partei ist die „DEUTSCHE ALTERNATIVE – die nationale Protestpartei". Der Bündnischarakter dieser Gruppierung wird deutlich, wenn man einen Blick auf die Kandidaten der Bremer Liste der DA für die Bundestagswahl 1990 wirft. Von den insgesamt 12 Kandidaten sind sieben Mitglieder der DA, zwei Mitglieder der FAP, zwei der NPD, und ein Kandidat, der sich als unabhängig bezeichnet: Edgar Geiss, Grüner und Leiter der BÜRGERINITIATIVE GEGEN KRIEGSSCHULD UND ANTIDEUTSCHE GREUELLÜGEN. Am 11. April hat der Bundeswahlleiter die DA ins Parteienregister der Bundesrepublik aufgenommen. Die DA selber kommentiert das so:
Das ist mehr, als die Wahlliste einer neuen und unbekannten Splitterpartei, das ist das angestrebte deutsch-alternative Bündnis auf breiter Grundlage.
Obgleich nicht Parteivorsitzender, ist Michael Kühnen de facto Chefkoordinator und ideologischer Vordenker der DEUTSCHEN ALTERNATIVE. In seinem sogenannten „Arbeitsplan Ost" vom 21. Januar 1990 entwickelte er das detaillierte Konzept für die Arbeit der „DA Mitteldeutschland". Geplant war u. a., daß der Ortsverband Dresden die Registrierung in Dresden vornimmt. Das scheiterte jedoch nicht zuletzt daran, daß es in der DDR bereits eine Partei mit dem Kürzel „DA" gibt. Der § 5 des Parteiengesetzes der DDR besagt nämlich in Absatz (1): „Jede Partei muß einen Namen haben, der sich von dem einer bereits bestehenden Partei deutlich unterscheidet. Gleiches gilt für eine Kurzbezeichnung, wenn eine solche verwandt wird." Für diese Eventualität sah der „Arbeitsplan Ost" eine Alternative vor:

„In der Zwischenzeit gründen die Cottbusser Kameraden eine Partei unter einem anderen, ganz unverfänglichen Namen, für den es in der DDR keine Parallele gibt, und über den wir im Westen auch in keiner Weise reden. Mit dieser Partei versucht die Kameradschaft Cottbus so schnell wie möglich die Registrierung einzuleiten. Wenn die Registrierung der DA in Dresden abgelehnt werden sollte, schließen sich die

Dresdner der Cottbusser Partei an. Die dann entstehende Partei wird die DA sein, aber sie wird eben unter einem anderen Namen auftreten und sich den nächsten Kommunalwahlen stellen."

Wie es mit Plänen so ist: ganz gehen sie nie auf. Die Partei wurde nicht in Cottbus gegründet – sondern in Berlin, und sie bekam den „unverfänglichen" Namen NATIONALE ALTERNATIVE. Verräterisch allein waren die Mitgliedsanträge – es wurden von Anfang an nur Antragsformulare für die DEUTSCHE ALTERNATIVE ausgegeben. Somit erfüllt die NATIONALE ALTERNATIVE eine Doppelfunktion: Einerseits ist es der DA durch sie gelungen, in „Mitteldeutschland" Fuß zu fassen, andererseits wurde hier ein Pilotprojekt gestartet, um den legalen Spielraum für eine ultrarechte Partei auf dem Territorium der DDR auszutesten, d. h., Registrierung im Parteienregister, Mitgliederrekrutierung, Sympathisantenfeld, Mittel und Methoden für Agitation und Propaganda, Reaktion der Administration und der Öffentlichkeit, Aufbau von Substrukturen (WOSAN) Teilnahme an Wahlen. Auch die NATIONALE ALTERNATIVE räumt ihren Mitgliedern die Möglichkeit ein, gleichzeitig einer anderen Partei oder Organisation anzugehören. So waren Gründungsmitglieder der NA bereits bei den REPUBLIKANERN und in der DVU (DEUTSCHE VOLKSUNION) organisiert. Neben den bereits im Zusammenhang mit der WOSAN erwähnten Kontakten zur FAP, VAPO und NF gibt es Kontakte zur NSDAP/AO (Gerry Rex Lauck), zur ANS/AO, zur NL (NATIONALE LISTE), über die DNA/DEUTSCHNATIONALE ARBEITSGEMEINSCHAFT) zur NPD, zur MSI (MOVIMENTO SOCIALE ITALIANO – neofaschistische Partei Italiens) und zum HAUPTSCHULUNGSAMT WOTANS VOLK, geleitet von dem Neofaschisten Arnulf Winfried Priem (42). Angebote für eine Zusammenarbeit kamen bereits vor zirka sechs Wochen von dem Kreisvorsitzenden der REPUBLIKANER Ostberlin, Harald Reppin, und von einem Vorstandsmitglied der Ostberliner DSU (DEUTSCHE SOZIALE UNION) (sic!).

Die „Kameraden" der NA erhalten nicht nur eine ideologische Konditionierung, sondern auch für ihre Körperertüchtigung wird gesorgt. So nahmen sie beispielsweise am 3. März mit einigen Dutzend Sympathisanten am Vortrag des Verfechters der These von der „Auschwitzlüge", David Irving, in Hamburg

teil, und reisten zu einem militärischen Schulungslager in der letzten Juliwoche. Der „Bürokram" der NA wird bei Christian Worch (NL – siehe Kasten) erledigt.

Die juristische Betreuung hat der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger übernommen, Vorsitzender der rassistischen GESELLSCHAFT FÜR BIOLOGISCHE ANTHROPOLOGIE, EUGENIK UND VERHALTENSFORSCHUNG.
Trotz allem ist abzusehen, daß die Tage der NA als eigenständiger Partei gezählt sind. Sobald der DEMOKRATISCHE AUFBRUCH vollständig in der CDU aufgegangen ist, wird der Weg frei für eine Registrierung der DEUTSCHEN ALTERNATIVE in den zukünftigen Ländern der ehemaligen DDR. Spätestens nach der erfolgten Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik kann die NA getrost ihre Tarnkappe ablegen und sich der erstaunten Öffentlichkeit als das präsentieren, was sie immer schon war.

„Eine schlagkräftige und einheitliche Front"

Doch all diese „bündnispolitischen" Überlegungen haben insgesamt nur vorläufigen Charakter. Die sich durch die Vereinigung Deutschlands nachhaltig verändernde politische Großwetterlage zwingt auch die Strategen am äußersten rechten Rand, neue Pläne zu machen. Mit größter Aufmerksamkeit sollten darum die Aktivitäten des ARBEITSKREISES FÜR DEUTSCH-ALTERNATIVE POLITIK verfolgt werden. In aller Stille werden hier nämlich die ersten Schritte in Richtung auf eine rechte Sammlungsbewegung mit echtem Bündnischarakter getan. Damit besteht die reale Gefahr, daß die Atomisierung der neofaschistischen, profaschistischen und rechtsradikalen Kräfte in Deutschland zum ersten Mal seit Kriegsende überwunden werden könnte.
Unter dem Deckwort „Neubeginn" hatten sich bis März 1990 bereits 21 Parteien, Organisationen und Gruppen organisiert.
Dazu gehören unter anderem:
- die DEUTSCH-NATIONALE ARBEITSGEMEINSCHAFT in der NPD
- die ARBEITSGEMEINSCHAFT SCHWARZ-WEISS-ROT in der DVU
- die ANTIZIONISTISCHE AKTION

– die DEUTSCHE INITIATIVE WÄHLT REPUBLIKANER
– die DEUTSCHE FRAUEN FRONT
– der VOLKSBUND RUDOLF HESS und
– die FREIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG.

Interesse an einer Zusammenarbeit bekundeten die NSDAP/AO, die FAP, die NATIONALE LISTE, Anhänger des BUNDES DER VERTRIEBENEN, Anhänger der CHRISTLICHEN LIGA, der ÖKOLOGISCH-DEMOKRATISCHEN PARTEI (ÖDP – die übrigens auch in der DDR registriert ist!). Alles in allem liest sich die Sympathisantenliste des „Neubeginns" wie ein Who-is-Who des deutschen Rechtsradikalismus und Neofaschismus. In einer Selbstdarstellung des „Neubeginns" heißt es:
„... schon heute ist Zuversicht erlaubt, daß es gelingen wird, die deutsch-alternative Opposition (...) zu einer schlagkräftigen und einheitlichen Front zusammenzufassen und daß diese dann eine ernsthafte politische Kraft sein wird! (...) Man kann unseren Kampf nicht mehr ignorieren, man kommt nicht mehr an uns vorbei!"

So sehr sich das alles nach gerade aus dem rechten Lager allzu bekannten markigen Sprüchen anhört, liegt das Bedrohliche in der neuen Qualität, mit der diese Ansprüche eingelöst werden sollen: der rechten Einheitsfront.

Am 18. März 1990 „schloß sich der harte Kern der deutsch-alternativen Opposition in der Reichshauptstadt mit Namen BERLINER BLOCK zusammen. Das Bündnis unterschrieben: für die NATIONALE ALTERNATIVE deren Parteivorsitzender Frank Lutz, der Ostberliner Kamerad ist zugleich auch Sprecher des Blocks; für WOTANS VOLK dessen Leiter, der nationale Vorkämpfer seit den siebziger Jahren, Arnulf Winfried Priem; für die Berliner DEUTSCHE ALTERNATIVE, deren Ortsvorsitzender Oliver Schweigert." (Auszug aus der sogenannten Berliner Erklärung) Unmittelbar nach dem Zusammenschluß trat der BERLINER BLOCK dem Bündnis „Neubeginn" bei.

Dieses Netzwerk personeller und organisatorischer Beziehungen, in seinen letzten, feinsten Verästelungen nicht mehr zu überblicken, sollte alle die nachdenklich stimmen, die das Problem des Rechtsextremismus mit einer Handbewegung zu einer Modeerscheinung gesellschaftlicher Außenseiter herunterspielen oder die Protagonisten als psychopathologische Spinner abtun. Bedenkt man weiterhin, daß die Aktivisten der „Bewegung" innerhalb eines Sympathisantenfeldes nur als

Multiplikatoren wirken, und daß sie gerade auf dem Territorium der Noch-DDR in naher Zukunft einen großen Zulauf erwarten können, lassen sich die Dimensionen des Problems erahnen. Dem wird weder mit Ignoranz wider besseres Wissen noch mit staatlicher Repression beizukommen sein. Wichtigste Voraussetzung für eine wirksame Auseinandersetzung mit diesem politischen Extremismus aber ist die genaue Kenntnis dessen, was vorhanden ist und was sich entwickelt. Es scheint so, als werden wir mit solchen Ideologien leben müssen. Es muß aber auf jeden Fall verhindert werden, daß die Idee zur Gewalt wird, die die Massen ergreift. Verhindert werden muß die Errichtung des IV. Reiches.

(aus: „Die Andere")

NF

NATIONALISTISCHE FRONT, gegründet im November 1985. Geplant war sie als Ersatz- und Tarnorganisation für die FAP im Falle deren Verbotes. Generalsekretär der NF ist Meinolf Schönborn. Seit 1988 ist die NF besonders aktiv auf dem Markt für Nazi-Computerspiele. Sitz der NF ist Bielefeld.

ANS/NA

AKTIONSFRONT NATIONALE SOZIALISTEN/NATIONALE AKTIVISTEN, 1977 in Hamburg von Michael Kühnen gegründete und bis zu ihrem Verbot im Jahre 1983 stärkste und militanteste neofaschistische Gruppierung. Es bestanden und bestehen Querverbindungen zu zahlreichen anderen neofaschistischen Organisationen, under anderem zur NSDAP/AO („AO" steht für: Auslands- und Aufbauorganisation). Nach dem Verbot einerseits Unterwanderung anderer rechtsradikaler Gruppen, zweitens Neugründungen anderer Organisationen gleicher Zielsetzung (vor allem durch Michael Kühnen), so der NATIONALEN SAMMLUNG (gegründet am 15. 7. 88, verboten am 9. 2. 89), und drittens Bildung sogenannter „Gesinnungsgemeinschaften", wie der BEWEGUNG oder der NEUEN FRONT, deren Aufgabe in der Sammlung und weiteren Information der „Kameraden" besteht. Mittlerweile erfolgte eine Neugründung als ANS/AO, die die Legalisierung der ANS betreiben soll und auf dem Gebiet der DDR sehr aktiv ist.

NL

NATIONALE Liste, gegründet am 13. März 1989 in Hamburg. Führender Kopf der NL ist Christian Worch (FAP). Das Programm der NL ist extrem ausländerfeindlich und greift spezifische Hamburger Probleme auf.

Bernd Wagner, Kriminaloberrat
Zentrales Kriminalamt

Polizei und Rechtsextremismus

14. September 1990. In der Talk-Show „Freitag Nacht" des NDR 3 wird das Thema Rechtsextremismus in Deutschland Ost thematisiert. Anwesend waren neben dem Parteisprecher der neofaschistischen Partei „Die Nationale Alternative" der österreichische Import, Rheinthaler (VAPO – Volkstreue Außerparlamentarische Opposition). Ungewöhnliche Tribüne für beide. Doch es war und ist geboten, über ihre Vorstellungen und ihr politisches Handeln nun endlich in der demokratischen Öffentlichkeit zu verhandeln, darüber nachzudenken, was legal oder oftmals kriminell in Gestalt politisch motivierter Gewalt über die Menschen in ihren Alltag kommt. Das fehlte in der Vergangenheit der formativen Fehlentwicklung unter Honecker und seinem Propagandachef Herrmann. Dem Verlust an kritischer Öffentlichkeit ist es nicht zuletzt zuzurechnen, daß heute fast jeden zweiten bis dritten Tag in Berlin oder in anderen Städten der sich auflösenden DDR Übergriffe rechtsextremistisch orientierter junger Menschen stattfinden.
Der Fußball und seine Aura sind dabei nicht mitbedacht. Opfer bzw. Gegenstand der kriminellen Ausschreitungen, oft mit faschistischer Volksverhetzung verbunden, sind statistisch rangmäßig Ausländer, Linke, Polizisten, Homosexuelle, Juden und ihre öffentlichen Objekte. Mitunter wird eingewendet, daß all dies spontane Attitüden junger unbedachter Heißsporne seien.
Kriminalsoziologische Untersuchungen jedoch zeigen u. a.:
– in der Mehrheit aller Fälle handelt es sich um geplante Vorgänge, deren Ziel vorherbestimmt wird – eine straffe Organisation steht dahinter;
– das Verhalten gegenüber der Polizei und der eventuell greifenden Justiz ist abgesprochen; Zeugen werden, wenn szenengebunden, konditioniert, andere „beeinflußt";
– eigene „Verwundete" werden versorgt, Verschleierung or-

ganisiert (Fluchtauto), Angriffe auf Medien in kompromittierenden Situationen u. ä. werden vorgetragen;

– die Angriffstaktik ist zielpunktiert, flexibel, auf Plötzlichkeit ausgerichtet (das kann spontan nicht funktionieren).

Beispiele dafür seien auswahlweise kurz dargestellt:

1. Am 6. 5. 1990 überfielen ca. 400 (!) rechtsextremistisch orientierte junge Leute im Berliner Hans-Loch-Viertel dort in einem Heim wohnende Moçambiquer. Zum Einsatz gelangten Knüppel, Flaschen u. a. Gewaltmittel.
2. Zirka 150 Rechtsextreme prügelten am 2. 6. 1990 mit Eisenstangen auf Besucher und Betreiber des multikulturellen Zentrums „Tacheles" in der Oranienburger Straße in Berlin ein. Molotow-Cocktails gelangten zum Einsatz.
3. Der Optik nach Skinheads, prügelten am 21. 8. 1990 in der S-Bahn zwischen Ostkreuz und Nöldnerplatz auf vier Vietnamesen ein und verletzten sie z. T. schwer. Der Vorgang soll, auch die Skins, mit einem Videogerät aufgezeichnet worden sein. Zeugen vernahmen die Worte: „Da wird sich der Parteiführer aber freuen."

Kritiken der Öffentlichkeit gegenüber zögerlichem oder fehlendem Einschreiten Ostberliner Polizeikräfte im Falle von Gewalttätigkeiten, am Mangel an präventiver Präsenz sind meines Erachtens nicht unbegründet. Hier muß Öffentlichkeit, moralische sowie fachliche Konditionierung Abhilfe schaffen. Die polizeiliche Führung auf allen Ebenen ist stärker an das geltende Recht zu binden, aus dem Entscheidungen uneingeschränkt herzuleiten sind. Spezielle Einsatzkräfte sollten zum rechtsstaatlichen schnellen und wirksamen Handeln im Interesse der Wiederherstellung öffentlicher Ordnung befähigt werden. Polizei muß potentiell Betroffenen Vertrauen vermitteln. Nur so ist Schutz und Ordnungsfunktion im Alltag zu sichern.

Trotz dieser anzubahnenden Verbesserung der Polizeiarbeit sollte eines bewußt sein: Der Ruf nach der Polizei über ihr rechtlich legitimiertes Handeln hinaus, ist fatal und reduziert die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf Repression. Er dient dazu, die gesellschaftliche Auseinandersetzung auf Gewalt zu reduzieren. Das war auch der Fehler der Funktionäre in Partei und Staat in der Honecker-Zeit, obgleich in ihr auch in einer Vielzahl von Fällen bagatellisierend, staat-

lich-repressive Intervention in hinreichendem Maße unterblieb.

Worum es auch aus polizeilicher Sicht geht: Vermeidung von Gewalt durch vielgestaltige gesellschaftliche Intervention vorrangig auf dem Gebiet der Ideologie, der Politik und des Sozialen im Alltagszusammenhang. Dabei geht es mitunter um solche scheinbaren Banalitäten, wie es jungen Menschen zu vermitteln ist, daß ihr gesellschaftliches Unbehagen nicht an die Anwesenheit von Ausländern im Osten Deutschlands strukturell gebunden ist. Das ist schwere Tätigkeit. Nur wenige politische Parteien und Gruppen stellen sich dem. Allzuwenig wird über die neuen Verflechtungen der Argumentationsmuster der Neofaschisten z. B. in ihren „grünen" Verkleidungen zu Rasse und Kultur nachgedacht und die Diskussion versachlicht. Das ist nicht nur im Feld der Theorie. Das ist tägliche Spannung, das ist täglicher Widerspruch. Günter Grass meinte jüngst nicht zu Unrecht, daß die neuen sozialen Tatsachen in der DDR fördernd auf das rechtsextreme Spektrum auch in Ost-Berlin wirken wird. Jedoch sollte nicht verkannt werden, daß die Lebenszellen des ostdeutschen Rechtsextremismus in der weitläufigen Vergangenheit entstanden. So auch die Nationale Alternative in der Lichtenberger Weitlingstraße, deren Aktivisten seit Januar 1988 die „Bewegung 30. Januar" verkörperten, die faschistische Agitation betrieben, unbefugt Waffen besaßen sowie Ausländer brutal überfielen.

Neofaschistische Strömungen entwickelten sich korrespondent zu wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Stagnation und moralischem Verfall. Das Erleben von Sinnlosigkeit persönlicher Anstrengung, fehlender öffentlicher Artikulationsmöglichkeiten und Angeboten von Beschwichtigung und Heuchelei erbrachte Protest. Stadial: Null-Bock, Gewalt, Ritual, Ideologie. Installierte rechtsextremistische Gruppierungen wirkten als Magneten hin zur „Deutschen Alternative". Faschistische Rituale waren und sind Schienen für die „Fahrt" junger Menschen in den ideologisch begründeten, fanatischen Rechtsextremismus. Hier sollten Parteien, Organisationen und der Staat ansetzen. Jeder junge Mensch auf der Suche ist es wert, daß ihm Alternativen zum rechten – aber auch linken – Extremismus angeboten werden. Diesbezüglich sind unübersehbare Defizite festzustellen. Das hoffnungsvolle Alter von 12–16 Jahren wird gegenwärtig überhaupt

nicht reflektiert. Selbstverständlich dürften auch anbietbare humanistische Alternativen nicht unumstritten sein. Es ist einsehbar, wenn die Frage aufgeworfen wird (sowohl von nationalsozialistischen als auch linken Ansätzen her), inwieweit die neue Ordnung gegenüber der alten eine Besserung für die freiheitliche Betätigung und Bestätigung des einzelnen darstellt. Ein wesentliches Problem adäquaten Umgangs mit rechtsextremem Verhalten ist die Differenzierung bezogen auf Gruppen und Personen. Die Gefahr für die Demokratie geht nicht primär von Randalehaufen, die wie in Halle im September 1990 auch den Taxibetrieb marodierten, sondern von den „Geistesfängern" in den Diskotheken, Freizeitzentren und Schulen aus. Hier sind die im Alltagszusammenhang als „qualifizierte Skins und Faschos" erlebten Leute von besonderer Relevanz.

Charismatiker haben eigene, mitunter im Irrationalen liegende Wirkungen. Sie zu erkennen und ihre Wirkung einzudämmen ist Politik im Alltag für jeden Demokraten, für jeden Humanisten, der nicht nur bekennen, sondern auch handeln will.

Hermann Simon

Der Sieg der Schwachen über die Starken

Die alljährlich stattfindende Woche der Brüderlichkeit hat eine zweifache Aufgabe, die sie mit dem verflossenen Jahr und mit der Zukunft in gleichem Maße verbindet. Sie ist eine Rückschau auf das Vergangene, ein Zeitpunkt, an dem wir uns Rechenschaft geben sollten, ob und wie wir in der Vergangenheit Brüderlichkeit praktiziert haben und ob wir unserer diesbezüglichen moralischen Aufgabe gerecht geworden sind. Andererseits soll die Woche der Brüderlichkeit Impulse für die Zukunft geben, soll uns ermutigen, weiterhin Beispiele tätiger Menschenliebe, moralischen und vernünftigen Handelns zu geben.

Nur wenn wir die Woche der Brüderlichkeit als einen jährlichen Höhepunkt kontinuierlichen Tuns verstehen, nicht aber als eine alljährlich wiederkehrende Pflichtveranstaltung, eine Insel im Meer der Unbrüderlichkeit der übrigen 51 Wochen des Jahres, nur dann ist diese unsere Zusammenkunft sinnvoll und gewichtig. In gewissem Sinne sehe ich eine Analogie zum jüdischen Versöhnungstag, der ebenfalls einen jährlichen Höhepunkt moralischer Rechenschaftslegung darstellt, nicht aber eine bequeme Gewissensberuhigung, die begangenes Übel ungeschehen machen und den Weg für neues Böses frei machen würde.

Als Leitbilder von Brüderlichkeit, besonders der Brüderlichkeit zwischen Christen und Juden, einer Solidarität zwischen zwei Religionen, die ein konkreter Spezialfall allgemeinmenschlicher Brüderlichkeit ist, stehen vor unserem geistigen Auge die Allerbrüderlichsten als Vor- und Leitbilder. Das sind in unserem Jahrhundert und in unserem geographischen Raum diejenigen Menschen, die unter Einsatz ihres eigenen Lebens Menschen geholfen haben, denen es ans Leben ging. In Israel werden sie aufgrund eines Gesetzes von 1953 als „Gerechte der Völker" seit langem geehrt und neuerdings betrifft dies auch erstmalig Personen, die auf dem Territorium der DDR leben. Solche uneigennützigen Helfer und Wohltäter konnten sich nur dadurch als wahrhaft Gerechte bewäh-

ren, daß sie das geltende Recht mißachteten und unterliefen, daß sie mithin „illegal", ungesetzlich handelten. Wenn man es nicht ohnehin wüßte, wäre daran zu lernen, daß Recht und Gerechtigkeit nicht deckungsgleich sind und je nach der Qualität des geltenden Rechts mehr oder weniger auseinanderklaffen können.
Im Deutschen gehen die beiden Wörter „Recht" und „Gerechtigkeit" auf denselben Stamm zurück. Dazu gehört auch „das Richtige". Und so bedarf es in starkem Maße des selbständigen Denkens, um sich der möglichen Diskrepanz bewußt zu werden, einzusehen, daß die Sprache einen Idealfall der Zusammengehörigkeit von Recht und Gerechtigkeit suggestiv auch für die jeweils bestehenden realen Verhältnisse nahelegt. Und noch eine Bedeutung neben der der Legalität hat das deutsche Wort „Recht", nämlich diejenige der Berechtigung, daß nämlich der Mensch das habe, was ihm aufgrund seines Menschseins zusteht; in diesem Sinne ist Recht das Korrelat von „Pflicht". Anders als im Deutschen werden im Hebräischen die verschiedenen Inhalte dessen, was im Deutschen als Recht bezeichnet wird, durch unterschiedliche Wörter bezeichnet, und es besteht auch keine sprachliche Gemeinsamkeit zwischen den Bezeichnungen für Recht und Gerechtigkeit, so daß es deutlicher meßbar wird, das existierende Recht mit dem Ideal der Gerechtigkeit zu vergleichen. Denn der Idealfall besteht ja darin, daß Recht und Gerechtigkeit zur Einheit gebunden sind. Und so wird in biblischen Texten häufig von eben diesem Idealfall ausgegangen, werden Mischpat (Recht) und Zedakah (Gerechtigkeit) als Wortpaar eingesetzt. So heißt es etwa im 1. Buch Mosis, Kapitel 18, Vers 19: „Ich habe ihn (das heißt Abraham) erkoren, damit er seinen Kindern und seinem Hause nach ihm gebiete, daß sie wahren den Weg des Ewigen: zu üben Gerechtigkeit und Recht."
Und bei dem Propheten Jeremia lesen wir im dritten Vers des 22. Kapitels: „So spricht der Ewige: Übet Recht und Gerechtigkeit und rettet den Beraubten aus der Hand des Unterdrükkers; bedrückt nicht Fremdlinge, Waisen und Witwen, seid nicht gewalttätig, und unschuldiges Blut vergießt nicht an diesem Ort."
Solche Aussprüche, die sich in der hebräischen Bibel häufig finden, sind für Juden und ebenso für Christen verbindlich oder sollten es wenigstens sein.

Die diesjährige Woche der Brüderlichkeit, die unter dem unveralteten und nie veraltenden, in unserer Zeit großer Umwälzungen in besonderem Maße dringlichen Thema „Recht und Gerechtigkeit" steht, fällt in die Zeit zwischen zwei jüdischen Festtagen: Purim steht in wenigen Tagen bevor, Chanukkah liegt einige Wochen zurück. Beide Feiertage gehören weder zu den Wallfahrtsfesten noch zu den sogenannten Hohen Feiertagen, die ja im Herbst stattfinden. Vielmehr sind sie freudige Gedenktage, für die kein Werkverbot besteht. Daß sie zu unserem Thema Bezug haben, ist darum eine Selbstverständlichkeit, weil der gesamte jüdische Festkalender und nicht minder der Alltag dem Kern des Judentums verbunden sind: Gerechtigkeit als ethisches Ziel steht in der Mitte jüdischen Lebens, denn der einig-einzige Gott ist absolut gerecht, und in seiner Nachahmung – als imitatio dei – ist es dem Menschen aufgegeben, nach Gerechtigkeit zu streben, also auf ein Ziel hin zu leben, das alle Gebote in sich begreift.

Welche Rolle spielt das sittliche Ideal des Rechts und der Gerechtigkeit an diesen beiden Feiertagen, dem hinter uns liegenden Chanukkahfest, dem Fest der Tempelweihe, und dem bevorstehenden Purim, dem Losfest, das seinen Namen der biblischen Erzählung verdankt, die berichtet, daß Haman, der Prototyp des Bösewichts, der die Juden ausrotten wollte, durch Lose den für solches Tun geeigneten Zeitpunkt zu ermitteln suchte? So steht es im bliblischen Buch Esther, das die Geschehnisse schildert, denen das Gedenken am Purimfest gilt. Die Historizität der Ereignisse, von denen wir aus dem Buch Esther erfahren, ist nicht verbürgt. Das Buch, das in hellenistischer Zeit entstand, wofür sprachliche Kriterien sprechen, ist ein Roman. Das hebt allerdings den Wahrheitsgehalt des Werkes nicht auf, denn künstlerische Wahrheit ist anderes als Reportage von Fakten. Der Roman als literarische Gattung ist eine griechische Schöpfung aus der Zeit des Hellenismus, die in die jüdische Kultur übernommen worden ist. Berührt sich das Esther-Buch formal mit dem griechischen Roman, so ist es inhaltlich stärker der neueren griechischen Komödie verpflichtet, die wir durch die Werke Menanders kennen. Bei diesem griechischen Dichter wird ein Geschehen, das einen tragischen Ausgang nehmen könnte, zu einem glücklichen Ende geführt. Dank der List und Intrige sozial Schwacher siegen die Bedrängten über die Bedränger: Menander läßt als rettende Engel Personen wirken, die nicht zur

Elite der Freien gehören, in einem Fall einen Sklaven, im anderen eine Hetäre. Im Buch Esther ist die Rettung der bedrohten Juden, einer nationalen Minorität, der ihr Recht auf eine von den Sitten der Umwelt abweichende Lebensweise und damit sogar das Lebensrecht verwehrt werden soll, einer Person zu verdanken, die dieser Minderheit angehört, noch dazu einer Frau. Sie rettet ihr Volk aus größter Not und bewirkt den Sieg der Schwachen über die Starken. Die Handlung spielt am Hof des persischen Königs. Dessen Minister Haman will das jüdische Volk ausrotten, doch es gelingt Esther, der jüdischen Frau des Königs, diesen Plan zu vereiteln.
Wir wissen, daß es um die Kanonisierung dieses spannenden Romans, in dem die Handlungsfäden geschickt verknüpft sind, heiße Debatten gegeben hat, daß also das Buch nur gegen Widerstände in die Heilige Schrift aufgenommen worden ist. Das hat zwei Gründe: Erstens ist die Esther-Geschichte neben dem Hohenlied das einzige biblische Buch, in dem Gott nicht erwähnt wird. Das ist – so läßt sich argumentieren – nur ein scheinbarer Mangel, denn aus dem Gesamtkontext geht hervor, daß Gott es ist, der in wunderbarer Weise die Geschicke lenkt und schließlich alles zum Guten wendet. Zweitens gab es Einwände gegen den Schluß. Nicht gegen den Sieg der gerechten Sache – und insofern geht es am Purimfest um die Wiederherstellung des Zustandes der Gerechtigkeit–, sondern gegen den Racheakt: Hamann wollte das jüdische Volk vernichten und wird, nachdem das mißlingt, selbst samt seiner ganzen Familie, aber auch seiner Anhängerschaft vernichtet.
Die Polemiken von jüdischer und christlicher Seite gegen das Esther-Buch sind bis heute nicht verstummt. Sie müssen allerdings aufs rechte Maß gebracht werden. Deutlich sagt der Text, daß es den Juden gestattet wurde, sich gegen Angriffe zu wehren. So geschah es denn auch, und die tätliche Auseinandersetzung endete mit dem Sieg der Schwachen über die Starken. Aber es ist im Esther-Buch auch von erfolgter Rache die Rede, wenngleich betont wird, daß man sich an Besitz nicht vergriff.
Haß und Rache sind mit den Grundlehren des Judentums nicht vereinbar, vielmehr ist Nächstenliebe geboten, und der „Nächste“ wird in umfassendem Sinne verstanden, so daß er alle anderen, auch die Feinde, einschließt. Aus der Vielzahl der biblischen Belege seien nur einige genannt: So heißt es

im 5. Buch Mosis, Kapitel 10, Vers 19: „Liebet den Fremden, denn Fremde wart ihr im Land Ägypten." Und in den Sprüchen 24, 17 lesen wir: „Wenn dein Feind stürzt, freue dich nicht." Und in Sprüche 25, 21 wird gesagt: „Wenn dein Feind hungert, gib ihm Brot zu essen, und wenn ihn dürstet, reiche ihm Wasser zu trinken." Daß allerdings die Menschen den biblischen Geboten und ethischen Forderungen nicht immer gerecht werden, das zeigen die erzählenden Partien der Bibel an vielen Stellen. Die Größe der biblischen Erzählungen beruht gerade darauf, daß sie Menschen mit all ihren Mängeln zeigen, also menschliche Menschen, keine Idealfiguren, die es nur selten geben mag. Das Esther-Buch ist ein Roman, der einerseits der Zuversicht Ausdruck verleiht, daß die göttliche Gerechtigkeit letztlich der sozialen Gerechtigkeit zum Sieg verhilft, andererseits aber das vielen Kulturen gemeinsame, dem Wunschdenken entsprungene Sprichwort illustrieren soll: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein", was dann wieder zu neuem Unrecht führen kann.

Von größerer Tragweite ist der Konflikt zwischen Gewaltanwendung und Gewaltlosigkeit, für die jeweils argumentiert werden kann, wenn es um Gerechtigkeit geht, im Zusammenhang mit dem Chanukkah-Fest. Dieses acht Tage währende Gedenken an die Wiedereinweihung des geschändeten Jerusalemer Tempels in der Zeit der syrischen Herrschaft im zweiten vorchristlichen Jahrhundert fällt, wie schon gesagt, in den Winter, und das Brauchtum, das dieses Fest begleitet, hat sich im deutschen Sprachraum stark den christlichen Weihnachtssitten angenähert. Das ist insofern ein Paradoxon, als Chanukkah, zumindest unter *einem* Aspekt – über einen andern wird noch zu sprechen sein – gerade die rigorose Absage an den Vorgang der Assimilation an die nichtjüdische Umwelt zum Inhalt hat. Diese Angleichung ist dadurch zu erklären, daß man es jüdischen Kindern nicht zumuten wollte, sich im Blick auf die Nachbarn zu kurz gekommen zu fühlen. Darum eine Bescherung am Vorabend des Festes, und in manchen Familien erschien sogar, dem Weihnachtsmann zum Verwechseln ähnlich, der Chanukkah-Mann – ein kurioses Beispiel für Synkretismus! Inwiefern ist Chanukkah, das Fest der Tempelweihe, seinem Inhalt nach antiassimilatorisch? Die Antwort darauf findet sich präzise formuliert in demjenigen Textstück, das in das ursprünglich achtzehn Se-
 genssprüche enthaltende sogenannte Achtzehngebet, das

Kernstück jedes jüdischen Gottesdienstes, am Chanukkah eingeschaltet wird. Dort heißt es: „In den Tagen des Mattathias, des Sohnes Jochanans des Hohenpriesters, des Hasmonäers und seiner Söhne; da stand auf das sündhafte Reich der Griechen gegen dein Volk Israel, zu tilgen deine Lehre aus ihrem Gedächtnis, sie den Satzungen deines göttlichen Willens abtrünnig zu machen. Und du in deinem großen Erbarmen standest ihnen bei in der Zeit ihrer Not, strittest ihren Streit, führtest ihre Rechtssache, vollzogst für sie Vergeltung. Du gabst Starke in die Hand von Schwachen, viele in die Hand von wenigen, Unreine in die Hand von Reinen, Frevler in die Hand Gerechter, Übermütige in die Hand derer, die sich deiner Lehre befleißigen. Du hast dir einen großen und heiligen Namen in deiner Welt gemacht und deinem Volk Israel schafftest du großes Heil und Rettung wie an diesem Tage. Darauf zogen deine Söhne in die Hallen deines Hauses, räumten deinen Tempel, reinigten dein Heiligtum und zündeten Lichter an ..."

Als den Sieg der Schwachen über die Starken, die den Tempel geschändet und von Israel Götzendienst und Abwendung von der göttlichen Lehre verlangt hatten – so bewertet die religiöse jüdische Tradition den Makkabäeraufstand, der wie die im Esther-Roman geschilderten Ereignisse ein Akt der Notwehr war, im Gegensatz zur Purimgeschichte allerdings ein historisch belegter. Nicht nur gegen den äußeren Feind setzten sich die Makkabäer zur Wehr, sondern auch gegen den inneren, gegen die Befürworter der hemmungslosen Assimilation, der Aufgabe der eigenen Identität, mithin gegen die jüdischen Hellenisten. Es versteht sich, daß im heutigen Staat Israel an dieses Erbe, an die Wehrhaftigkeit der Aufständischen, an ihren Mut in einem als aussichtslos erscheinenden Kampf angeknüpft wird. Gewaltanwendung bleibt jedoch Gewaltanwendung, auch wenn sie durch das Ziel der Reinigung und Wiedereinweihung des Tempels religiös legitimiert ist. Die Frommen feiern durch die Jahrhunderte bis in die Gegenwart das achttägige Lichterfest aus einem anderen Grund: Sie gedenken vielmehr des im Talmud berichteten Ölwunders. Für die Tempeleinweihung habe nämlich nur ein winziger Rest rituell reinen Öls als Brennmaterial für den Leuchter zur Verfügung gestanden. Auf wunderbare Weise reichte dieses Öl jedoch acht Tage, bis man in der Lage war, neues reines Öl zu beschaffen. Der Gemeinsamkeit der Licht-

symbolik wegen werden am Sabbat des Chanukkahfestes Passagen aus dem Buch Secharja als Haftara, als Prophetentext, vorgelesen (2, 14–4, 7). Hier wird ein anderer Gerechtigkeitsbegriff zugrunde gelegt, hier fallen, wie auch sonst in der jüdischen Tradition, Gerechtigkeit und Frieden zusammen, hier wird Gewaltanwendung zur Verwirklichung des Zustands der Gerechtigkeit abgelehnt. „Nicht durch Macht und nicht durch rohe Gewalt", heißt es Secharja 4, 6, „sondern durch meinen Geist spricht der Herr der Heerscharen."

Über diesen gewichtigen und für das Judentum programmatischen Satz hat, wie ich durch Zeitzeugen erfahren durfte, am Sabbat des Chanukkahfestes im Jahre 1941, zu einer Zeit also, da die Deportationen bereits begonnen hatten, der gesetzestreue Berliner Rabbiner Dr. Felix Singermann in der Alten Synagoge in der Heidereutergasse eine ergreifende Predigt gehalten. Er wendete sich besonders an die Jugend und ermahnte sie mit vorsichtigen, aber dabei jedermann verständlichen Worten, sich nicht die rohe Gesinnung der Verfolger zu eigen zu machen, nicht auf ihr Niveau abzusinken, nicht von Gewaltanwendung auch nur zu träumen, sondern dem Judentum die Treue zu wahren, indem das Ideal der anzustrebenden Gerechtigkeit untrennbar mit dem Ideal des Friedens verbunden bleibt. Die damalige Situation erlaubte keine handfeste Notwehr, wie sie zuzeiten nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten ist, und darum wollte der Rabbiner damals besonders der jüdischen Jugend in Berlin zeigen, daß auch das Stillhalten nicht als Passivität oder gar Feigheit aufgefaßt werden muß, sondern als Form des Widerstands sich bewähren kann. Der gesetzestreue Rabbiner predigte Gewaltlosigkeit.

Welche Aktualität beanspruchen solche Worte für uns Heutige, da sich so vieles gegenwärtig in Mittel- und Osteuropa ändert!

Denken wir daran jetzt in unserem Alltag: Gerechtigkeit und Frieden, d. h. also der Verzicht auf Gewaltanwendung, gehören zusammen. Dies ist gewiß kein neuer Gedanke, sondern eines der Kernstücke tradierter jüdischer Ethik, das besonders in der rabbinischen Literatur reich belegt ist. Erfreulich ist die Übereinstimmung mit wahrhaft christlicher Gesinnung: In unserer dramatischen Gegenwart mahnen die Kirchen zu Gewaltlosigkeit beim Kampf um Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit. In der gegenwärtigen

Situation einer dynamischen Veränderung politischer Verhältnisse, die auch unseren Lebensraum wesentlich berührt, gewinnt die Woche der Brüderlichkeit eine neue Aktualität und Bedeutung. Brüderlichkeit ist heute mehr denn je gefragt, wo die Möglichkeit der Eskalation von Gewalt gegen den Nebenmenschen zu einer realen Gefahr führen kann. Brüderlichkeit, die sich nicht in Feierstunden erschöpft, sondern die durch Veranstaltungen wie die heutige Impulse zum solidarischen Handeln im täglichen Leben gibt, ist heute nötiger als je zuvor. Wohl geht es nach der Aufgabenstellung dieser Gesellschaft um die Zusammenarbeit von Christen und Juden, aber vergessen wir nicht, daß diese Zusammenarbeit nicht nur ihre religiöse Dimension besitzt als gemeinsames Wirken von Angehörigen zweier Glaubensbekenntnisse, sondern eine Akzeptanz des Nebenmenschen als gleichwertig und gleichberechtigt erfordert. Gern wird in diesem Zusammenhang von der Gemeinsamkeit von Toleranz als Haltung und von Antifaschismus als gemeinsamer Basis gesprochen, doch meine ich, daß beide Begriffe zu schwach sind, um das zu bezeichnen, was unser aller Aufgabe sein sollte. Antifaschismus ist zwar eine Ausgangsposition, darf uns aber als Gemeinsamkeit darum nicht genügen, weil er zunächst eine Negation ist, ein Dagegensein, ohne das positive Ziel zu nennen, das wir erstreben wollen und müssen. Toleranz genügt nicht, weil sie den anderen nur duldet, nichts gegen ihn tut, ohne ihn in seinem konkreten Sein anerkennen zu müssen und ohne gemeinsam mit ihm zu handeln.
Was wir praktizieren sollen jetzt, hier und ständig, ist Menschlichkeit, und ausgehen sollten wir von der Überzeugung, daß die göttliche Schöpfung gut ist, daß daher auch der Mensch, jeder einzelne, in der Potenz gut ist und es darum Menschenliebe und Solidarität sind, die zu dem führen, was wir alle brauchen, um als wahre Menschen auf dieser Erde leben zu können: inneren und äußeren Frieden.

Eröffnungsrede des Direktors der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum" und stellvertretenden Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin vom 4. 3. 1990 zur Eröffnung der Berliner „Woche der Brüderlichkeit" 1990 unter dem Motto „Recht und Gerechtigkeit"

Rolf Richter

Ist Antifaschismus noch zeitgemäß?

Es war im Jahre 1954. Der Krieg in Korea war erst vor wenigen Monaten zu Ende gegangen, der kalte Krieg forderte weiter Tribut, die Antihitlerkoalition war längst zerbrochen, Blöcke standen in scharfer Konfrontation gegenüber, auch auf deutschem Boden. An Thomas Mann, der in Zürich lebte, wurde die Bitte herangetragen, für einen Band mit „Letzten Briefen zum Tode Verurteilter aus dem europäischen Widerstand" ein Vorwort zu verfassen.
Der Nobelpreisträger, den das Hitlerregime aus Deutschland vertrieben hatte und der u. a. mit seinen berühmt gewordenen Radiosendungen nach Deutschland[1] auf sehr praktische Weise antifaschistisch gewirkt hatte, vertiefte sich in diese Letzten Briefe. Betroffen mußte er 1954 erkennen: „... das Herz zieht sich zusammen bei dem Gedanken, was aus dem ‚Sieg der Zukunft', aus dem Glauben, der Hoffnung dieser Jugend (die im antifaschistischen Widerstand gekämpft hatte – R. R.) geworden ist, und in welcher Welt wir leben. In einer Welt bösartiger Regression, in welcher abergläubischer und verfolgungssüchtiger Haß sich paart mit panischer Angst ..."
Der große Moralist, im neunundsiebzigsten Lebensjahr stehend, aber griff in seiner Weltsicht weiter: „Umsonst also, vom Leben übergangen und verworfen der Glaube, die Hoffnung, die Opferwilligkeit einer europäischen Jugend, die den schönen Namen der Résistance trug, des international einmütigen ‚Widerstandes' gegen die Entehrung ihrer Länder, gegen die Schmach eines Hitler-Europa, den Greuel einer Hitlerwelt, die aber mehr wollte als nur widerstehen, sich als Vorkämpfer fühlte einer besseren menschlichen Gesellschaft. Umsonst? Zuschanden geworden ihr Traum und Tod? – Es kann so nicht sein. Noch keine Idee, für die reinen Herzens gekämpft, gelitten, gestorben wurde, ist zugrunde gegangen. Noch jede ist verwirklicht worden – und trug dann alle Makel der Wirklichkeit; aber Leben gewann sie."[2]
Antifaschismus verkörpert ein bedeutendes Stück Menschheitskultur im zwanzigsten Jahrhundert. Die Besinnung dar-

auf stößt indes bei uns im Osten Deutschlands – die Entwicklung im Westen soll hier unbeachtet bleiben – auf spezifische Schwierigkeiten, die sich jeder, der sich auf demokratische Weise mit diesem Stoff auseinandersetzen will, vergegenwärtigen muß. Die in der DDR gescheiterte Sozialismusvorstellung war eng mit der Berufung auf den Antifaschismus verbunden. Vieles in der Würdigung des antifaschistischen Widerstandes diente den Herrschaftsinteressen einer Partei, der SED, und deren engerer Führung. Im Laufe von Jahren und Jahrzehnten kam es zu einer Preisgabe antifaschistischer Erfahrungen und Werte, wie Gleichberechtigung der antifaschistischen Kräfte, Toleranz, Machtteilung in einem demokratischen Pluralismus, Respekt gegenüber Andersdenkenden. Unter der Formel von den Siegern der Geschichte wurde vieles undurchsichtig und verdeckt, so etwa der sehr differenzierte und sensible Umgang mit der Schuld- und Verantwortungsproblematik im Alltag der Gesellschaft. Ritualisierungen trugen dazu bei, daß vieles fremd, den Interessen der Öffentlichkeit und des einzelnen entrückt und so für viele unannehmbar wurde.
Dieses bildet offensichtlich den Hintergrund dafür, daß die guten Worte Antifaschismus oder antifaschistischer Widerstand sowohl in dem gewichtigen Verfassungsentwurf des Runden Tisches ebenso fehlen wie in der bekannten Erklärung der Volkskammerfraktionen oder in anderen Regierungs- und Parlamentsmaterialien. Zu jeder Zeit gab es jedoch in der DDR Menschen, die sich mit Anstand und in klarem Geschichtsbewußtsein um die antifaschistischen Werte sorgten, für sie einstanden und verantwortungsbewußt mit ihnen umgingen.
Aus der Geschichte kann man nicht schlankweg aussteigen. Kein Mensch kann das, ein Volk erst recht nicht. In einer Zeit, da ein neues großes Deutschland aus zwei Teilen entsteht, die gegensätzliche Entwicklungen hinter sich liegen haben, gebietet es die Verantwortung vor der Geschichte, eine grundlegende und unaufgebbare Einsicht lebendig zu machen, die freilich auch erst einmal erworben werden und gleichsam weitergereicht werden muß: Als Deutsche stehen wir nach dem Faschismus, nach nationalsozialistischen Weltherrschafts- und Vernichtungspraktiken, nach dem Massenmord an Juden, nach dem Versuch, Marxismus und Sozialismus und darüber hinaus alles Humane auszurotten, in einer

ganz besonderen Pflicht. Vor uns selbst und vor anderen. Die nationalsozialistische Vergangenheit können wir schwerlich „bewältigen". Aber man kann und muß sich mit ihr sehr ernst auseinandersetzen, um Verpflichtungen aus der Geschichte zu empfangen und um diesen im Alltag zu entsprechen. Insofern ist schon der Weg der intensiven Auseinandersetzung mit Geschichte ein ernsthaftes Ziel.

Sehr bewußt sprechen deshalb der Verfassungsentwurf des Runden Tisches vom April 1990 von „der Verantwortung aller Deutschen für ihre Geschichte und deren Folgen"[3] und die Erklärung der Volkskammerfraktionen von der „Schuld", die „niemals vergessen"[4] werden darf. In seiner bekannten Rede zum 8. Mai 1945 sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Jahre 1985: „Wer sich aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren."[5]

Mit solcherart gefaßtem Geschichts- und Moralverständnis bleibt, ja wird Antifaschismus etwas Gewichtiges, Zeitgemäßes und Zukunftsträchtiges.

Selbstverständlich hat Antifaschismus stets mit geschichtlichen Fragen zu tun. Aber er verkörpert keine nach hinten gekehrte Weltsicht. Erneuerter, gleichsam erweiterter Antifaschismus schließt ein das Bekenntnis „zu unverletzlichen und unveräußerbaren Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt".[6] Erneuerter Antifaschismus gebietet stets die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen und linksextremistischen Kräften als gewichtiger Teil der demokratischen Anstrengungen um eine solidarische Gesellschaft, um freiheitliches Leben und um eine entwickelte politische Kultur. Erneuerter Antifaschismus ist so nicht nur mit erneuerten Geschichtsvorstellungen, sondern auch mit sozialen Strategien verbunden. Er erfaßt zentrale Felder des gesellschaftlichen Lebens.

Für das neue Gesamtdeutschland wird es wesentlich sein, in welchem Maße es gelingt, diesem Land feste antifaschistische, humanistische, den Lehren deutscher Geschichte verpflichtete Grundlagen zu geben und zu bewahren und Politik, Kultur wie den Alltag von diesen Wertvorstellungen her zu prägen.

 Von besonderer Dringlichkeit erweist sich die Ausarbeitung

und Praktizierung von Konzepten, die gegen die Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit gerichtet sind und die auf die Gestaltung einer multikulturellen Gesellschaft orientieren. Neben umfassenderen kulturellen Aktivitäten, die Geschichte, Mentalität und Lebensalltag anderer Völker weit sensibler als bislang darstellen, sind gewerkschaftliche Anstrengungen und gesetzliche Regelungen zur Sicherung der Interessen ausländischer Kolleginnen und Kollegen vonnöten. Widerstand gegen jedwede Form von Ausländerfeindlichkeit ist eine grundlegende Aufgabe antifaschistischen Handelns heute.

Soziale Konflikte, die in ungleich stärkerem Maße als bislang bekannt im Osten Deutschlands zu erwarten sind, gilt es strikt mit antifaschistischen Haltungen der Solidarität, der Gewaltfreiheit und der Humanität auszutragen. Grundsätzlich ist damit zu rechnen, daß im Gefolge sozialer Abstürze und breiter Konfliktflächen das rechtsextreme Potential und sein Vorfeld Zulauf erhalten, namentlich von Jugendlichen. Antifaschistische Haltungen sollten überall dort eingebracht werden, wo es um soziale Interessenvertretung geht.

Besonders auf deutschem Boden bildet die Auseinandersetzung mit allen Formen und Inhalten von Antisemitismus und Rassismus ein ganz wesentliches Anliegen antifaschistischer Gesinnung. Neben einem neuen Verhältnis zum Staat Israel bleibt die genauere Vermittlung der Wege der deutschen Juden, des Holocaust und der jüdischen Kultur und Religion eine Aufgabe, die im Alltag der Gesellschaft dauerhaft Platz finden muß.

Frieden und Friedenssicherung, Achtung und Respektierung anderer Völker in ihren Eigenarten, Suche nach Freundschaft, Anerkennung der entstandenen Nachkriegsgrenzen, Einstehen für die Unverletzlichkeit der Territorien anderer Staaten, energisches Engagement für Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich – das gehört gleichsam zum traditionsreichen Grundbestand antifachistischen Handelns. Internationale Solidarität und Solidarhaltung zur Dritten Welt, Akzentuierung globaler Probleme aus der antifaschistischen Erfahrungswelt haben eine Bedeutung gewonnen, die mit der Situation vorangegangener Generationen von Antifaschisten nicht vergleichbar ist.

In Abgrenzung von und in Auseinandersetzung mit nationalistischem Taumel und Großmannssucht, aber auch in grundle-

gender Gegnerschaft zu terroristischen und linksextremistischen Aktionen gegen die Vereinigung von BRD und DDR kann antifaschistisches Handeln beitragen, ein freimütiges, unverstelltes und gutes Verhältnis zu dieser Vereinigung, zu solchen Begriffen und ihren Inhalten wie „deutsche Nation", „deutsches Vaterland", „Heimat", „Deutschland" entwickeln zu helfen. Antifaschisten sind keine vaterlandslosen Gesellen; sie wissen, was sie ihrem Vaterland und der Welt an humanistischen, demokratischen Bringepflichten schuldig sind. Indem sie Mitverantworung für Elbe und Rhein übernehmen, wollen sie dieses Land mit anderen verbessern helfen, wollen sie freiheitliche Räume erweitern und demokratische Substanzen verstärken helfen. Ein antifaschistisch mitgeprägtes Deutschland kann als demokratische Kraft in Europa viel Gutes bewirken.

Dem Haß und der Gewalt keine Chance – hierin liegt eine moralische wie politische Potenz. Antifaschismus bringt stets auch eine kulturelle Haltung zum Ausdruck: er ist selbst Kultur; er kann etwas Verbindendes zwischen einzelnen Menschen sehr unterschiedlicher, ja gegensätzlicher parteimäßiger Bindung, sozialer Herkunft, Weltanschauung und Religion sein. Darin liegt seine außergewöhnliche Kraft. Er ist stets mit Lernprozessen verbunden, mit dem Kennenlernen und Respektieren anderer Positionen, mit dem oft mühevollen und qualvollen Suchen nach angenäherten Meinungen, parallelen Standpunkten und ähnlichen Überlegungen. „Vor Ort", im Alltag gilt es das zu praktizieren. Als praktizierbare Haltung wie als Vision gilt es Antifaschismus zu bewahren. **Die** Grunderfahrung des Antifaschismus besagt, daß im 20. Jahrhundert Menschen, Parteien, Staaten, Völker, Systeme unterschiedlicher und gegensätzlicher Natur zusammenstehen können und müssen gegen existentielle Bedrohungen. Heute ist es nicht ein faschistisches Regime oder System, das mit Krieg, Weltherrschaftsplänen und Genozid die menschliche Zivilisation in ihrer Gänze bedroht. Gewiß, alle Gefahren dieser Art sind noch nicht gebannt. Aber gänzlich neue Gefahren sind entstanden. Die Kosten des Fortschritts sind unermeßlich geworden. Die Zerstörung der menschlichen Zivilisation durch globale Bedrängungen erfordert völlig neue Wertvorstellungen, für die traditionelle Maße nicht ausreichen. Ein neues Verständnis von Fortschritt und von Menschheitsgeschichte ist vonnöten. Hierzu sind antifaschistische Ideen, Haltungen

und Werte gefragt, um das Hauptziel, die Bewahrung des Lebens, der Schöpfung und der Zivilisation durch intersystemare, klassenübergreifende, alle Menschen miteinander verbindende Politik, zu erreichen.
Im Sinne von Thomas Mann kann es so ein „Wachsen und Reifen" [7] des antifaschistischen Gedankens geben.

Anmerkungen

1 Thomas Mann: Deutsche Hörer!, Leipzig 1970.
2 Ders.: Vorwort: in: Und die Flamme soll Euch nicht versengen. Letzte Briefe zum Tode Verurteilter aus dem europäischen Widerstand, Zürich 1955, S. XI f.
3 Verfassung der DDR (Entwurf), vorgelegt von der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR" des Runden Tisches, Berlin 1990, S. 9.
4 Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der Volkskammer, in: Neues Deutschland, Berlin vom 14./15. April 1990, S. 3.
5 Richard von Weizsäcker: Brücken zur Verständigung. Reden, Berlin 1990, S. 36.
6 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Artikel 1). Textausgabe, 49., neubearbeitete Auflage, München 1989, S. 21.
7 Thomas Mann: Vorwort, a. a. O., S. XIII.

Ray Kokoschko

Zur Sozialisation in rechtsradikal orientierten Freizeitgruppierungen Jugendlicher

Viele als rechtsradikal oder auch rechtsextrem einzuschätzende Gruppierungen von Jugendlichen entstanden zumeist aus ehemaligen Freizeitgruppierungen. Es sind bereits seit längerem existierende Bekannten- bzw. Freundeskreise, die am Anfang stehen. Diese Bekanntschaften und Freundschaften stammen meist aus der gemeinsamen Schul- oder auch Lehrzeit, oder man lernte sich bei Fußballspielen oder beim Betreiben von Hobbys kennen. Es ging darum, gemeinsam die Freizeit, zu verbringen. „Ich selbst wußte damals nichts mit meiner Freizeit anzufangen. So gefiel es mir, mich mit anderen der Gruppe zu treffen, zu diskutieren, gemeinsam Musik zu hören, Informationen auszutauschen und gemeinsam zur Disko zu gehen."[1]
In diesen Gruppierungen besteht eine Offenheit gegenüber allem Neuen, auch wenn oder vielleicht gerade weil dieses den Charakter des Verbotenen hat. Die Jugendlichen zeigen ihr fehlendes Einverständnis durch Rebellion gegen die für sie schnöde und zum Teil unerträgliche häusliche und gesellschaftliche Alltagskultur. Sie setzen dieser Alltagskultur ihre eigene entgegen, in der sie Identität, soziale Geborgenheit und soziale Anerkennung zu finden glauben. Herzlich willkommen sind ihnen dabei schon fertige Kulturmuster und gerade solche, die in den Medien, durch die Eltern, durch die Schule usw. als sogenannte „Subkulturen" verpönt sind. Da ihnen die Fähigkeit und auch der Wille zu einer kritischen Auseinandersetzung mit fertigen Kulturmustern fehlt, ihnen ist es ja zum Teil verboten worden, sich objektiv und konstruktiv mit der eigenen Wirklichkeit des DDR-Alltages auseinanderzusetzen – wie sollten sie es also lernen –, ziehen sich „Skins" z. B. dankbar die Bomberjacke an, lassen sich den Kopf rasieren und klammern sich an dem Einheitstaumel fest, wobei schon deutlich der Ruf nach einem noch „größe-

ren Doitschland" zu hören ist. Zu diesem unreflektiert angenommenen rechtsradikalen Kulturmuster gehören also auch die entsprechenden Denkschemata, Einstellungen und Verhaltensweisen. So ist bei allen rechtsradikal bzw. rechtsextrem eingestellten Jugendlichen ein aggressiver Nationalismus, verbunden mit der Feindschaft gegen Ausländer, Juden und Minderheiten, fehlende Kompromißfähigkeit und Intoleranz in der politischen wie ideologischen Auseinandersetzung sowie der Glaube an Recht durch Stärke, Militarismus und Verherrlichung des NS-Staates u. a. m., festzustellen.
Will man nun der Frage nachgehen, wie diese irrationalen Einstellungen, Denkschemata und Verhaltensweisen, die eine nicht geringe Anzahl von Jugendlichen aufweisen, zustande kommen, ist es auch notwendig, sich die sozialen Prozesse innerhalb einer rechtsradikal orientierten Freizeitgruppierung Jugendlicher anzusehen.
Zwar sind Voraussetzungen für eine Affirmation von rechtsradikalen und rechtsextremen Denkschemata vor der eigentlichen Verinnerlichung gegeben. Diese knüpft lediglich an einem aufnahmebereiten psychosozialen Potential der Jugendlichen an. Schüler und Jugendliche, bei denen ethisch-humanistische Verhaltensdispositionen im Laufe ihrer Sozialisation defizitär geblieben sind, sind eher bereit, die irrationalen Werte und Normen einer extremistischen Ideologie aufzunehmen. Erleichtert wird dies, wenn Anknüpfungspunkte für Identifikationen vorliegen, die durch konkrete Wertorientierungen vermittelt werden. So z. B. die Verherrlichung der Kameradschaft aufgrund von Isolierung oder sozialer Kontaktarmut, die Glorifizierung von Macht und Stärke zur Erlangung von gesellschaftlichem Ansehen und Prestige. Kaum einer möchte im gesellschaftlichen Abseits stehen, jedoch wollen Jugendliche sich zugleich eindeutig abgrenzen, wie schon aufgezeigt wurde. Die eigentliche geistige als auch emotionale Verinnerlichung rechtsradikaler und auch rechtsextremer Orientierungen erfolgt jedoch katalysiert durch die sozialen gruppendynamischen Prozesse innerhalb von Freizeitgruppierungen Jugendlicher.
So werden von einzelnen oder auch mehreren Mitgliedern der Gruppierung die äußeren Symbole der rechtsradikalen Szene angenommen und damit unbewußt oder auch bewußt Elemente der Ideologie.[2] Die Uniformierung Gleichgesinnter stärkt das Ideal der Kameradschaft und das Gefühl der Zu-

sammengehörigkeit. Über ein einheitliches, markant-aggressives Aussehen wollen die Jugendlichen sich Respekt und Ansehen sowohl innerhalb der Gruppierung als auch in der Umwelt verschaffen.

Frage: Wie kleiden Sie sich in der Freizeit?

Antwort: Seit etwa 1½ Jahren habe ich Bundeswehrstiefel, Bundeswehrhosen und eine Bomberjacke. Diese Sachen ziehe ich in meiner Freizeit an.

Frage: Warum kleiden Sie sich so?

Antwort: Ich ziehe die Sachen an, weil es gut aussieht. Durch diese Kleidung will ich mich von den anderen Menschen unterscheiden. Auch will ich mich zugehörig fühlen.

Frage: Zu wem wollen Sie sich zugehörig fühlen?

Antwort: Zu meinen Kumpels, Freunden und Kameraden.[3]

Symbole des Sendungsbewußtseins wie die Bomberjacke oder die „Doc-Martens", die Anknüpfungspunkte für das Verinnerlichen der rechtsextremen Ideologie sind und mit denen man das Andersseinwollen unterstreicht, unterliegen einem Bedeutungswandel, der abhängig ist vom Grad der Verinnerlichung der rechtsextremen Ideologie. Bei einem hohen Verinnerlichungsgrad erhält die einheitliche Kleidung der „Skins" die Bedeutungszuweisung einer Uniform. Will man dazugehören, muß man sich uniformieren und somit vor der Gruppe legitimieren. Dieser mit einem neuen Bewußtsein durchgeführten äußeren Uniformierung geht eine innerliche voraus. Es kommt zu einer sich vereinheitlichenden Ausrichtung und Strukturierung des Denkens, Fühlens, Wertens, Wollens und Handelns. Die einheitliche Bekleidung dokumentiert eine einheitliche gruppenspezifische extremistische Einstellung.

Das Internalisieren der rechtsextremen Ideologie durch die Gruppierungsmitglieder führt zu rigorosen Veränderungen der Aktivitäten und den wechselseitigen Abhängigkeiten der sich nun auch innerlich rechtsextrem ausprägenden Jugendlichen. Die Denk- und Gefühlskultur der Gruppierungsmitglieder wird mehr und mehr vereinheitlicht. Es entwickeln sich Strukturen in den Gruppierungen, die ohne die Ausprägung und Verinnerlichung der rechtsextremen Orientierungen nicht möglich wären. Es erfolgt eine Sozialisation der einzelnen Mitglieder durch die Gruppierung, die in der Lage ist, das ganze Persönlichkeitsbild eines Menschen zu verändern. Die Individualität des einzelnen wird auf das „Gruppenganze" reduziert. Erklären läßt sich dieser Prozeß nur über Lern- und

Anpassungsprozesse der Gruppierungsmitglieder, die ein Resultat der Sozialisationsleistungen der Gruppierungen sind. Das Handeln des einzelnen realisiert sich als komplexe Abfolge persönlicher Zurechnungen. Es erfolgt eine Verinnerlichung sozialer Beziehungen, die zu neuen strukturellen Elementen der Persönlichkeit verarbeitet werden. „Der einzelne erfährt sich als Bedingung seiner Wirkungen thematisiert. Was er tut, wird mit ihm in Zusammenhang gebracht – eine notwendige, wenngleich natürlich nicht hinreichende Voraussetzung dafür, daß er Identitätsbewußtsein erwerben und Verantwortung (für die Gruppierung, der Verfasser) erlernen kann."[4]

Die Dynamik der Prozesse innerhalb der Gruppierung wird bestimmt durch die sich aufeinander beziehenden Aktivitäten der Gruppierungsmitglieder. Es bilden sich neue Handlungsstandards heraus, die sich subjektivieren in Erwartungen, Haltungen, persönlichen Handlungszuweisungen, die wiederum dem Handelnden die Richtung, den Inhalt und den Verlauf seiner Aktivität vorgeben. Erfolgt dabei eine Identifikation mit der von ihm erwarteten Richtung und dem erwarteten Inhalt, sind also Anforderungen der rechtsradikalen Gruppierung an ihn identisch mit seinem eigenen Wollen, so ist er integraler Bestandteil der Gruppe. Er ist dem Gruppengefüge untergeordnet, er ist durch die Gruppe sozialisiert worden. Es kommt also zu einer völligen Neuorganisation und Strukturierung der sozialen Beziehungen der ehemaligen Freizeitgruppierung, an deren Ende eine rechtsextreme Gruppierung steht, die über feste Strukturen, einheitliche Normen, Werte und Ziele verfügt und durch einheitliches und entschlossenes Handeln gekennzeichnet ist. So entsteht eine völlig neue Qualität des sozialen Zusammenhangs in diesen Gruppierungen.

Empirisch ablesen kann man diese neue Qualität unter anderem an dem immer wieder geäußerten starken Zusammengehörigkeitsgefühl der „Skins". Das Zusammengehörigkeitsgefühl erweist sich als emotionale Voraussetzung oder, anders gesagt, als ein gruppenbildendes Element, das auch von großer Bedeutung für den Fortbestand der Gruppe ist. Das einzelne Gruppenmitglied nimmt das Zusammengehörigkeitsgefühl als Zugehörigkeitsgefühl wahr. Dieses und andere Gefühle, die sich aus der Gruppe heraus entwickeln, wie z. B. das der Stärke, das der Macht, das der Überlegenheit, das der Zuneigung, das des Vertrauens oder der Emotionen des

Selbstkonzeptes, die z. B. bezüglich erstrebter oder erreichter Ziele, Leistungen, Anforderungen erlebt werden, wie Erfolg oder Mißerfolg, Scham, Schuld usw. erweisen sich als primäre Steuermedien von Gruppenprozessen rechtsradikaler Gruppierungen Jugendlicher.
Die neu entstandenen gesellschaftlichen Daseinsformen einer bestimmten Qualität sozialer Beziehungen haben für viele Jugendliche eine hohe Anziehungskraft. „Auf die Frage, warum ich ein ‚Skin' wurde, kann ich eigentlich sagen, daß es mir in erster Linie um das Aussehen und das Zusammengehörigkeitsgefühl ging. Mit ihren Ansichten habe ich mich nur sekundär beschäftigt, ich habe diese ohne großes Überlegen einfach übernommen. Mir ging es mehr um die Truppe. Es war unter den Leuten eine sehr gute Stimmung. Man sagte sich einfach alles ins Gesicht. Da wurde nicht hinter dem Rücken gesprochen. Das Verhalten der ‚Skins' ist einfach und nicht gekünstelt."[5]
Handlungsmotive, die in einer rechtsradikalen Gruppierung gewachsen sind, werden durch diese verfestigt. Einstellungen, Normen und Werte werden von der durch die Gruppe spezifizierten rechtsextremen Ideologie übernommen. Die sich neu herausbildenden Orientierungen werden zu Bedürfnissen, da die Gefühlsstruktur des einzelnen durch die Gefühlskultur der rechtsextremen Gruppe überformt wird. Werden den Bedürfnissen, die aus den irrationalen Orientierungen entstanden sind, emotionale Valenzen hinzugefügt, so entstehen wiederum neue Motive, mehr noch: es entstehen ganze rechtsextrem ausgerichtete Motivstrukturen der Gruppe, die das einzelne Gruppenmitglied annimmt.
Irrationale geistige und gefühlsmäßige Handlungsgrundlagen, die so entstanden sind, bilden die Grundlage für irrationale Verhaltensweisen und irrationale Handlungen von Jugendlichen rechtsradikaler Gruppierungen. So ist das Anwenden von Gewalt im Selbstverständnis dieser Gruppierungen für das Durchsetzen der Ziele legitimes Mittel, aber im gesamtgesellschaftlichen Kontext als unvertretbar anzusehen.
Wie bereits dargestellt wurde, existiert in einer rechtsradikalen Gruppierung ein übergreifendes Orientierungsmuster, das aus den gruppendynamischen Prozessen heraus entstanden ist und sich im Bewußtsein der Gruppenmitglieder festgesetzt hat. In ihm vereinigt sind rechtsextreme Werte, Einstellungen und Zielsetzungen, die die Gruppe strukturieren und

somit die Gruppenleistung beeinflussen. Eine sich daraus ergebende Strukturform ist die Gruppennorm.
Gruppennorm, Identitätsbewußtsein und die Kontrollmechanismen (Regulative) zur Durchsetzung der Gruppennormen sind die drei Eckpfeiler der Sozialisationsleistung rechtsradikaler Gruppierungen Jugendlicher. Die Sozialisationsleistung im Sinne einer gegenseitigen Erziehung der Gruppenmitglieder ist erfolgreicher als die bisher durch Familie, Schule und Lehre und durch die ganze Gesellschaft vollbrachte Leistung, sowohl unter dem Aspekt des Zeitbedarfes als auch unter dem Aspekt der Intensität und der Wirkungen. Wie bereits dargestellt, entstehen völlig neue Interessen, Bedürfnisse, Werte, Einstellungen, Motive und Verhaltensweisen bei den Jugendlichen, die Ausdruck für die Sozialisationsleistungen rechtsradikaler Gruppierungen sind.
Die Gruppennormen leiten sich zum Teil direkt aus den idealisierten rechtsextremen Normen ab. Zuverlässigkeit, Disziplin und Gehorsam, der unbedingte Glaube an die Führungselite und an die Ideale der Bewegung, die absolute Unterordnung unter die Gruppeninteressen oder den legitimierten Führer sind solche Gruppennormen, um nur einige zu nennen. Die Normen, die sich in Zuschreibungsmustern für den einzelnen spezifizieren und in Erwartungshaltungen an ihn herangetragen werden, lassen dem einzelnen Gruppenmitglied einer rechtsradikalen Gruppierung kaum Spielraum für individuelle, d. h. außerhalb der Erwartungen stehende Aktivitäten. Dies wird jedoch nach einem vorläufigen Abschluß des Sozialisationsprozesses durch die rechtsextreme Gruppe von dem einzelnen kaum noch reflektiert, und schon gar nicht negativ. Dieses Problem steht zudem nicht, da nun eine Identifikation mit den an ihn herangetragenen Erwartungen hinsichtlich seines Denkens, Fühlens und Handelns stattfindet.
Daß sich Gruppennormen herausgebildet haben, nach denen man sich richtet und verhält, wird den meisten Mitgliedern rechtsextremer Gruppen nicht bewußt, was für einen hohen Verinnerlichungsgrad rechtsradikaler Orientierungen und einen fehlenden Abstand für eine Selbstreflexion spricht.

Anmerkungen

1 Äußerung eines Skinheads während eines Interviews

2 Dem Vorhalt, „nur weil er eine Bomberjacke trägt, ist er doch nicht gleich ein ,Skin'", ist hier mit Vorsicht zu begegnen. Dem gesellschaftlichen Bewußtsein ist bekannt, was es mit „Skin"-Gruppierungen auf sich hat: ungerechtfertigte Gewaltanwendung im Zusammenhang mit faschistisch-neonazistischer Ideologie. Wenn sich ein Jugendlicher der Symbole rechtsextremer Gruppierungen bedient, ohne daß er die dazugehörige Ideologie verinnerlicht haben muß, so weiß er doch, womit ihn die Gesellschaft identifizieren kann. Und vielleicht liegt ja gerade hierin der Reiz, sich wie ein „Skin" zu kleiden.

3 Aus einem Interview mit einem Skinhead

4 F. Neidhardt, „Themen und Thesen zur Gruppensoziologie", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft Nr. 25, 1983, S. 14

5 Aus einem Interview mit einem Skinhead

Ausländerfeindlichkeit in Berlin

1. Aus dem Bericht über die Sicherheit für das Leben ausländischer BürgerInnen in Berlin (Ost)

Die durch Mitteilungen in den Massenmedien und durch Anzeigen und Mitteilungen von einzelnen Personen bekannt gewordenen Angriffe gegen AusländerInnen und ethnische Minderheiten widerspiegeln nur einen Bruchteil der gegen sie verübten strafbaren Handlungen der Deutschen. Das Spektrum der Ausdrucksformen des Fremdenhasses in der DDR-Bevölkerung reicht von Anpöbeleien, Beschimpfungen, Drohungen und Diskriminierungen im Arbeitsleben bis hin zu Raub und schweren Angriffen gegen das Leben und die Gesundheit ausländischer BürgerInnen. Die Schwere der Straftaten gegen Ausländer ist erschreckend, da Mittel und Methoden der Begehung der Verbrechen besonders gefährlich, heimtückisch und durchorganisiert sind und die Angreifer bei ihren Taten nicht die Öffentlichkeit scheuen. Die verübten Straftaten konzentrieren sich in dicht bewohnten Gebieten (Tierpark, Hans-Loch-Viertel, Ahrensfelde u. a.) und in den öffentlichen Verkehrsmitteln (S-Bahn). Beispielsweise wurden am 21. 8. 1990 (1.00 Uhr) vier Vietnamesen in der S-Bahn zwischen Ostkreuz und Nöldnerplatz von etwa 10–12 Skins umzingelt und sofort mit Stöcken zusammengeschlagen. Die Vietnamesen wurden durch die Skins mit einem Beil bedroht. Ein Vietnamese wurde bewußtlos. Ein Skin filmte den ganzen Vorgang mit einer Videokamera und gab folgenden Kommentar: „Das wird ein guter Bericht für den Parteiführer." Drei von den vier Opfern wurden am Kopf bzw. am ganzen Körper schwer verletzt.

Die Dunkelziffer über Angriffe und Raubdelikte gegenüber Ausländern muß aufgrund der Nichteinhaltung der Informationspflicht durch die untergeordneten Polizeiorgane und auch aufgrund der Tatsache, daß viele Ausländer aus Angst (z. B. wegen ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus oder vor Strapazen bei Behördengängen, die erfahrungsgemäß auch nicht zur Aufklärung der Sache führen) keine Anzeige erstatten, als hoch vermutet werden.

Symptomatisch für das Vorgehen der Volkspolizei gegen die Angriffe gegenüber Ausländern sind Passivität, Desinteressiertheit und Unterlassung von polizeilichen bzw. strafprozessualen Pflichten (z. B. Eilfahndung, Spurensicherung, Zeugenbefragungen bzw. -ermittlung). Skandalös und unvereinbar mit dem Schutzauftrag der Polizei fanden polizeiliche Aktionen statt, um Ausländer in radikaler Weise von den Bahnhöfen fernzuhalten. Ein Beispiel ist der „unangemessene und unsachliche Einsatz der Polizei" (so Polizeipräsident Bachmann im telefonischen Gespräch mit der Ausländerbeauftragten der Regierung, Almuth Berger) gegen Hunderte ausländische BürgerInnen auf dem Hauptbahnhof am 28. 7. 90. Unerklärlich ist die Tatsache, daß bisher keine einzige gerichtliche Verurteilung gegen Straftäter, die Straftaten gegen Ausländer begangen haben, sowie keine strafrechtlichen Maßnahmen bzw. disziplinarische Sanktionen gegen Pflichtverletzungen von Polizisten bekannt sind. Die Verschleppung der Straf- und Disziplinarverfahren und das Verschweigen von gesellschaftlichen und staatlichen Reaktionen bei Straftaten gegen AusländerInnen machen auf die Dauer die erzieherische und bewußtseinsbildende Arbeit in der Ausländerpolitik zunichte.

Mit dem Argument „Früher war die Stasi für Straftaten gegen AusländerInnen zuständig" versucht die Polizei wiederholt, ein angebliches „Fehlen einer gesetzlichen Grundlage zum Handeln" zu begründen.

Es sei hier nur auf wenige grundlegende Gesetzesbestimmungen hingewiesen, die diese Rechtfertigung eindeutig widerlegen und den Mangel an Motivation und Pflichtbewußtsein der Polizei diesbezüglich verdeutlichen:

In Übereinstimmung mit dem Artikel 90 der Verfassung der DDR, daß die Rechtspflege „die Freiheit, das friedliche Leben, die Rechte und die Würde der Menschen" schützt, hat die Polizei alle eingetretenen Störungen sofort zu beseitigen und den Kampf zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten sowie anderer Rechtsverletzungen zu führen. Sie hat bei Gefahren sofort die Bürger „durch Rat und Tat (zu) unterstützen" (Art. 3 Abs. 1 des VP-Gesetzes der DDR).

Die meisten MitbürgerInnen sehen den Angriffen gegen AusländerInnen tatenlos und unsolidarisch zu. Anstatt einzuschreiten und die Täter zum Unterlassen ihrer Straftaten aufzufordern, den Opfern zu helfen und durch Zeugenaussagen

einen Beitrag zur Aufklärung und Verhinderung weiterer Straftaten zu leisten, bleiben die meisten Zeugen ruhig, machen Türen bzw. Fenster zu oder „genießen" sogar die Taten der neuen „OrdnungshüterInnen". Das Bild der in der DDR lebenden Ausländer wird seit langem durch einen Teil der Bevölkerung verzerrt und einseitig dargestellt. Beschwerden von BürgerInnen in Foren u. ä. lassen Vorurteile und schwerwiegende Beschuldigungen gegen Ausländer ungeniert erkennen, die sich bei gründlichem Nachfragen als unhaltbar erweisen.

2. Wächst die Ausländerfeindlichkeit?

In Berlin (Ost) leben rund 20 700 Ausländer – diese Zahl entspricht etwa 1–1,4 % der Bevölkerung. Zum Vergleich: In Westberlin leben 223 500 Ausländer (14 % der Bevölkerung).
Die Tatsache „Wenig Ausländer – große Ausländerfeindlichkeit" stellt scheinbar einen Widerspruch dar, der zunächst überrascht und erschreckt, er spiegelt jedoch nur eine eigentlich bekannte Tatsache wider: Einheimische und Ausländer haben bis jetzt nicht zusammen gelebt. Wir kennen uns nicht, wir sind uns fremd. Aus dem Gefühl der Fremdheit kann schnell ein Gefühl der Bedrohung entstehen, es können Feindbilder aufgebaut werden; offene Ausländerfeindlichkeit stößt nicht mehr auf kollektiven Widerstand.
In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß voriges Jahr die Republikaner in Westberlin die *wenigsten* Stimmen in den Bezirken erhielten, wo die *meisten* Ausländer leben, d. h., wo das Zusammenleben zum Alltag gehört.
Es gilt also, bei uns die Isolierung zwischen Einheimischen einerseits und AusländerInnen bzw. VertreterInnen ethnischer Minderheiten andererseits zu überwinden. In diesem Sinne verwenden wir das Wort „Integration", wobei wir aber auch den Zwang zur Aufgabe der Identität, als „Eindeutschung" als negativ, ja sogar gefährlich halten.
Im Prozeß der Annäherung zwischen jungen „Deutschen" und „Nichtdeutschen" auf dem Gebiet der Noch-DDR müssen unbedingt die Befindlichkeiten der Jugendlichen bei uns beachtet werden, die z. Z. sozialen, psychischen, ideellen, kulturellen und anderen Gefährdungen ausgesetzt sind. Die vor längerem eingesetzte Entwurzelung der Jugend beschleunigt

sich und nimmt ganz neue Ausmaße an. Sie ist dem einzelnen mehr oder weniger bewußt und wird sehr unterschiedlich verarbeitet. Ich wage zu behaupten (ohne von unserem eigentlichen Thema ablenken zu wollen), daß wir unter einem so hohen Anpassungsdruck stehen, wie er eigentlich nur bei einem längeren und intensiven Auslandsaufenthalt entsteht: Die neuen Handlungsräume sind nicht sofort überschaubar (z. B. kennen weder Schüler noch Eltern das Schulsystem der BRD). Wir sind auf Unterstützung angewiesen; daraus entstehen Unterlegenheitsgefühle, die bekannterweise zu Aggressionen führen können. Die Entwurzelung geht somit teilweise einher mit einer deformierten, aber verstärkten Ausprägung des Nationalgefühls, nach dem Motto: „Das einzige, was ich mit Sicherheit weiß und das mir keiner nehmen kann, ist: Ich bin Deutscher" oder: „Mit der D-Mark sind wir richtige Deutsche." (Um so absurder erscheint mir daher die im Osten weit verbreitete Meinung: „Die ganzen Ausländer kommen ja jetzt nur her wegen der D-Mark.")
Bei uns ist eine große moralische Verunsicherung sowohl gegenüber den AusländerInnen als auch angesichts der Fremdenfeindlichkeit zu beobachten. Früher war das Ausland weit weg und sozusagen geheimnisumwittert. Solidarität war nicht nur anonym, sondern wurde auch aus einer sicheren Position der Überlegenheit geübt. Die Gastarbeiter lebten bei uns äußerst isoliert in Wohnheimen, ohne daß Bedingungen für ein echtes Zusammenleben geschaffen wurden. Eine Annäherung wurde durch die verschiedenen Institutionen sogar äußerst erschwert.
Andererseits waren die Vorstellungen über das Ausland wiederum untersetzt mit Minderwertigkeitsgefühlen: „Uns geht es hier soo schlecht, woanders kann es nur besser sein." Weder Medien noch eigene Erfahrungen konnten ein objektives Bild über das Ausland geben.
Mit „moralischer Verunsicherung" meine ich folgendes: Die meisten bei uns sehen sich jetzt *unvorbereitet* mit AusländerInnen konfrontiert. Die jetzt hereinbrechenden Erfahrungen (die zu einem großen Teil negativ sind) werden unzulässig verallgemeinert; viele sagen: „*Die* Ausländer sind Schieber, Diebe, Bettler." Wer bis jetzt bestenfalls Ausländer als interessante und romantische Exoten empfunden hat, findet in der gegenwärtigen Situation kaum Argumente oder gar einen Halt. Es gelingt z. Z. nur wenigen, in das Gruppenbild einzu-

dringen und AusländerInnen als Individuen zu unterscheiden – d. h., das zu tun, was bei der eigenen Nationalität ganz natürlich ist. Aus dieser Verunsicherung kann eine große Gefahr erwachsen, denn bei den zu erwartenden allgemeinen Problemen (z. B. Arbeitslosigkeit) ist eine Radikalisierung der kollektiven Meinung zu befürchten.

3. Was können wir gegen Ausländerfeindlichkeit tun?

Trotz der allgemeinen sozialen Spannungen und Ängste können wir einiges tun, um die Duldung und Unterstützung von Fremdenfeindlichkeit zu überwinden, indem wir die Annäherung zwischen Einheimischen und Ausländern bzw. ethnischen Minderheiten anregen und unterstützen. Dazu bestehen bereits vielfältige Initiativen: Schon seit mehreren Jahren wird eine liebevolle Betreuung von AusländerInnen im Ökumenisch-Missionarischen Zentrum unserer Stadt geleistet.
In verschiedenen Jugendklubs werden Veranstaltungen durchgeführt mit dem Ziel des gegenseitigen Kennenlernens. Dem dienen sowohl Gesprächsrunden als auch multikulturelle Programme. Im Jugendklub „jojo" (in der Wilhelm-Pieck-Straße) arbeitet der RING, und es läuft eine folkloristische Veranstaltungsreihe. Im Haus der Jungen Talente hat das „Café Farbig" seinen Sitz, das einmal im Monat Gesprächsrunden u. a. anbietet, und es finden weitere Veranstaltungen statt. In der Greifswalder Straße ist das „Atelier 89", wo z. Z. Diskussionsveranstaltungen über multikulturelle Erfahrungen in anderen Ländern stattfinden.
Wir bemühen uns gegenwärtig um die Errichtung einer psychologischen Beratungsstelle, die Anleitung für ErzieherInnen und LehrerInnen sowie AusbilderInnen, die mit Ausländern zu tun haben, bieten soll.
Es werden Projekte vorbereitet, um die einheimischen Kinder für ein multikulturelles Zusammenleben zu sensibilisieren, so z. B. lockere Zirkel mit ausländischen Kunstschaffenden sowie Forschungsgruppen zur Kiezgeschichte (mit dem Thema: Berlin als Einwanderungsstadt schon seit über hundert Jahren).
Unser Büro bereitet gegenwärtig verschiedene Informationsschriften vor, die Kenntnisse über Herkunftsländer und Probleme von ImmigrantInnen vermitteln sollen.

Es wird aber auch eine Zusammenarbeit mit der Polizei angestrebt, um die Zunahme und Duldung von Übergriffen gegen ausländische BürgerInnen zu verhindern. So erfolgten bereits zwei Seminare zur Schulung von Polizeikräften in bezug auf objektive und gesellschaftliche Anforderungen an die Arbeit mit verschiedenen Ausländergruppen.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal betonen, daß es jetzt in Berlin (Ost) um ein gegenseitiges Kennenlernen geht, da es nur über ein tatsächliches Zusammenleben gelingen wird, Fremdenfeindlichkeit abzubauen – wenn wir uns nicht mehr fremd sind.

Andrew Walde

Nazis raus – aber wohin?

Erfahrungen mit Rechtsradikalismus und Neofaschismus in Berlin (West)

Das Wiedererstarken rechtsradikaler, neofaschistischer Kräfte ist kein neues, uns völlig überraschendes Phänomen. Es ist weder DDR- noch BRD-typisch, noch ist es in einem der beiden Gebiete in einer besonderen Form ausgeprägt.
Die Neonazis werden weder kurz- noch mittelfristig den demokratischen Rechtsstaat ins Wanken bringen oder nennenswerte Mehrheiten erobern. Und dennoch sind sie eine große Gefahr und erfordern frühzeitige, konsequente Gegenwehr. Oder besser noch: Offensive. Hier sind alle demokratischen Kräfte und der Staat gefordert.
Neofaschismus als Modeerscheinung zu bezeichnen wäre verharmlosend und falsch.
Richtig ist jedoch, daß den Hochphasen der 60er und 70er Jahre auch ebenso Tiefphasen folgten und manche die Gefahr schon als erledigt betrachteten. Das ist sie nicht und wird es in näherer Zukunft auch nicht sein. Um sie einschätzen und ihr begegnen zu können, sollen im folgenden vor allem drei Dinge behandelt werden:

1. Mit welchen Formen und Aktivitäten der radikalen Rechten haben wir es zu tun?
2. Mit welchen Leuten haben wir es zu tun, und wie gehen wir mit ihnen um?
3. Wie ist die Gefahr zu beurteilen, und welche Gegenstrategien gibt es?

Im Gegensatz zu dem eher historischen Neofaschismus der 60er und 70er Jahre, der mit einer Glorifizierung der Nazizeit, „Landser"-Heften, „Auschwitz-Lüge" und strammer Organisation z. B. in NPD und „Wiking-Jugend" an „alte Traditionen" anknüpfte, ist die radikale Rechte der 80er Jahre wesentlich vielschichtiger.
In unzähligen Organisationen, Bünden, Fan-Clubs, „Gemeinschaften" oder sehr oft auch ohne jeden organisatorischen

Rahmen operieren die Rechten in einem Sumpf von primitiven Vorurteilen, Orientierungslosigkeit und Unwissenheit. Es gibt praktisch kein verbindendes Programm, außer „Für Deutschland" oder „Deutschland den Deutschen" – und den Haß. Gehaßt wird alles „Undeutsche": Ausländer, Juden, Schwule, Linke, Feministinnen, engagierte Demokraten. Alle kommen in die gleiche Schublade. Derartiges Gedankengut – oder besser Gedankenwirrwarr – begegnet uns in den verschiedensten Formen.

Am wenigsten beachtet, wenngleich eigentlich am gefährlichsten, ist der tägliche Faschismus. Die Anpöbelei von Ausländern in der U-Bahn, auf der Straße, in der Disko. Die Diskriminierung am Arbeitsplatz. Die Stammtischrunde, die Schülergruppe oder der Kollegenkreis mit „Witzen" und sonstigen Sprüchen. Die Hakenkreuz-Schmierereien und „Türken raus"-Parolen, die man überall sieht. Und vor allem: die Gleichgültigkeit, mit der die Masse der Bevölkerung und selbst Lehrer, Polizei und Justiz dem begegnen.

Eine weitere Form bzw. Steigerung ist der provozierende oder offene Faschismus. Der „Heil-Hitler-Gruß" in der Schule oder im Stadion, der Aufnäher „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein", saufende und raufende Nazi-Skinheads, die mit „Sieg heil" türkische Lokale oder Schwulentreffs überfallen. In den Polizeiakten oder Gerichtsurteilen heißt es dann oft lapidar „Sachbeschädigung" oder „Körperverletzung". Selbst in der Urteilsbegründung zum Mord an Ufuk Sahin 1989 hieß es, daß „Ausländerhaß mitbestimmend, aber nicht ausschlaggebend" war.

Ein Hohn für alle Opfer und jene, die bereit sind, sich gegen die Extremisten zu wehren.

Mit der dritten Form dieser sehr groben Unterteilung, dem organisierten Faschismus, kommen die meisten nur sehr selten in Berührung. In faschistischen Organisationen oder Tarnorganisationen, von DVU und HIAG über „Republikaner" und „Freiheitsliste" bis zu FAP und der „Deutschen Jugendinitiative" mit vielen Doppelmitgliedschaften werden die verschiedensten Aktivitäten geplant. Flugblatt- und Plakataktionen, Demonstrationen und Rudolf-Heß-Gedenkkundgebungen, Provokationen und Schlägereien. Sie agieren ständig am Rande der Legalität. Sie berufen sich auf die grundgesetzlich verankerte Meinungs- und Versammlungsfreiheit und würden diese als erste einschränken, wenn sie jemals (wieder) die

Macht dazu hätten. Kennzeichnend ist die ständige Verbindung von populistischen Forderungen wie Ausländerstopp, Asylrechtsänderungen und Umweltschutz, mit chauvinistischen Inhalten wie „Deutschland in den Grenzen von 1937" oder „Frauen zurück an Heim und Herd".
Auch die Leute, mit denen wir es zu tun haben, können wir grob in 3 Gruppen unterteilen.
Analog zu den genannten Formen von Rechtsradikalismus gibt es die Sympathisanten, die Mitläufer und die organisierten Faschisten. Für letztere ist die Polizei und die Justiz zuständig. Wo sich Faschisten organisieren, muß der Staat reagieren.
Wenn eine Partei wie die „Republikaner" in Fernsehspots mit der Melodie „Spiel mir das Lied vom Tod" Ausländerhaß schürt, dann ist das Volksverhetzung. Wenn die Reps die Aufhebung der Tarifautonomie fordern, dann ist das grundgesetzwidrig. Derartige Parteien gehören verboten.
Für engagierte Demokraten ist in der Diskussion mit organisierten Faschisten nichts zu gewinnen. Um so mehr in der Diskussion über diese Gruppen bzw. mit eventuellen Sympathisanten, aber auch in Form von Öffentlichkeitsarbeit.
Bei der zweiten Gruppe, den Mitläufern, ist in Gesprächen und mit Argumenten eventuell noch etwas zu bewegen. Dazu zählen oft Fußball- oder Heavy-Metal-Fans, Cliquen in Jugendheimen oder auch Einzelgänger/-täter. Solange sie noch nicht völlig eingeschworen sind, sollte man sie nicht aufgeben.
Die wichtigste Zielgruppe antifaschistischer, prodemokratischer Arbeit ist die große Masse der Sympathisanten, oftmals völlig unpolitische Menschen. Sie haben meistens – wie übrigens der größte Teil der beiden anderen Gruppen auch – kaum Durchblick in wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen. Und sie haben Angst. Berechtigte Angst vor der Zukunft. Vor Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Umweltzerstörung usw. Organisierte Faschisten lenken diese Unwissenheit und Angst um in Haß. Daraus ergeben sich – um zur 3. Frage zu kommen – wiederum drei wesentliche Aufgaben oder Gegenstrategien für die antifaschistische Arbeit, vor allem für Jugendverbände:

1. Beobachten und Anprangern. Dies gilt in erster Linie für die Auseinandersetzung mit den organisierten Faschisten. Man

muß die Organisationen und ihre „Argumente" kennen. Und man muß sie widerlegen können. Ruhig und sachlich. Argumentationshilfen und Öffentlichkeitsarbeit sind dabei sehr wichtig. Die direkte Konfrontation nutzt nur den Rechten und ihrer Propaganda, d. h. nicht, daß man sich alles gefallen und sich verprügeln läßt. Aber den „Zoff" zu suchen oder zu provozieren ist Unsinn. Überall, wo staatliche Institutionen falsch oder gar nicht reagieren, muß dies angeprangert werden. Dazu bedarf es breiter Solidarität und Unterstützung. Gegebenenfalls notwendige Zeitungsanzeigen oder Gerichtskosten können teuer sein. Aber hier ist die Kraft sinnvoller angewendet als bei irgendwelchen Krawallen.

2. Agieren und argumentieren. Raus aus der defensiven Anti-Haltung. Eigene Veranstaltungen und durch Vorbildhaltung anderen Leuten Mut machen. Wenn ausländische Jugendliche oder Kollegen angepöbelt werden, muß man sich einmischen. Nicht Kopf und Kragen riskieren und als Held sterben, sondern Zivilcourage zeigen. Buttons und Aufkleber tragen, sich nicht verstecken, sondern bekennen. Gegebenenfalls spricht man sich vorher untereinander ab und tritt dann gemeinsam auf.
3. Organisieren und orientieren. Wichtig ist natürlich, daß jeder Demokrat in seinem Lebens- und Arbeitsbereich aktiv ist. Ebenso wichtig ist es aber auch, daß man organisiert und systematisch vorgeht. Das muß kein Widerspruch sein. Gegen Nazis zu sein ist das eine, für eine demokratische, gerechte und solidarische Gesellschaft zu sein und auch noch zu formulieren, wie diese aussehen könnte und was man dafür tun muß, ist das andere.

Erst wenn Arbeitslose und Wohnungsuchende sehen, wer oder was an ihrer Situation schuld ist und was sie selbst daran ändern können, werden sie den rechten Rattenfängern nicht mehr nachlaufen. Wir haben nicht zu viele Ausländer, sondern zu wenige Arbeitsplätze und Wohnungen. Und es gibt Deutsche, die ein Interesse daran haben, daß es so bleibt. Die Parole „Nazis raus" ist also ebenso simpel wie nichtssagend. Unsere Aufgabe ist es, dem Faschismus den Boden zu entziehen. Argumentativ, offensiv und konstruktiv. Und: heute damit anfangen!

(Andrew Walde ist Jugendbildungsreferent bei der DGB-Gewerkschaftsjugend in Berlin [West].)

Uwe Erfurt

Zu einigen Ergebnissen und Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremismus in der BRD

In den 80er Jahren ist der Formierungsprozeß des Rechtsextremismus in Europa in eine neue Phase getreten. Es gelang den Rechtsextremisten, einen relativ stabilen Wählerstamm aufzubauen und in einer Reihe von Ländern erstmals in die Parlamente einzuziehen. Bezeichnend für die neue Phase in der Entwicklung rechtsextremer Tendenzen ist, daß
1. die Wähler- bzw. Anhängerschaft der „Neuen Rechten" nicht eindeutig einer bestimmten sozialen Schicht zugeordnet werden kann, sondern quer durch die Sozialstruktur der Gesellschaft geht;
2. ein zunehmender Jungwähleranteil, insbesondere auch in der Arbeiterschaft, mobilisiert werden konnte.
Die Erfolge, insbesondere der Republikaner bei den Wahlen im vergangenen Jahr in der BRD und Berlin-West, führten im gesamten Spektrum von Parteien und Bewegungen der BRD zu umfangreichen Debatten und Aktionen.
Die Diskussionen um die Wahlerfolge der REP waren aber nicht selten, insbesondere von den Unionsparteien, von wahltaktischen Erwägungen getragen. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus durch die Unionsparteien wird auch dadurch erschwert, daß namhafte Vertreter der CDU/CSU dazu beitrugen, zahlreiche rechtsextreme Positionen hoffähig zu machen (Historikerstreit, Bitburg, Nachkriegsgrenzen, Stimmung gegen Asylbewerber ...). Im Gegensatz dazu versuchten andere Parteien und Bewegungen zu einem tieferen Verständnis der Ursachen des Aufkommens der „Neuen Rechten" zu kommen und konkrete Aktionen gegen diese Entwicklung zu konzipieren und durchzuführen.
Der Erfolg solcher Aktivitäten wird aber nach wie vor dadurch eingeschränkt, daß das traditionelle Antifaschismuskonzept, welches zu einem nicht geringen Teil parteipolitisch verein-

nahmt war, noch nicht ausreichend berücksichtigt worden ist.

Im Mittelpunkt steht hier die Suche nach einer neuen Antifa-Konzeption. Es wird in Zweifel gestellt, ob die bisherige Strategie und Taktik des antifaschistischen Kampfes als erfolgreich gelten kann. Als Reflexion über die Tatsache, daß eine „kulturelle Hegemonie des traditionellen Antifaschismus gegenüber dem rechtsradikalen Milieu immer weniger gelingt", wird die Krise des traditionellen Antifaschismus abgeleitet (vgl. Matthias von Hellfeld, „Dem Haß keine Chance").

In hohem Maße werden diese Diskussionen von den Veränderungen in der DDR, insbesondere auch seit den Volkskammerwahlen 1990 geprägt:

– Die Befürchtungen über einen großdeutschen Chauvinismus verstärken sich.
– Der bis zur „Wende" in der DDR „verordnete" Antifaschismus stalinistischer Prägung brachte zusätzliche Zweifel am traditionellen Antifaschismuskonzept.

Ein relativ breites Bündnis im Ringen um die Durchsetzung einer modernen Antifaschismuskonzeption wurde durch den bundesweiten Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus im vergangenen Jahr erreicht. Dem Ausschuß gehörten 1989 an:

a) VertreterInnen landesweiter Koordinationen aus Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg
b) als Beobachter: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V., Bundesschülervertretung, DGB-Bundesvorstand – Abt. Jugend, DAG-Bundesvorstand – Abt. Jugend, IG Metall-Vorstand – Abt. Jugend, Die Grünen, DKP, Juso-Bundesvorstand, Jungdemokraten, SDAJ, SJD – Die Falken, GDF (Föderation der Emigrantenvereine aus der Türkei), VDJ, VVN-BdA, Pro-Asyl e. V.

Auf der 2. bundesweiten Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus am 10./11. Februar 1990 in Frankfurt, die das gemeinsame Ziel verfolgte, im Wahljahr 1990 gemeinsame Aktionen gegen Neofaschismus und Rassismus vorzubereiten, kam es allerdings zu einem Eklat, nachdem die Mehrheit des Abschlußplenums gegen den Ausschluß der DKP und der SDAJ aus dem Arbeitsausschuß gestimmt hatte, die Jusos, IG Metall und Aktion Sühnezeichen ihren Austritt aus dem bestehenden Bündnis erklärten. Die er-

strebte Sammlung der Antifaschisten konnte so nicht erreicht werden.
Die VVN-BdA in der BRD durchlebt eine konzeptionelle und finanzielle Krise; deutliche Mitgliederverluste sind zu verzeichnen. Auch bildeten sich in der Vereinigung verschiedene Fraktionen heraus; man sprach von den „Alten" und den „Erneuerern".
Hoffnungen wurden in den im Juni in Düsseldorf durchgeführten Bundeskongreß gesetzt. Doch auch hier divergierten die Meinungen über die Perspektive des BdA stark. Nach dem Kongreß erklärten weitere Mitglieder ihren Austritt. Diesen begründen sie vor allem mit einer – nach ihrer Meinung – unzureichenden Vergangenheitsbewältigung bezüglich der Arbeit der VVN, die auf dem Kongreß zum Ausdruck gekommen sei.
Die Krise des VVN-BdA ist mit dem Düsseldorfer Kongreß nicht überwunden, obwohl er einige Impulse für die weitere Arbeit im antifaschistischen Bündnis gab. Die Zukunft eines modernen Antifaschismus hängt entscheidend davon ab, wie es gelingt, ein breites *parteienunabhängiges* Bündnis herzustellen, welches die *antifaschistische* Aktion und nicht die jeweils parteipolitisch gebundene Gesellschaftskonzeption in den Vordergrund rückt.

Zu einigen Grundpositionen und Erfahrungen im praktischen Kampf gegen Neofaschismus in der BRD

1. Zunehmend an Bedeutung gewinnt die Einsicht, daß Antifaschismus sich inhaltlich von einer Anti-Bewegung zu einer die politische Kultur verändernden und in die Politik eingreifenden Bewegung entwickeln muß.
Antifaschismus wird zur Leerformel, wenn er dazu benutzt wird, der Frage zu entgehen, *wofür* man eintritt. Antifaschismus kann sich nicht auf die Auseinandersetzung mit neofaschistischen Gruppierungn reduzieren, sondern muß alternative Lösungswege für gesellschaftliche Probleme aufzeigen und insbesondere dem Abbau von Demokratie entgegenwirken und erkennen, daß das Salonfähigmachen neofaschistischer Tendenzen auf dem Boden einer insgesamt zunehmenden Rechtsentwicklung basiert. Eine ausschließliche Ausein-

andersetzung mit neofaschistischen Organisationen trifft nicht die Wurzel neofaschistischer, rechtsextremistischer Auswüchse: „Indem wir uns mit den Organisationen beschäftigen und damit die Entstehung der Probleme an den Rand der Gesellschaft verlagern, können wir erfolgreich davon ablenken, daß die Ursachen vor allem auch in den ökonomisch-sozialen Alltagserfahrungen lagern, die wir selbst in Schulen, Elternhäusern, Nachbarschaften und Jugendarbeit mitformen." (Wilhelm Heitmeyer: „Belehrungen kommen gegen Erfahrungen nicht an", aus: Erziehung und Wissenschaft.)
Die Überwindung des Neofaschismus als gesellschaftliche Strömung erfordert die Durchsetzung einer konsequenten Friedenspolitik, einer sozial gerechten Wirtschaftspolitik, einer demokratischen Frauenpolitik, einer umfassenden, lebendigen und abgesicherten Demokratie, eines ökologisch und humanistisch ausgerichteten Umgangs mit der Natur usw. Besondere Bedeutung gewinnen Strategien zur gleichberechtigten Integration von Minderheiten und ausländischen Bürgern.

2. Der Kampf um das Verbot einer neofaschistischen Bewegung ist nur sinnvoll, wenn es nicht als Allheilmittel angesehen wird, da ein solches Verbot ebenso das Problem der Ursachen des Aufkommens neofaschistischer Tendenzen nicht berührt. Des weiteren muß das politische Umfeld des Wirkens solcher Bewegungen und die daraus resultierende Chance eines Verbots in Betracht gezogen werden. Eine moderne antifaschistische Aktion muß sich des weiteren selbst von rechtsextremen Denkmustern befreien. Solche Losungen wie „Nazis raus", „Jetzt kommen die Ratten wieder aus ihren Löchern" ... lenken nicht nur vom eigentlichen Problem ab, sondern tragen auch zu Konfrontationen bei und bewirken erfahrungsgemäß den Effekt der nachträglichen Identifikation der Mitglieder einer rechtsextremistischen Gruppe mit dieser Gruppe bzw. stempeln Mitglieder rechtsextremer Gruppen pauschal und undifferenziert als Nazis ab.

3. Konzepte in der antifaschistischen Arbeit, die vor allem auf die Aufklärung, insbesondere der Jugend, über die Schrecken des traditionellen Faschismus setzen, stoßen unwiderruflich auf Grenzen. Es ist eine Illusion, zu glauben, je mehr die Jugend über die faschistische Barbarei, über den Holocaust weiß, um so weniger anfällig sei sie gegen den Rechtsextremismus. Es ist wichtig, daß über die Vergangen-

heit detailliert informiert werden muß, aber die Vergangenheit läßt sich nicht bewältigen, sondern nur die Gegenwart. Der gegenwärtige Rechtsextremismus basiert auf dem Konfliktfeld der heutigen Gesellschaft.

4. Die umfassende Information über rechtsextremistische Aktivitäten der Gegenwart ist eine unerläßliche Komponente in der Sensibilisierung der Bevölkerung, da sie der Verharmlosung der Gefahr des modernen Rechtsextremismus entgegenwirkt und Bürgerproteste mobilisieren kann. Größere Wirkungen werden dabei aber nur erzielt, wie das z. B. die Erfahrungen in Wiesbaden zeigen, wenn die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus Bestandteil kommunaler Politik, der Städte- und Gemeindevertretungen wird.[1]

In der Informations- und Bildungsarbeit im Hinblick auf die Thematisierung rechtsextremistischer Anschauungen und Aktionen spielen die Gewerkschaften in der BRD eine gewichtige Rolle. Neben öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen organisiert der DGB langfristig angelegte Bildungsprogramme, die Zusammenhänge zwischen sozialpolitischen Mißständen und ausländerpolitischen Problemen auf der einen Seite und rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Parolen auf der anderen Seite aufzeigen.[2]

Unterschiedlich sind die Positionen zu den sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüssen der Gewerkschaften gegen rechtsextremistische Parteien und Bewegungen.

Die Erfahrungen zeigen, daß solche Beschlüsse nur dann Sinn haben, wenn sie das Ergebnis einer intensiven inhaltlichen Auseinandersetzung sind und die Ablehnung rechtsextremistischer Positionen auf einem positiven Politikansatz, insbesondere in den Folgen der Sozial- und Ausländerpolitik, beruht. Zugleich bergen Unvereinbarkeitsbeschlüsse in sich die Gefahr, daß die Mitglieder der Gewerkschaften die Auseinandersetzung für abgeschlossen ansehen.

5. Blockade- und Verhinderungsaktionen gegen Veranstaltungen rechtsextremer Kräfte bringen auf lange Sicht keinen Erfolg, da sie in der Regel dazu führen, daß gegnerische Gruppen in die Konfrontation gehen und Gewalt eskaliert.

Die Erfahrungen zeigen, daß Verhinderungsaktionen (wie z. B. die zeitweilige Verhinderung der Gründung der DVU) Wirkungen erzielen, wenn sie mit einer breiten inhaltlichen Öffentlichkeitsarbeit, die in ein politisches Gesamtkonzept

eingebettet ist, verbunden wird sowie Gewaltanwendung ausgeschlossen wird.
Eskalation von Gewalt unterstützt den Ruf nach Recht und Ordnung und einem „starken Mann“, was dem Rechtsextremismus zugute kommt. Der Versuch, dem Rechtsextremismus mit offensiver Gewaltanwendung zu begegnen, schadet der antifaschistischen Arbeit. Die moderne antifaschistische Aktion muß Linksextremismus ablehnen.

6. Die moderne antifaschistische Aktion muß sich überall von einem „Links-rechts-“-Schema befreien, wie dies bereits z. T. in der Friedensbewegung erreicht wurde. Dabei ist mehr Toleranz gefragt, und unnötige Verhärtungen müssen vermieden werden. Auch zeigen alle bisherigen Erfahrungen, daß eine parteipolitische Vereinnahmung eines Bündnisses durch eine Partei oder Bewegung zum Zerfall des Bündnisses führte.
Das Schema „links-rechts“ ist hier unfähig, die reale und aktuelle politische Haltung der Bürger zu einzelnen Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung (z. B. Ausländerfeindlichkeit etc.) zum Ausdruck zu bringen, und impliziert alle Nachteile einer statischen Betrachtungsweise.

7. Ein bedeutender Schwerpunkt antifaschistischer Arbeit muß in den Kommunen liegen. Man kommt in den Diskussionen zum Antifaschismus nicht selten zu der Einschätzung, daß der tägliche Kontakt mit Menschen, insbesondere Jugendlichen vor Ort, zugunsten endloser, sich selbst bespiegelnder Debatten vernachlässigt wird: „Nur die konkrete Erfahrbarkeit von Demokraten, ..., im Stadtviertel, in Schule und Betrieb etc. vermag die Netze herzustellen, die gegen rechtsextreme Menschenfänger immun machen.“ (Martin Stadelmaier – Juso) – (Bundesweiter Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus, Rundbrief Nr. 3, Frankfurt/Main, September 1989, S. 33.)
In den Kommunen sind die „Häuser der offenen Jugendarbeit“ und Gemeinschaftszentren Orte, wo die Probleme Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit thematisiert werden. Dennoch sind hier die Erfolge in der BRD nicht sehr groß.
Deshalb meint Wilhelm Heitmeyer (Bielefeld, Hochschullehrer): „In der Jugendarbeit sind neue Formen erforderlich, die die festgezurrten Konzepte ‚stationärer‘ Arbeit etwa in Jugendzentren zumindest ergänzen, wenn nicht gar ablösen,

die endlich zur Kenntnis nehmen, daß das Konzept ‚offener' Jugendarbeit in wesentlichen Teilen am Ende ist und daher eine stärkere Hinwendung zur verbindlichen Arbeit mit Gruppen notwendig wird, die sich stärker den Sozialräumen außerhalb der Jugendzentren öffnen." Solange Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus in den Kommunen nur als antifaschistische Belehrung betrieben wird und nicht zur Lösung von individuellen Problemen und Konflikten bei Jugendlichen beiträgt, bleibt sie ohne Erfolg.

8. Die Erfahrungen bestätigen, daß eine „Taktik" gegenüber dem Neofaschismus, die bewußt oder unbewußt seine öffentliche Akzeptanz als „normalen" Kontrahenten in der demokratischen Auseinandersetzung fördert („parlamentarischer Streit", gemeinsame Podiumsdiskussionen), zur Verharmlosung der Gefahr führt und die Anerkennung der potentiellen Gefahr, die vom Faschismus ausgeht, als „Normalfall der Demokratie" impliziert.

Dies bedeutet nicht, daß auf den persönlichen Dialog verzichtet werden sollte.

Im Gegenteil; er ist unerläßlich für die differenzierte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Ein Allheilmittel ist er allerdings nicht.

Anmerkungen

1 Vgl. dazu u. a.: Rechtsradikalismus in Wiesbaden. Materialien des Referenten Rainer Fromm zum Friedenshearing 1990 der Stadtverordnetenversammlung „Rechtsradikalismus in Wiesbaden"

2 Vgl. Rechtsextremismus. Materialien zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. DGB-Bundesvorstand, 1989

Beispiele von Formen der antifaschistischen Aktion in der BRD im Aktionsbündnis gegen Neofaschismus und Rassismus (1989/90)

- Protest- und Blockierungsdemonstrationen gegen Veranstaltungen rechtsextremistischer Gruppierungen, Aktionen zu Sitzungen der Wahlausschüsse gegen die Zulassung neofaschistischer Wahlkandidaten;
- Konferenzen gegen Neofaschismus und Rassismus auf Bundesländerebene, Stadt- und Stadtbezirksebene;
- Konferenzen für spezifische soziale Gruppen, z. B. „Antifaschistischer Bundesschülerinnen und -schülerkongreß Bielefeld";
- Diskussions- und Informationsreihen, wie „Antifaschistischer Ratschlag" (Stuttgart, Niedersachsen); in Berlin wird auf Bezirksebene mit „Kiezpalavern" u. a. über eine am Straßenzusammenhang orientierte Basisarbeit diskutiert;
- Antifaschistische Zeitungsprojekte (Berlin, Niedersachsen, „Rechter Rand");
- Gemeinsame Zeitschrift von Antifaschisten und Ausländern „Die Brücke" (bundesweit);
- Projekt Gedenkmarsch 1990 Bremen;
- Organisation von Besuchen in Gedenkstätten durch nationale und internationale Jugendgruppen;
- Bremerhavener Kulturwoche „Bremerhaven – eine Stadt für alle Menschen";
- Autonome Aktionen innerhalb der Frauenbewegung (Fantifo – feministische Antifa) – Bonn, Bremen;
- Aktion „symbolische Wahlen" für Ausländer;
- Bildung von Selbsterfahrungsgruppen „Umgang mit Fremden";
- Antifaschist. Kulturspektakel (Berlin), Konzerte, Theater ...;
- Antifaschist. Stadtpläne;
- Aktion Antifaschistisches Museum Berlin;
- Öffentlichkeitsarbeit mit örtlichen Lebensbildern von Antifaschisten;
- Workshop: Das antifaschistische Lied;
- Aktionen zum Überkleben von REP-Werbematerialien im Wohngebiet;
- Bildungsprogramm des DGB für seine Mitglieder gegen die „Reps" – Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften;

– Initiative „Der Norden klärt auf" (Initiative des Vorsitzenden der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion, Gerhard Schröder, zu gemeinsamen Aktionen von CDU, FDP, Grünen und SPD gegen Neonazis und Rechtsradikale);
– Unterschriftenaktionen gegen neofaschistische Veranstaltungen und aktuelle Flugblattaktionen;
– Aktion gegen Aufstellung des Deserteurs-Denkmals in Bonn.

Übersicht über einige kommunalpolitische Vorschläge in der Antifaschistischen Aktion der BRD

– Verhinderung von Ghettobildungen im Wohnbereich;
– Förderung der sozialen Kommunikation zwischen deutschen und ausländischen Einwohnern, wie z. B. Bürgerversammlungen und Feste;
– Förderung der ausländischen Kulturvereine;
– Einrichtung von AuländerInnenberatungsstellen;
– Einstellen von Übersetzern bei den Sozialämtern;
– Einrichtung von Beobachterstellen über neofaschistische Aktivitäten im Wohngebiet;
– Beratung der Kommunen bei der Erarbeitung antifaschistischer Konzepte;
– Aufklärung über den Neofaschismus im außerschulischen Bereich;
– Erarbeitung antifaschistischer Konzeptionen u. a. für Jugendeinrichtungen, Schulen ...;
– Überprüfung der Kaufhäuser, daß keine rassistischen bzw. faschistischen Publikationen verkauft werden;
– Beratung betroffener BürgerInnen;
– Kommunen sollten rechtsextremistischen Gruppierungen keine Räume und Einrichtungen zur Verfügung stellen;
– Untersagen des Vermietens öffentlicher Werbeflächen an neofaschistische Organisationen;
– Durchführung von Rock- und Kulturfesten gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit;
– Woche des antifaschistischen Films;
– Schaffung von finanziellen Bedingungen für Klassenfahrten zu Gedenkstätten;

– Städtepartnerschaften und Schulpartnerschaften (z. B. mit Türkei);
– gemeinsame sportliche Aktivitäten, an denen verstärkt Ausländer teilnehmen;
– verstärkte Durchführung von Lehrveranstaltungen zum Neofaschismus an Universitäten und Hochschulen;
– Antifaschistischer Jugendpreis für besondere Aktivitäten;
– Umbenennung von Straßen nach den antifaschistischen Widerstandskämpfern;
– Umwandlung der Kriegsdenkmäler in Anti-Kriegs-Denkmäler;
– Mieten von Großwerbeflächen, die von Jugendlichen und Künstlern im antifaschistischen Sinne gestaltet werden;
– Einrichtung eines Fonds zur Unterstützung antifaschistischer Initiativen und Organisationen.

Roland Bach

Befindlichkeiten

Leserbriefe an die Zeitung „Junge Welt" über Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit

In den letzten Monaten hat die Zeitung „Junge Welt" in nicht geringem Umfang zur Aufklärung über und zur Auseinandersetzung mit den Problemen Rechtsradikalismus, Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit beigetragen. Sie förderte antifaschistische Kontakte und war bemüht, ein größeres Verständnis für ausländische Mitbürger in der DDR zu erreichen. Wöchentlich erschien eine spezielle Seite „Humanistisches Forum". Auf eine Reihe von Beiträgen gab es ein breites Echo in Form zahlreicher Zuschriften, teilweise in Form mehrseitiger Briefe, der Schilderung persönlicher Erlebnisse, fast stets mit der Bitte um Veröffentlichung (bzw. mit der ultimativen Forderung danach) verbunden. Der Hauptteil der weit über 1 000 Leserbriefe stammt von jungen Menschen aus allen Bezirken der DDR, vor allem von 15- bis 20jährigen. Eine höher analysierte Anzahl von 574 Zuschriften ließ sich wie folgt ordnen:

170 enthielten betonte Zustimmungen, daß eine neofaschistische Gefahr existiert, enthielten Mahnungen (oft unter Verweis auf historische Ereignisse und Entwicklungen) oder Warnungen, äußerten Sorge bzw. Angst und forderten entschlossenes Vorgehen gegen Rechtsradikalismus und Neofaschismus.

100 enthielten – bei Betonung eines antifaschistischen Grundverständnisses – vor allem Kritik an Artikeln und publizierten Lesermeinungen zum Problem, an der Art und Weise der Argumentation, teilweise auch Beschimpfungen der Zeitung bzw. ihrer Redakteure.

180 setzten sich mit der Ausländerproblematik auseinander, wobei in vielen sehr ausführlich und sachlich – auch anhand zahlreicher Beispiele – argumentiert wurde, in anderen wiederum sehr emotional Pro und Kontra zum

Aufenthalt von ausländischen Arbeitskräften und ihrem Verhalten Stellung bezogen wurde.

36 zeigten deutlich Sympathien für Republikaner, Skinheads oder allgemein für Rechtsradikalismus und Nationalismus, teilweise in recht primitiver Form.

20 thematisierten ausdrücklich die Toleranzproblematik, stellten Plädoyers für Gewaltfreiheit, Verstehen, Zuhören, Diskutieren, gegen Vorverurteilungen usw. dar.

20 konzentrierten sich auf die Probleme von Nationalgefühl und nationaler Identität.

18 enthielten konkrete Vorschläge für Aktionen, Zusammenkünfte.

30 waren sonstige Positionen zum Problemkreis (z. B. theoretische Erörterungen zur Frage Faschismus/Stalinismus u. ä.).

Viele Briefe artikulieren deutlich **Besorgnis, Angst, Betroffenheit, Erschrecken und Empörung** über die Tatsache rechtsextremistischer und neofaschistischer Erscheinungen in der DDR überhaupt bzw. über deren Anwachsen (in Redewendungen wie „ich bin erschrocken“, „es ist erschreckend“, „uns macht zunehmend Sorge“, „ist es schon wieder soweit?“). Auslöser waren dafür anfangs Bilder von Leipziger Montagsdemonstrationen im Dezember/Januar sowie die Schändung des Treptower Ehrenmals, später gewalttätiges Auftreten von Skins, Meldungen über Auftreten von Republikanern usw.

Dabei gab es auch verschiedene Stimmen: „Wo ist unsere Polizei?“, „Unsere Polizei schaut weg“. Schüler fragten: „Was sollen wir tun?“ Gruftis erklärten sich „ständig bedroht“. Auffallend ist die Zunahme der Angst, aus antifaschistischer Leserpost-Veröffentlichung Nachteile, Repressalien oder direkte Verfolgung zu erleiden. Das spiegelt sich in einer großen Zahl von anonymen Briefen und Bitten wider, bei Veröffentlichung den Namen nicht oder nur Anfangsbuchstaben zu bringen. Nachteile wurden auch für die Familie befürchtet oder dargestellt. Ein Leser aus Storkow bat dringend, seine zweite Leserzuschrift nicht mehr zu veröffentlichen, da er und die Familie nach der Publikation der ersten beschimpft und aggressiv angefeindet wurden. Ein anderer bat um Anonymität, „damit nicht neue Galgen vor meiner Tür stehen“. Zahlreiche Leser beriefen sich bei ihrer Sorge und ihrer Kritik an

heutigen neofaschistischen Erscheinungen auf **Lehren der Geschichte.**

Typisch dafür waren Argumente wie:
- „so hat es schon einmal angefangen",
- „man muß den Anfängen wehren",
- „man muß den Neonazis rechtzeitig das Handwerk legen",
- „wir wollen kein viertes Reich",
- „es sollen die weiter marschieren, bis alles in Scherben fällt?",
- „sind denn die Leichen und Opfer aus der Zeit des Faschismus schon vergessen?",
- „die Parolen der Republikaner sind verfänglich wie bei Hitler".

Manche Leser brachten Beispiele aus der Zeit des faschistischen Terrors von 1933 bis 1945. Junge Leute verwiesen auf Erzählungen ihrer Großeltern über bittere Erlebnisse im Krieg und unter der Naziherrschaft. Eine Reihe älterer Bürger brachte ihre Sorge zum Ausdruck, daß ihre Kinder und Enkel doch ohne faschistisches Gedankengut aufwachsen mögen. Viele Zuschriften wenden sich gegen den Vandalismus an Mauern und Denkmälern.
Nicht wenige Zuschriften antifaschistischen Charakters zeigten allerdings **vereinfachte Vorstellungen und überholte Denkschablonen.** Vielfach war das mit **Forderungen nach radikalem Vorgehen** gegen rechtsextreme Kräfte verbunden. Zugrunde liegt die Suche nach schnellen, einfachen, überschaubaren, sofort wirksamen und administrativen Maßnahmen oder auch eigene Gewaltbereitschaft. Mit den zahlreichen einschlägigen Begriffen (Skinheads, Faschos, Neonazis, Neofaschisten, Rechtsradikale, Reps usw.) wird dabei oft unterschiedslos umgegangen. Ähnlich wie in den an Häuserwänden versprühten Losungen finden sich auch in den Zuschriften Formeln wie „Nazis raus!", „Neonazis und Faschos raus aus unserem Land!", „Helft mit Eurer Zeitung mit, die Neos zu vernichten!"(21 J., Erzgebirge). Andere schreiben von „Abschaum der Menschheit", „radikal ausmerzen mit Ideologie und anderen Mitteln", „einsperren", „verbieten" usw. Manche Anschriften enthielten auch Forderungen nach härterer Bestrafung. Vereinzelt wurden Kataloge von Strafmaßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivität vorgeschlagen.

Demgegenüber gab es jedoch auch Überlegungen und **Forderungen nach einem differenzierteren Umgang** mit jugendlichen Radikalen und Extremisten.

Charakteristisch dafür waren solche Meinungen von Lesern:

- Es darf kein vereinfachtes Schema geben; die Vielschichtigkeit des Problems erkennen, verhindern, daß Tendenzen zur wirklichen Gefahr werden.
- Aufklärung ist besser als das schlechte Vorgehen in den letzten Jahrzehnten.
- Vielleicht sollte man sich auch mit den Anhängern der Neonazis zusammensetzen und mit ihnen diskutieren (eine andere Frage ist, ob man ihre Meinung akzeptieren kann).
- Gegen „rechts" kann man nicht nur mit staatlich-rechtlichen, administrativen Mitteln vorgehen, man muß auch kulturvoll streiten mit Logik und Gedächtnis (Geschichte). Wir müssen schmerzhaft Lernprozesse nachholen.
- Sachlich über rechte Tendenzen in der DDR sprechen und schreiben, damit nicht Bürger unseres Landes in die rechte Ecke gestellt werden, bloß weil sie anders denken oder andere Auffassungen haben.
- Eltern, Lehrer, Literatur in die Auseinandersetzung mit rechtsradikalen Jugendlichen einbeziehen.

Gegenüber der Zeitung wurde **Schwarzweißmalerei** und eine **ungenügende Differenzierung** kritisiert. Charakteristische Meinungen dazu waren:

- „Trennen Sie sich von jeder Schwarz/Weiß- (Braun/Rot-) Malerei".
- „Man muß trennen zwischen denen, die eine echte faschistische Gefahr darstellen, und denen, deren Haltung nur den Boden dafür bietet".
- „Nicht alles, was ‚deutsch' ist, ist auch ‚rechts', wie man bei Ihrer Lektüre annehmen könnte".
- „Ich habe das Gefühl, daß alle, die eine Bomberjacke und Schnürstiefel tragen und deren Haare kurz geschoren sind, als Neonazis eingestuft werden".
- „Durch Simplifizierung treibt Ihr viele den Neonazis direkt in die Arme".

Eine Reihe Leserbriefe stellte ausdrücklich das Problem der Toleranz in den Mittelpunkt.

Diese soll sich allgemein auf Andersdenkende beziehen, sie soll sich prinzipiell abheben von der Intoleranz des SED- und Stasi-Regimes, sie soll Gewaltfreiheit sichern. Gefordert wird

ein demokratischer, rechtsstaatlicher Umgang mit jungen Rechtsradikalen. Teilweise wird auch vor neuen Ausgrenzungen gewarnt.

Charakteristische Argumente waren:
– Faschistisches Gedankengut gedeiht nirgendwo besser als in einer von Intoleranz geprägten Gesellschaft. Wir müssen endlich lernen, jede Meinung oder Idee, jede Weltsicht zu akzeptieren, solange sie nicht die Würde und Integrität anderer Menschen verletzt.
– Humanistische Erziehung ist der beste Schutz gegen Faschismus – für Vertrauen und Toleranz und Offenheit –, den anderen Menschen annehmen mit seinen Fehlern und Schwächen, ihm ein Dach geben und ihm die Hand reichen, statt ihn abzustoßen.
– Viel Intoleranz und Menschenverachtung sind in unseren eigenen Reihen.
– Geballte Fäuste, die etwas zerschlagen, brauchen wir auf beiden Seiten nicht, sondern Augenmaß, neue Ideen, neue Gefühle.
– „Abwehrfront" macht schon wieder Angst vor Ausgrenzung, Ignoranz der Andersdenkenden, Verdrängung ...

Ausdrücklich spricht sich eine Gruppe von Leserbriefen gegen die „Nazis-raus"-Parolen und für offenen Umgang auch mit einer Partei wie den Republikanern aus:
– „Wieder schreit ein deutsches Volk: ‚Nazis raus!' Diesmal: ‚Ordnung, Sauberkeit'. Doch wohin soll der Nazi? Wenn wir ihn nicht aus unseren eigenen deutschen Schädeln in das unwiderrufliche Inferno verbannen?"
– „Durch Verbote allein kann man Republikaner nicht überwinden (oder gar durch VP)."
– „Eine derartige Partei zulassen und in der politischen Diskussion bekämpfen."
– „Ich spreche mit den Republikanern und diskreditiere sie nicht."
– „Ihr werft Skinheads, Faschos, Reps in einen Topf, wogegen die sich wehren würden. Seht Euch den Film ‚Unsere Kinder' an."

In einer ganzen Reihe von Zuschriften wird schließlich versucht, das Problem **der Ursachen für rechtsextreme Er-**

scheinungen und Tendenzen anzugehen. Teilweise wird die Aufdeckung von Ursachen erst gefordert. In anderen Briefen wird speziell versucht, schon Antworten auf die Frage nach Wurzeln und Schuld zu geben. Es wird unterstrichen, daß der Neofaschismus hier ein Produkt **unserer Gesellschaft** sei:

- „Vor dem Oktober 1989 ist der Nährboden, vor allem unter Jugendlichen entstanden."
- „Neofaschistische Tendenzen sind schon seit Jahren da."
- „Wie soll ein stalinistisches System nicht solche extremen Strömungen hervorbringen?"
- „Hören Sie endlich auf, die Ursachen im kapitalistischen System zu suchen; suchen Sie die Ursachen auch im eigenen Land!"
- „Die Wurzeln liegen im eigenen Land."

Es sei offensichtlich, daß es nicht gelungen ist, in 40 Jahren Sozialismus über Generationen hinweg Interessen und Wünsche des größten Teils der Bevölkerung und besonders der Jugend aufzugreifen. Die Politik der SED trage die maßgebliche Schuld. Aber auch die neuen Parteien schenkten dem Problem noch zu wenig Aufmerksamkeit.

Verständlicherweise fanden sich unter den Zuschriften an eine eher als „links" eingestufte Jugendzeitung nur wenige direkte aus neofaschistischen Kreisen. „Kostproben" davon wurden in mehreren Nummern der „Jungen Welt" publiziert. Bei den Zuschriften handelte es sich

- um Schmähungen und Drohungen gegen die Redakteure („Ihr roten Schweine ...", „Wir fordern Euch auf ... einzustellen", „Wenn Ihr nicht ... dann");
- um Drohungen gegen Antifaschisten, Kommunisten und Linke überhaupt (in einem Brief wurde „Blutrache" angedroht, gegen autonome Antifaschisten, die einen Neonazi verletzt hätten);
- um proklamationsartige Erklärungen mit Mitteilungen über die Gründung rechtsradikaler und rechtsextremistischer Gruppen;
- um Sympathieerklärungen für die Republikaner und Aufforderungen, deren Programm zu lesen.

Vor allem wurde versucht, die Republikaner vom Hitlerfaschismus, von Skinheads oder rechtsextremen Parteien wie der „Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) abzugrenzen.

101 Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Sensibilität

für das Problem Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus im Lande ohne Zweifel gewachsen ist. Natürlich sind Leserbriefe an eine Zeitung keine Repräsentativumfragen, genausowenig wie der Standpunkt eines Redakteurs schon die Volksmeinung ausdrücken muß. Aber sie sind wohl ein wichtiges Barometer, das den Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft Signale zu geben vermag.
Diese Signale besagen vor allem, daß ein großer Konsens für Toleranz und friedlichen Umgang miteinander, gegen Gewalt und Brutalität herstellbar ist. Halten die Vertreter der demokratischen Parteien und Vereinigungen beim Gang in die deutsche Einheit an den Zielen des demokratischen Umbruchs im Herbst 1989 fest, muß es kein Abgleiten nach rechts außen geben.

Aus Dokumenten der demokratischen Jugendverbände

Demokratischer Landesjugendbund Berlin (DLJB)

Die Mitglieder des DLJB treten für die Verwirklichung der Menschenrechte, für Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Gewaltlosigkeit und Frieden ein. Sie wenden sich gegen militärische, nationalistische, rassendiskriminierende und totalitärische Tendenzen. Alle Tätigkeiten des DLJB gehen von der gemeinsamen Absicht der einzelnen Mitglieder aus, die Interessen von Jugendlichen vertreten, ihre Lebensauffassungen, Ideale und Träume zu verwirklichen, aber auch Sorgen und Ängste zu artikulieren und somit in die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse einzubringen.
(Aus der Präambel der am 16. 6. 90 angenommenen Satzung)

Demokratischer Jugendbund (DJB)

„Die Mitglieder des DJB treten für die Verwirklichung der Menschenrechte, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für Gewaltlosigkeit und Frieden und für den Schutz und die Pflege von Natur und Umwelt ein. Sie wenden sich gegen diskriminierende, militaristische, nationalistische, totalitäre und zentralistische Tendenzen."
(Aus der Präambel der am 17. Juli 1990 angenommenen Satzung)

Christlich-Demokratische Jugend

„Die CDJ versteht sich als demokratische politische Gemeinschaft von jungen Christen und ihnen aufgrund der christlichen Ethik nahestehender Jugendlicher. Die CDJ will eigenständig wirksam werden in partnerschaftlicher Beziehung zur CDU. Die CDJ wendet sich gegen Extremismus von links und rechts."
(Aus dem § 1 „Selbstverständnis" der Satzung vom 3. Februar 1990)

Junge Sozialdemokraten in der DDR

„Feindbilder und Intoleranz entstehen, wenn Menschen aufeinander aufgehetzt werden. Probleme werden dadurch aber nicht gelöst, sondern nur geschaffen. Wir wollen es nicht zulassen, daß gesellschaftliche Probleme durch gewisse Kreise auf Randgruppen (gerade auf Ausländer) abgewälzt werden. Radikalismus gewinnt sonst immer mehr an Nährboden. Hier werden wir nicht Ursache und Wirkung miteinander verwechseln. Somit bildet unser Kampf gegen soziale Ausgrenzung und soziale Verunsicherung einen Hauptteil unserer Arbeit. Gewalt als Mittel zur Konfliktlösung lehnen wir Junge Sozialdemokraten prinzipiell ab."
(Aus: „Was wir wollen", Gründungsversammlung vom 3. 2. 1990)

JULIA – Die jungen Liberalen

„Sowohl der linke als auch der rechte Extremismus zeigen in ihren historischen Parallelen die Unfähigkeit politischen Extremismus, auf die komplexen politischen Sachverhalte konstruktiv und mit demokratischen Mitteln der politischen Auseinandersetzung reagieren zu können. Sprayflaschen und Baseballschläger, Komsomolzenmütze und Springerstiefel, Reizgas und Schnappmesser, zerstörte Reklamewände und besetzte Häuser sind nicht Antwort auf eine scheinbar unfähige Regierungspolitik oder Politik unfähiger Verwaltungen,

sondern im Gegenteil Bestandteil einer unfähigen eigenen politischen Betätigung und dienen nur der Instabilität der Gesellschaft und der Verunsicherung ihrer Bürger. Sie geben nicht Einsicht in die wahrhaften gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern provozieren gegenseitige Gewalt, sowohl untereinander als auch mit den Organen des Staates."
(Aus einem Positionspapier des Vorsitzenden von JULIA bezüglich extremistischer Verhaltensformen Jugendlicher vom August 1990)

Linker Jugendring

„Große Bedeutung erhalten verstärkte Bemühungen um die Integration von ausländischen Mitbürgern in das tägliche Leben. Wir sehen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit als erste Zeichen für ein Gegeneinanderausspielen verschiedener sozialer Gruppen. Wir meinen, daß es unmittelbare Aufgabe sein muß, sich Klarheit über die Ursachen der Immigration und über die rechtliche Stellung von Ausländern zu verschaffen."
(Aus dem Positionspapier „Gemeinsam den wirklichen Fragen und Herausforderungen stellen" vom Juli 1990)

Grüne Jugend

„Die Grüne Jugend trägt zur Ausarbeitung einer neuen, ökologisch orientierten Bildungs- und Jugendpolitik bei. Sie setzt sich ein für die Solidarität mit sozial Schwachen sowie mit den Ländern der dritten Welt und wendet sich gegen jede Form von Faschismus, Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus."
(Aus der Satzung der Grünen Jugend der DDR e.V. vom 24. 2. 1990)

Jugendbund Deutscher Regenbogen

„Unhaltbar ist für uns ein Zusammengehen mit Organisationen und Strömungen, deren Gesellschaftsvorstellung letztlich auf einer Diktatur (Vorherrschafts- und Führerprinzip)

bzw. einer Bevorrechtung von Klassen oder Schichten beruht, wie das z. B. beim Neonazismus und Neostalinismus der Fall ist."
(Aus: „Die Macher". Berliner Programm. Grundsätze)

Landjugendverband in der DDR (LJV)

„Der Landjugendverband wirkt konsequent gegen Neofaschismus, Antisemitismus und Nationalismus, Stalinismus, Links- und Rechtsextremismus."
(Aus dem Programm vom 24. 2. 1990)

Marxistische Jugendvereinigung „Junge Linke"

„Unsere grundlegenden Prinzipien sind Antifaschismus, Humanismus, Völkerverständigung und Solidarität."
(Aus dem Statut vom 3./4. 2. 1990)

Freie Deutsche Jugend

„Der sozialistische Jugendverband Freie Deutsche Jugend tritt ein für Frieden, Freundschaft und Solidarität. Die Mitglieder des Verbandes engagieren sich im Kampf gegen Neofaschismus, Rassismus, Stalinismus, Rechts- und Linksradikalismus sowie Ausländerfeindlichkeit."
(Aus der Satzung. Beschluß des Kongresses vom 26. bis 28. 1. 1990)

Unabhängiger Sozialistischer Jugendverband „Rosa Luxemburg"

„Wir treten ein für ...
– den kompromißlosen Kampf gegen Faschismus, Rassis-

mus, Nationalismus, Chauvinismus und jegliche Form des Radikalismus."
(Aus dem Programm)

CDJ

„Wir sind gegen Klischees, Schwarz-Weiß-Gemälde und Feindbilder, wir sind für das Kennenlernen der Menschen der Völker untereinander und ihrer verschiedenen politischen Systeme. Wir sind für einen kulturvollen Meinungsstreit. Wir bekennen uns zu den deutschen Traditionen, die es wert sind, bewahrt zu werden. Wir wenden uns auf das entschiedenste ab von allen antidemokratischen, nationalistischen Tendenzen ..."
(Aus der Stellungnahme zur Deutschlandpolitik)

JULIA

„Toleranz gegenüber Menschen aller Weltanschauungen, Ideologien und Religionen ist ein Grundzug unserer Tätigkeit. Aus humanistischem Verständnis wenden wir uns jedoch entschieden gegen Faschismus, Rassismus, Nationalismus und Militarismus. Jeglicher Politik, die auf die Errichtung einer Diktatur abzielt, begegnen wir mit gewaltlosem Widerstand. Mit einer Politik der Mitte wollen wir der politischen Radikalisierung unter der Jugend entgegenwirken."
(Aus der Satzung von JULIA 24./25. 2. 1990)

Junge Sozialdemokraten

„Wir sprechen uns entschieden gegen einen übersteigerten Nationalismus aus. Ein gesundes Nationalbewußtsein, was uns zwingt, die Verantwortung unseres Volkes mitzutragen, erachten wir aber als notwendig."
(Aus: „Was wollen wir")

Aus der 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Berlin (1. Wahlperiode) am 4. Juli 1990

Aktuelle Stunde zum Thema „innere Sicherheit und Extremismus in Berlin"

Hennig, Karl (CDU/DA): Frau Vorsteherin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die CDU/DA-Fraktion hat die Aktuelle Stunde zum Thema innere Sicherheit und Extremismus in Berlin beantragt, weil wir mit Sorge eine Destabilisierung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung registrieren. Besonders die gewalttätigen Ausschreitungen während einer Demonstration am 23. Juni 1990 in Berlin-Lichtenberg signalisieren ein seit dem Herbst 1989 nicht gekanntes Maß an Gewalt.

...

Ausgangspunkt der Gewalttätigkeit in Lichtenberg am 23. Juni war eine von 41 Gruppen getragene Demonstration zum Thema „Gegen Faschismus, Sexismus und Rassismus". Ich brauche nicht hervorzuheben, daß meine Partei, die vor 45 Jahren von Antifaschisten gegründet worden ist, eine antifaschistische Partei ist, die Rechtsradikalismus ablehnt und verurteilt. Wir treten dafür ein, daß das Vermächtnis der antifaschistischen Märtyrer im politischen Wirken zur Geltung gebracht wird. Ein gewalttätiges Vorgehen gegen Andersdenkende widerspricht unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit.

Den **Veranstaltern** ist vorzuwerfen – vor allem den Veranstaltern, die eine politische Willensbekundung im Sinne des Antifaschismus vollziehen wollten –, daß sie sich nicht genügend von den Kräften abgegrenzt haben, die das Thema Faschismus zur Rechtfertigung eigener Gewalttätigkeit gegen andere mißbrauchen wollten und mißbraucht haben.

...

Ein einmütiges **Bekenntnis** unseres Parlaments **gegen jeglichen Extremismus** wäre ein Zeichen für die Berliner Bevölkerung, daß dieses Parlament für Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit gegenüber jedermann eintritt und daß wir jeglichen Extremismus rechts und links entschieden verurteilen. – Ich danke Ihnen.

Dr. Adolphi (PDS): Wie alle anderen Parteien dieses Hohen Hauses sehen wir in der Gewährleistung ruhigen, friedlichen Zusammenlebens aller Einwohner unserer Stadt und ihrer in- und ausländischen Gäste eine entscheidende Voraussetzung für die Gewährleistung der Entwicklung und Selbstverwirklichung jedes einzelnen wie auch der gedeihlichen Entwicklung der Stadt insgesamt. Entschieden wenden wir uns gegen jede Form des Terrorismus und Extremismus. Zu konstruktiver Mitarbeit sind wir bereit, wenn es darum geht, Strukturen der Sicherheitsgewährleistung in der Stadt zu schaffen, die den neu entstandenen Bedingungen Rechnung tragen und dem friedlichen Zusammenleben dienen.

...

Feindbilder und Feindschaften werden uns nicht in den Stand setzen, der komplizierten Probleme des Terrorismus und Extremismus Herr zu werden, die nach Meinung nahezu aller Experten die sozialen und ökonomischen Probleme weiter verschärfen werden. Mit allem Nachdruck werden wir uns in diesem Sinne dagegen wenden, soziale Spannungen und die aus ihnen erwachsenden Konflikte engstirnig parteipolitisch auszunutzen.

...

Dr. Schulz, Manfred (SPD):

...

Wir Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß wir mit rein administrativen Maßnahmen die Probleme des Extremismus nicht lösen können. Wenn auch die Demokratie bzw. die demokratische Staatsform der Ordnung und Sicherheit nach innen bedarf, so hat auch diese den demokratischen Spielregeln standzuhalten.

...

Wie begegnen wir den **Gefahren von rechts und von links** konkret – neben der eigenen persönlichen Auseinandersetzung? – Wir, die wir die Regierungsverantwortung in Berlin mittragen, sind nicht dafür, Gewalt mit Gewalt zu begegnen – Polizeieinsätze sollten zur Herstellung der Ordnung wirklich die letzte Möglichkeit sein.

Die Gesellschaft als Ganze sollte sich hier aufgerufen wissen – zum Dialog, zum Gespräch, zur geistigen Auseinandersetzung. Wir wollen die Werte, die zur Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse im November vorigen Jahres geführt haben – ich nenne nur: Friedfertigkeit, Solidarität, To-

leranz, Dialogbereitschaft –, als Parameter für unser Handeln festschreiben.

...

Frau Köppe (Bündnis 90/Grüne/UFV):

...

Meine Fraktion vertritt – wie Sie wissen – das **Prinzip der Gewaltlosigkeit;** wir haben im Herbst mit friedlichen Mitteln eine Diktatur gestürzt, und wir lehnen auch weiterhin jede Anwendung von Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung und als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ab. Wir sind der Auffassung, daß das Extremismusproblem auf alle Fälle nicht mit Gegengewalt und auch nicht durch Polizeibeamte gelöst werden kann. Notwendig ist – wie ich vorhin schon sagte – Ursachenforschung: Wo beginnt Extremismus? Und sind nicht vielleicht latente Ausländerfeindlichkeit, die teilweise rassistischen Meinungen in der Bevölkerung auch gleichzeitig der Nährboden für Extremismus?

Wir sind der Ansicht, daß die **Auseinandersetzungen** zum Thema Extremismus **öffentlich** geführt werden müssen. Eine besondere Verantwortung haben dabei unseres Erachtens die Medien, die bisher nur in ungenügendem Maße und teilweise sehr undifferenziert über das Problem berichtet haben. Voraussetzung für diese Auseinandersetzungen ist allerdings – und das betrifft nicht nur die Medien, sondern das betrifft sicherlich auch uns Abgeordnete alle – die Bereitschaft, sich sachkundig zu machen und nicht nur aus der Ferne zu urteilen.

Wir sind der Meinung, daß es in Zukunft darauf ankommen wird, **Präventivmaßnahmen** zu entwickeln.

...

Dr. Röhl (Die Liberalen/DSU):

...

Wir, die Liberalen und die DSU, betonen, ... , daß wir für die **Freiheit der Meinung** sind und auch in der Form von Demonstrationen. Aber diese müssen streng auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit erfolgen! Wer seine eigene Meinung darstellen will, soll auch die Darstellung der Meinung des anderen achten. Die Selbstdarstellung und eigene Freiheit endet dort, wo die Freiheit und Unverletzlichkeit anderer Personen oder Gruppen verletzt wird.

Deshalb verurteilen wir auf das äußerste Versuche, Ziele, die man durch demokratische, freiheitliche Verfahren nicht errei-

chen kann, durch Gewaltanwendung gegen Andersdenkende durchzusetzen.
Deshalb wenden sich die liberalen Abgeordneten unserer Fraktion genauso wie die DSU-Mitglieder unserer Fraktion gegen Extremismus und gegen jede Gewalttätigkeit – sowohl von links als auch von rechts. Wir fordern deshalb alle Abgeordneten auf, sich von diesen Ausschreitungen zu distanzieren ...

Herr Krüger, Stadtrat für Inneres:
...
Mit dem Zusammenwachsen beider Stadthälften, der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie neuen Strukturen, Aufgaben und Kompetenzen innerhalb der öffentlichen Verwaltung ergibt sich eine Vielzahl von Problemen, die das Sicherheitsgefühl der Bürger unserer Stadt berühren. Es ist zu erwarten, daß die **innere Sicherheit** zu einem der Schlüsselprobleme in unserer Stadt wird. Die Politik der inneren Sicherheit kann sich aufgrund der Abhängigkeiten nur auf den sozialen Frieden in unserer Stadt gründen und aufbauen. Diese Tatsache politisch umzusetzen, bin ich angetreten. Ich denke, daß wir die Eckpfeiler der friedlichen Revolution des letzten Herbstes – Gewaltlosigkeit, Friedfertigkeit, Phantasie, Besonnenheit und Energie – auch als Kriterien unseres sicherheitspolitischen Agierens gelten lassen müssen ...

Frau Bohley (Bündnis 90/Grüne/UFV):
...
Dieses Thema wird uns ernsthaft beschäftigen – nicht nur in diesem Jahr, sondern wahrscheinlich auch im nächsten –, und zwar so lange, wie diese Unsicherheiten in uns selber da sind. Das ist der große Unterschied zum Herbst. Im Herbst waren wir uns alle einig, über alle Parteien und Gruppierungen hinweg: So wollen wir nicht mehr weitermachen! Wir wollen ein anderes Leben! – Jetzt fangen wir an, uns politisch zu polarisieren, zu ordnen, einzuordnen und umzusehen. Das trifft auf die Jugendlichen in besonderem Maße zu – sie sind besonders verunsichert. Jede Partei, jede Gruppierung, jede Bewegung hat augenblicklich die große Aufgabe, den Konsens in der Gesellschaft einzuhalten. Bei aller Auseinandersetzung muß der Konsens sein: Wir müssen friedlich aus diesem Tal herauskommen, in dem wir uns befinden!

Positionspapier bezüglich extremistischer Verhaltensformen Jugendlicher.

Nimmt man sich die neuesten Statistiken der Polizei über gewalttätige Straftaten, so stellt man fest, daß sich der Anteil der politisch motivierten im Vergleich zu vorhergehenden Zeiträumen vervielfacht hat. Fragt man nach den Gründen, so ist der Zusammenhang zwischen diesem Sachverhalt und den real existierenden gesellschaftlichen Verhältnissen auf der einen und den aus der 40jährigen Vergangenheit herrührenden politischen „Erbmaterialien" offensichtlich.
Ich will meine Gedanken zweiteilen, um die Verbindungen, aber auch Unterschiede zwischen dem realen Jetzt und der Vergangenheit, zwischen dem politischen Lager auf der einen als auch auf der anderen Seite zu verdeutlichen.

Der Linksextremismus

Mit dem Zusammenbruch des SED-Regimes standen und stehen viele Jugendliche vor dem Scherbenhaufen gescheiterter Ideale, Utopien und Illusionen. Ein in seiner dogmatischen Ausrichtung einseitig orientiertes Geschichtsbild, eine auf totalitären Wahrheitsanspruch versessene „Heilslehre", ließ kaum Platz für eine vernünftige Auseinandersetzung mit der in sich komplexen und äußerst komplizierten politischen Wirklichkeit und den Prozessen der Vergangenheit. Im Zuge der Machtsicherung und des Machtmißbrauches einer Oberschicht wurden Lehre und Forschung, Schule und Ausbildung unter dem Deckmantel eines „dialektischen und historischen Materialismus" dazu benutzt, das Bild von „Freund und Feind" einseitig und dabei schablonenhaft zu konstruieren. Es war ja auch einfach, auf die sich verschärfenden Widersprüche mit Floskeln und künstlich gebauten Feindbildern zu antworten, und da, wo eigentlich tiefe Analysen und genaues Hinterfragen vonnöten gewesen wären, mit Stereotypen zu antworten. Und so sehr sich bestimmte linke „intellektuelle" Kreise heute auch mühen, ihr neues Denken betonen zu wollen, so sind sie doch in eben jenen Stereotypen und Schablonen verhaftet geblieben. Von den einstigen Idealen sind nur noch die Illusionen übriggeblieben, und in ihrer Wut auf das

scheinbare Ausbleiben von für sie griffigen Antworten seitens der nun agierenden Politiker greifen sie immer häufiger zur Gewalt. Äußert sich dies anfänglich nur im Zerschlagen der äußeren materiellen Erscheinungsformen einer ihnen fremden und dadurch für sie unheimlichen „Konsumwelt", so gehen sie mittlerweile gehäuft mit bewußt politischen Zielen in ihrem Kampf gegen das „Weltkapital", verteidigen eine „Identität", die es so gar nicht gibt, und betreiben somit, was sie vorgeben zu bekämpfen: Separatismus.
Augenscheinlich ist, daß es sich hierbei ebenso wie beim politisch extrem anderen Lager um sehr junge Leute handelt, die bei nur geringster Anstrengung, wenn sie sich bemühen würden, sich wirklich und mit mehr Konsequenz mit politischen Sachverhalten auseinanderzusetzen, nicht zur Gewalt, sondern zum Mittel der politischen Argumentation, des Streites mit Worten, nicht mit Baseballschlägern, greifen könnten.

Der Rechtsextremismus

Ebenso wie beim Linksextremismus sehe ich beim sich, und das ist für dieses Land neu, offen repräsentierenden Rechtsextremismus das Fehlen von wirklich tiefgreifender Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart als eine der Ursachen für das Eskalieren von Gewalt als Mittel politischer Konfliktbewältigung an.
Ein verzerrtes Geschichtsbild, die nur einseitig erfolgte Aufarbeitung der jüngsten deutschen Vergangenheit, das „Giftschrank-Denken" parteipolitisch gesteuerter „Historiker" führte zu einer ungerechtfertigten Heroisierung geschichtlicher Figuren und politischer Sachverhalte. Das Nicht-mit-der-Vergangenheit-umgehen-Können vieler Jugendlicher ist somit auch als Resultat einer verfehlten Geschichtsbetrachtung anzusehen. Insofern ist dieser Staat, der sich immer als der antifaschistische Hort betrachtete, selbst mit schuld an dieser scheinbaren Attraktivität rechten Gedankengutes.
Aber dies ist nur ein Gesichtspunkt. Was meines Erachtens ebenfalls eine große Rolle spielt, ist die Angst und die Hemmung vor allem Fremden und Andersartigen. Eingesperrt und nur auf sich selbst bezogen, war es den Menschen vom System her nicht ermöglicht worden, sich mit fremden Kulturen und anderen Lebensarten auseinanderzusetzen und vertraut zu machen. Hinzu kommt ein von oben verordneter „Proletarischer Internationalismus", mit dem Spenden mit unklarem

Bestimmungsort und die Abdeckung von bestehendem Arbeitskräftemangel erklärt wurden. Was man dabei nicht bedachte, war, daß man die insbesondere in kleineren Ortschaften auftretenden Mehrbelastungen kompensieren und ausgleichen muß, um nicht Unzufriedenheit und im zunehmenden Maße Aggressionen zu provozieren. Diese ökonomischen Mehrbelastungen wirken bis heute nach, denn längst haben sich die Versorgungsengpässe noch nicht so ausgeglichen, daß die DDR-Bürger im Bewußtsein leben können, der Ausländer nehme ihnen nichts mehr weg, wenn er in der Kaufhalle neben ihnen am Regal steht und seinen Warenkorb füllt.
Mit dem Zusammenbruch des von vielen verhaßten SED-Regimes wurde auch allen von ihm artikulierten Lebensmaximen der Kampf angesagt, so eben auch jenem „Proletarischen Internationalismus". Und noch ein anderer Aspekt kommt hinzu: Durch den Erwerb der D-Mark fühlt man sich nun als „Mitglied im Club" derer, deren Reichtum man immer bewundert hat und den man jetzt erst mal genießen will, als daß man schon wieder davon abgeben soll, ohne etwas davon zu haben. Insofern verstehen sich die, denen man in der Vergangenheit immer abgesprochen hat, Teil einer Nation zu sein, die durch ihren Fleiß und ihre Wirtschaftskraft Ansehen in der ganzen Welt erworben hat, nun als die eifrigsten Verfechter und Bewahrer eines Stolzes auf die Nation, der so nicht gesund sein kann. Leistungskraft wird mit Großmannssucht vertauscht, Nationalbewußtsein mit Selbstherrlichkeit nach außen wie nach innen. Dieses äußert sich in der Aggressivität gegen all jene, die die neugewonnenen Freiheiten in Abrede stellen, und in Gewalt gegen jene, die dem Bild vom „Ordentlichen Deutschen" nicht entsprechen. Was sie dabei verkennen, ist, daß sich die wahre Größe und Stärke einer Nation darin erkenntlich zeigt, wie sie mit ihren Schwachen und Minderheiten und mit ihren ausländischen Mitbürgern umgeht.
Sowohl der linke als auch der rechte Extremismus zeigen in ihren historischen Parallelen die Unfähigkeit politischen Extremismus, auf die komplexen politischen Sachverhalte konstruktiv und mit demokratischen Mitteln der politischen Auseinandersetzung reagieren zu können. Sprayflaschen und Baseballschläger, Komsomolzenmütze und Springerstiefel, Reizgas und Schnappmesser, zerstörte Reklamewände und besetzte Häuser sind nicht Antwort auf eine scheinbar unfä-

hige Regierungspolitik oder Politik kommunaler Verwaltungen, sondern im Gegenteil Bestandteil einer unfähigen eigenen politischen Betätigung und dienen nur der Instabilität der Gesellschaft und der Verunsicherung ihrer Bürger. Sie geben nicht Einsicht in die wahrhaften gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern provozieren gegenseitige Gewalt sowohl untereinander als auch mit den Organen des Staates. Eine funktionierende Demokratie kann sich auf die Dauer keinen Radikalismus in der politischen Auseinandersetzung leisten. Vielmehr muß sie bestrebt sein, mit den Mitteln des Parlamentarismus die Meinungsverschiedenheiten auszuräumen. Insofern geht mein Vorwurf an bestimmte Instanzen in Kommune und Staat, daß entweder gar nicht oder mit nur ungenügender Konsequenz gegen die Erscheinungsformen politischen Radikalismus vorgegangen wird. Mein Vorwurf geht an die polizeilichen und juristischen Instanzen, daß sie die Schaffung und das Ausleben eines rechtsleeren Raumes wenn nicht sogar fördern, dann dulden. Es geht mir dabei nicht, und das betone ich, um das Verbot politischer Vereinigungen, welchen politischen Coleurs auch immer (Insofern hielte ich auch das Verbot der „Republikaner" als unsinnig – dies würde nur zu einem ungerechtfertigten Märtyrertum ihrer Anhänger führen!) – eine Demokratie muß sich damit auseinandersetzen. Sondern es geht darum, daß Polizei und Justiz dann konsequent einschreiten, wenn Gesetz bewußt gebrochen wird, wenn Leib und Leben von Bürgern und der Besitz von Einzelpersonen und Staat in Gefahr geraten. Nur – dazu ist es notwendig, den gesetzlichen Rahmen endlich zu fassen und auch zu bewahren, und somit liegt auch hier ein Grund vor, schnellstmöglich die Einheit Deutschlands zu vollziehen. Eine einheitliche Polizeiordnung und die Vereinheitlichung des Rechtssystems bieten mir dafür die beste Gewähr. Und ich warne alle „Möchtegern"- und wahrhaftigen Politiker von links und rechts, diesen Prozeß zu hintertreiben, denn sie befördern durch ihre verantwortungslose Argumentation die Eskalation der Gewalt. Die Zeit der einfachen Lösungen ist vorbei und (so wie ich hoffe) die der Demagogen.

AHG Courage e. V.

Gewalt gegen Schwule

Ereignisse der letzten Wochen und Monate lassen dieses Thema wieder zunehmend wichtiger werden.
Was hat es auf sich mit der antihomosexuellen Gewalt, wo liegen ihre Ursachen, wie zeigt sie sich, und was kann dagegen unternommen werden.
„Wieso, was ist denn daran so schlimm, das sind doch nur Schwule“ lauteten stereotyp die Aussagen von Tätern. Gewalt gegen Schwule ist alltäglich und wird dennoch weitgehend ignoriert. Werden solche Gewalttaten bekannt, bleibt die öffentliche Empörung aus, aber weitaus mehr dieser Verbrechen werden nie bekannt, denn aus Angst des Bekanntwerdens der eigenen Homosexualität scheuen die meisten Opfer den Weg zur Polizei.
Gewalt gegen Schwule ist kein Thema, das automatisch Solidarität mit den Opfern hervorruft. Auch in der Presse, bei der Polizei und Justiz können Täter nicht selten auf augenzwinkerndes Verständnis bauen, erfahren die Opfer häufig einen Prozeß sogenannter „sekundärer Viktimisierung“: Sie werden zu Mitschuldigen gestempelt.
Studien aus westlichen Ländern belegen, daß zum Beispiel in den USA ca. 80 % der Angriffe gegen Schwule nicht angezeigt werden, in den Niederlanden sogar eine Dunkelziffer von 90 % angegeben wird, daß viele Schwule gezwungen sind, ihre Homosexualität zu verbergen und so ein Bekanntwerden ihrer sexuellen Orientierung in der Familie, bei den Freunden und Arbeitskollegen bedrohlicher ist als die Gewalt selbst.
Was ist mit Gewalt gegen Schwule gemeint?
Jede Form von Gewaltanwendung, die sich gegen Personen (oder deren Eigentum) richtet, weil diese schwul sind oder für schwul gehalten werden, sei es, daß die Täter aus Haß auf Homosexuelle zur Gewalt greifen oder Schwule aufgrund ihrer Situation als gesellschaftlich Diskriminierte für leichte Opfer halten, die sich nicht wehren. Antischwules Gewaltpotential äußert sich in alltäglichen verbalen Anpöbeleien wie „Arschficker“ und „schwule Säue“, manifestiert sich in tägli-

chen Angriffen, Erpressungen, Raub und geht bis hin zu Totschlag und Mord.
Während die Veröffentlichungen über gegen Schwule gerichtete strukturelle Gewalt dieser Gesellschaft mittlerweile einige Regalmeter füllen, wird die personale Gewalt, die extremste Praxisform gesellschaftlicher Homophobie, weitgehend verdrängt, dabei ist in vielen Orten seit einiger Zeit eine Zunahme von Gewalt gegen Schwule zu verzeichnen. Erklärt wird diese Zunahme mit der Verstärkung alter Ressentiments gegen Schwule im Zuge der AIDS-Krise.
Gewalt gegen Schwule ist keine neue Erscheinung. Bereits der Vorkämpfer der Schwulenemanzipation in Deutschland, Karl Heinrich Ulrichs, berichtet über gezielte Raubmorde an Homosexuellen. Die Aufzählung läßt sich über Magnus Hirschfeld oder Rudolf Klimmer weiterführen, die über Gewalt an Schwulen berichten und geschrieben haben.
Will man eine Einschätzung der Größenordnung dieses Problems gewinnen, muß man auf Untersuchungen in den USA zurückgreifen, da es bei uns kaum fundiertes Material der Kriminalwissenschaften gibt.
Eine 1984 von der „National Gay and Lesbian Task Force" durchgeführten Studie belegt:

- über 90 % der nahezu 2 100 befragten Homosexuellen waren schon mit verbalen Attacken und Anpöbeleien konfrontiert worden,
- über 20 % der befragten schwulen Männer hatten bereits gewalttätige Angriffe erlebt, waren wegen ihrer sexuellen Orientierung getreten oder geschlagen worden,
- nahezu 50 % hatte man schon mit Gewalt bedroht,
- mehr als 80 % der Befragten kannten andere Homosexuelle, die bereits antihomosexuelle Gewalt erlebt hatten,
- 80 % rechneten damit, selbst irgendwann Opfer von gewalttätigen Angriffen zu werden,
- Schwule werden viermal häufiger Opfer von Gewaltverbrechen als der männliche Bevölkerungsdurchschnitt.

Sicher können solche Zahlen nicht einfach auf unsere Verhältnisse übernommen werden, aber sie verdeutlichen ein Ausmaß des Problems.
Allein aufgrund ihrer sexuellen Orientierung von Gewalt weitaus stärker bedroht zu sein als der männliche Bevölkerungsdurchschnitt, gehört mit zu den zentralen Merkmalen der kollektiven Situation Homosexueller.

Antischwule Gewalttaten finden an den unterschiedlichsten Orten unter unterschiedlichsten Umständen statt. Tatorte sind meist öffentliche Parks und Kneipen, die den Tätern als Orte schwuler Kontaktsuche bekannt sind, in Großstädten auch generell Stadtviertel, in denen sich Einrichtungen schwuler Subkultur wie Kneipen oder Diskos ballen. In vielen Fällen treten die Täter in kleineren Gruppen auf, die sich gemeinschaftlich auf ein einzelnes Opfer stürzen.

Erscheinungsformen der Gewalt sind vielfältig, sie reichen vom Raub, Körperverletzung (dem Schwulenklatschen) bis hin zum Totschlag und Mord, aber auch Erpressung.

„Schwule lassen sich ganz leicht ausnehmen, die wehren sich ja nicht." Dies mußte ein 31jähriger Mann hören, bevor er in seiner Wohnung brutal zusammengeschlagen wurde.

„Ein wegen Raubmordes angeklagter Fliesenleger wurde zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Der 23jährige hatte einen homosexuell veranlagten Mann erstochen. Die beiden Männer hatten sich in einem Restaurant kennengelernt und waren zusammen in die Wohnung des Opfers gegangen. Dort kam es zu homosexuellen Handlungen. Aus Ekel darüber habe der Fliesenleger den Mann durch vier Stiche mit seinem Taschenmesser in die Brust getötet. Anschließend habe er sich entschlossen, aus der Wohnung Wertgegenstände und Sparbücher mitzunehmen."

Verbrechen gegen Schwule sind häufig durch eine besondere Brutalität gekennzeichnet, tendieren in der Gesamtheit dazu, gewaltiger zu verlaufen, als bei einschlägigen Delikten üblicherweise zu beobachten ist. Offenbar geht es vielen Gewalttätern nicht primär um Beute, die ohnehin oftmals lächerlich gering bleibt.

Schwule werden geschlagen, allein aus dem Grund, weil sie schwul sind.

Nimmt die Kriminalwissenschaft sich überhaupt dieses Themas an, so sucht sie nach Merkmalen, die Schwulen zu exponieren, Verbrechensopfer zu prädestinieren. So heißt es, daß bestimmte Formen homosexueller Aktivitäten nahezu ideale Bedingungen böten:

– Homosexuelle begeben sich bei der Partnersuche häufig an Orte mit hoher Kriminalitätsrate.
– Durch intime Beziehungen zu Fremden, flüchtige oder anonyme Sexualkontakte setzen sich Schwule einem hohen Risiko aus.

– Schwule werden als körperlich schwach eingeschätzt, die kaum bereit sind, sich zu wehren.
– Die Annahme, daß die Opfer selbst nichts mit der Polizei zu tun haben, läßt Überfälle fast risikolos erscheinen.
– Verachtung für Schwule läßt bei den Tätern Hemmschwellen sinken.

Diese Form der Betrachtung beschreibt mehr, als daß sie erklärt. Es fehlt das zentrale Moment: der gezielt gegen Schwule gerichtete kriminelle Impuls auf seiten der Täter. Das Kriminelle aus dem kalten Kalkül, aus rein rationalen Abwägungen heraus, Schwule als einfache Ziele für Verbrechen auszuwählen, scheint eher die Ausnahme zu sein, wenn von gefaßten Tätern beinahe stereotyp „Unheimlicher Haß auf Homosexuelle" als Motiv angegeben wird. Die einfache Wahrheit, daß es nicht die Schwulen, sondern die Schläger sind, die ihr Verhalten ändern müssen, gerät dabei leicht aus dem Blickfeld, Homosexualität an sich wird als Risikofaktor gewertet. Ständige Partnersuche, Ausschweifungen, schwule Promiskuität gelten damit als Wurzeln allen Übels, oder anders: Gäbe es die Schwulen nicht, gäbe es weniger Strafverbrecher!

Vom moralisierenden Unterton fällt die Gleichmacherei auf. Aber den Schwulen gibt es nichts, und eine solche Generalisierung in den Aussagen über Homosexuelle bringt herzlich wenig Erkenntnisgewinn.

Wer sind diese Leute, die Homosexuelle, ihnen völlig Fremde, überfallen, die aus „Langeweile", aus „Haß auf Schwule" in kleinen Gruppen ausziehen, um „Schwule zu klatschen"?

Das Fehlen jeglicher fundierter Forschung läßt kaum valide Aussagen zu. Vielleicht gibt es aber auch keine typischen Tätermerkmale.

Gewalt gegen Schwule ist fast ausschließlich Männergewalt, Ausdruck männlichen Rollenverhaltens, Produkt von Zwangsheterosexualität, ein Akt, wo der (die) Täter das Homosexuelle in der Welt (oder das verdrängte in sich selbst) stellvertretend eliminieren wollen. „Schwulenklatschen", unvermittelte Gewalttätigkeiten gegen Schwule scheinen keine Ausnahmehandlungen einiger weniger zu sein, sondern „Massentaten" letztlich „ganz normaler" insbesondere junger Männer. Der hohe Anteil jugendlicher Täter läßt sich damit erklären, daß sich viele Jugendliche bei einer solchen Identitätsfindung schwer tun, und sie versuchen, sich selbst zu bestäti-

gen, wer sie sind, indem sie ein Symbol dessen angreifen, wie sie nicht sind oder nicht sein wollen. Auch das starke Gefühl der Anerkennung durch gleichaltrige Kameraden. Einen Außenseiter anzugreifen kann ein Weg sein. Die meisten jungen Menschen haben im allgemeinen keinerlei Unrechtsbewußtsein, nach dem Motto „was ist schon daran so schlimm, das sind doch nur Schwule".

Gewalt gegen Schwule ist keine isolierte Erscheinung, sondern die extremste Praxisform von Homophobie, die brutale Ebene von Schwulendiskriminierung. Staatliche und gesellschaftliche Diskriminierungen bestehen in vielen Punkten weiter. Ein allgemein als selbstverständlich anerkanntes Menschenrecht auf schwule Lebensformen existiert noch nicht. Statt Gleichberechtigung wird nur Duldung gewährt. Aber selbst dies und die damit verbundene größere Sichtbarkeit Schwuler scheint Homophobe so zu verunsichern, daß sie zur Reaktion in Form von Gewalt anreizt.

„Abartig", „naturwidrig", „ungeordnet", „Schweinerei", mit solchen Vokabeln werden Menschen zum Abschuß freigegeben. Solange solche Unwerturteile in den Köpfen spuken, von Politikern verstärkt werden, erfährt antischwule Gewalt immer neue ideologische Abstützung, können Schläger darauf bauen, daß ihr Tun mit klammheimlicher Freude betrachtet wird, fühlen sich manche berufen, den Parolen Taten folgen zu lassen.

War Gewalt gegen Schwule lange Zeit kein Thema, das von der Schwulenbewegung kaum zur Kenntnis genommen wurde, scheint doch langsam das Problembewußtsein zu wachsen, was sich auch im Nachdenken über Maßnahmen gegen Gewalt äußert.

So wäre an Selbstverteidigungskurse zu denken, wie sie bereits von der Frauenbewegung organisiert werden, aber auch an das Einrichten von „Rosa Hilfen" oder „Rosa-Telefon-Gruppen", die in erster Linie als Anlaufstellen dienen, wo einschlägige Vorfälle gemeldet werden, Opfer Unterstützung und Beratung erhalten können.

Wichtig erscheint hier auch die Zusammenarbeit mit der Polizei. Die Vorstellungen, die Schwulenszene generell als kriminogenes Milieu zu betrachten, steht die daraus resultierende Praxis von Personenkontrollen, Registrierungen und „Rosa Listen" einer an sich notwendigen Kooperation im Wege.

Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit der Polizei ist,

daß diese die Kneipen und Parks und andere Treffpunkte als soziale Orte schwulen Lebens akzeptieren und respektieren. Erreicht kann dies nur werden, wenn Schwulenorganisationen offensiv an die Polizei herantreten, sie mit den eigenen Vorstellungen konfrontieren.
Solche gemeinsame Arbeit könnte sich auf folgende Punkte beziehen:
– daß sich die Polizei bereit erklärt, auch Aussagen zu bearbeiten, die Zeugen z. B. gegenüber dem „Rosa Telefon" gemacht haben, aber anonym bleiben wollen.
– daß Zeugen zu Aussagen vor der Polizei eine Begleitperson ihres Vertrauens aus der Schwulengruppe hinzuziehen können, um möglichen Ängsten vor polizeilicher Diskriminierung zu begegnen.
– daß Schwulenorganisationen helfen, Zeugen zu finden.
Auch sollten Überlegungen angestellt werden, inwieweit ein Verzicht auf Strafverfolgung zugunsten „erzieherischer Maßnahmen" zur Anwendung kommen könnte, da Gewalt gegen Schwule meist auch ein Angriff auf das verhaßte Fremde ist, so daß z. B. Jugendliche als Besserungsauflagen eine bestimmte Zeit an der Arbeit in einem Schwulenprojekt beteiligt werden.
Aus der passiven Opferrolle heraustreten, das Schweigen und die Ignoranz der Gesellschaft durchbrechen zu wollen, muß auch politische Forderungen mitbeinhalten:
– Kriminologische Forschungen müssen in Auftrag gegeben werden, die Aufschluß über das Ausmaß antihomosexueller Gewalt geben.
– Es muß eine umfassende und vorurteilsfreie Aufklärung über Homosexualität in den Schulen geben, sonst trägt die Aufrechterhaltung alter Vorurteile indirekt Mitverantwortung für Gewalt gegen Schwule.
– Auch „Rosa Listen" begünstigen Gewalttäter, wenn schwule Geschädigte aus Furcht vor Erfassung den Weg zur Polizei scheuen.
– Eine Polizisten- und Juristenausbildung, die zu einem sensiblen Umgang mit Minderheiten befähigt.

Marxistischer Jugendverband „Junge Linke“

Blumen für Stukenbroeck

Die gesellschaftliche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik hat eine entscheidende Wende im Herbst 1990 erfahren. Jeder weiß um die bis dahin nicht richtig erfolgte Geschichtsaufarbeitung in der DDR. Jeder weiß um die mangelhafte Aufarbeitung auch der Geschichtsabschnitte, die die Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges durch das faschistische Deutschland betreffen. Es gab bei uns Gruppen von Rechtsradikalen und Rechtsextremisten, es gab Nazis, die verdeckte Aktivitäten entwickelten.
Und es ist bekannt, daß diese Erscheinungen ihre Ursachen in der Gesellschat haben. Es gibt jedoch, und das darf meines Erachtens nicht und wird aber offenbar doch untergehen, im Einheits- und Nationaltaumel, auch in der Bundesrepublik genug Anzeichen dafür, daß Vergangenheit verdrängt, verdreht bzw. vergessen wird.
Ich will jetzt hier nicht lang und breit ausrollen, daß auch Franz-Josef Strauß eine glänzende nationalsozialistische Karriere vor sich hatte und auch Hanns Martin Schleyer (von RAF ermordeter ehemaliger Arbeitgeberpräsident) war SS-Offizier.
Welche Karriere ein Globke in der Bundesrepublik gemacht hat, ist eigentlich auch bekannt. Wer sich tatsächlich in der Hinsicht weiter informieren will, dem sei das Buch „Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern“ empfohlen, welches Bernt Engelmann mit weitreichender Sachkenntnis verfaßt hat.
Nun ist sicher richtig, daß die Neonazis, insbesondere die REPs wieder an Sympathie in der Bevölkerung eingebüßt haben, jedoch halte ich es für erschreckend, daß sie überhaupt über die 5%-Hürde gekommen, ja sogar mancherorts zweitstärkste Partei waren. Ich war am Antikriegstag am 1. September 1990 in Stukenbroeck bei Bielefeld. Dort haben sich Christen, Grüne, Sozialdemokraten, Parteilose, Gewerkschafter, Kommunisten zusammengefunden, um sich der Pflege des Andenkens an die in der Zeit von 1941–45 in Stukenbroeck, Kreis Gütersloh, im Stalag 326 (VI/K) umgekommenen Nazigegner aus verschiedenen Ländern zu widmen.

Er „hat sich zum Ziel gesetzt, Versöhnung unter den Völkern zu stiften, wie es Pastor Heinrich Diestelmeier, einer der Gründer des Arbeitskreises, im Vorwort des vom Arbeitskreis Blumen für Stukenbroeck e. V. herausgegebenen „Protokoll Stukenbroeck" niedergeschrieben hat.

Als in den 60er Jahren der Arbeitskreis seine Arbeit aufnahm, geschah dies in dem Willen, nicht nur für ein Totengedenken zu sorgen, sondern Bürger verschiedener politischer Richtungen zusammenzuführen, die ihren Willen und ihr Handeln gegen Krieg und Faschismus bekunden. Alljährlich seit 1967 finden sie sich dank der Initiative des Arbeitskreises am Antikriegstag zusammen. Ihr Weg führt zum Soldatenfriedhof in Stukenbroeck. Auf dem Friedhof sind nach Schätzungen 65 000 im Lager umgekommene sowjetische Soldaten in 36 Massengräbern, jedes 112 m lang, verscharrt.

Nach der Befreiung errichteten die ehemaligen Gefangenen mit großer Mühe ein Mahnmal, einen Obelisken, der eine Gedenktafel enthält und der mit einer roten Fahne geschmückt ist.

Ein früher auf dem Stukenbroecker Gemeindefriedhof errichteter Gedenkstein wurde 1963 abgerissen zur Neugestaltung des Friedhofs. An der Stelle des alten steht heute ein neues Mahnmal für die Vertriebenen aus dem ehemaligen deutschen Osten.

Die Freunde vom Arbeitskreis haben es in den Jahren nicht einfach gehabt, ihnen wurde so mancher Stein in den Weg gelegt. So wurde im Gefolge des kalten Krieges die rote Fahne auf dem Obelisken entfernt und durch ein orthodoxes Kreuz ersetzt. Dies geschah in Verantwortung der CDU-Landesregierung. Bis heute ist es nicht erreicht worden, trotz Protesten von ehemaligen Lagerinsassen und Besuchern des Friedhofes das Mahnmal in der ursprünglichen Form wiederherzustellen.

Auch die Herrichtung des Friedhofes in seiner heutigen Form ist Ergebnis langer Bemühungen des Kreises. Diesem ist zu verdanken, daß eine Gedenktafel am Eingang des Friedhofes entstand.

Heute befindet sich dort noch ein Monument auf dem Gräberfeld, geschaffen vom Bildhauer Josef Rikus. So überwanden die Freunde das Vergessen und machten den größten Soldatenfriedhof auf dem Gebiet der Bundesrepublik über die Ländergrenzen hinaus bekannt.

Die Veranstaltungen, die am Antikriegstag stattfinden, wurden nicht nur genutzt, um zu gedenken, sondern vor allem auf die Gefahren der Gegenwart aufmerksam zu machen, gegen den Vietnamkrieg wurde 1972 protestiert. Die Kundgebungsteilnehmer von 1983 und 1984 appellierten an die Bundesregierung, den Beschlüssen zur Stationierung der Marschflugkörper und Mittelstreckenraketen nicht zuzustimmen bzw. die Zustimmung rückgängig zu machen.
Warum schreibe ich gerade in dieser Broschüre darüber? Ich denke, dieses Projekt zeigt, wie Menschen unterschiedlicher politischer Anschauungen über Parteiinteressen und Wahlkampf hinweg zusammenfinden. Sie haben begriffen, daß jedes Zerspalten von Kräften nur denjenigen nützt, die heute wieder Gefahren über die Menschheit bringen. Sie stellen heute das „NIE WIEDER" in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.
Und sie betreiben somit Aufklärung, nehmen persönliche Nachteile in Kauf, um allen NEONAZISTISCHEN und FASCHISTISCHEN Kräften entgegenzuwirken. Ich ziehe meinen Hut vor diesen Bürgern eines Landes, in dem politische Inaktivität weit verbreitet ist, für ihr Engagement im Sinne des Vermächtnisses von STUKENBROECK.
Ich will zur Verbreitung der Arbeit des Arbeitskreises beitragen in der Hoffnung, daß dieses Beispiel Schule macht und sich bald „Nachmacher" finden und auch darauf hoffend, daß im nächsten Jahr im September mehr Menschen ihrem Willen in Stukenbroeck mit der Ehrung der Toten Ausdruck verleihen.
Ich werde versuchen, im nächsten Jahr wieder meine Blumen nach Stukenbroeck zu bringen.
Wer kommt mit?

Klaus Lederer

Aus dem Schwur der Überlebenden von Stukenbroeck:

„Immer werden wir unsere in Stukenbroeck beerdigten Kameraden im Andenken bewahren ... Wir werden den kommenden Generationen von den Schrecken des Krieges erzählen. Wir versprechen, gegen jegliche Versuche, einen neuen Krieg zu entfesseln und den Nazismus wiederherzustellen, aktiv zu kämpfen."

Auswahl-Bibliographie

Bücher, Dokumentationen, Studien, Zeitschriften, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel zum Rechtsextremismus in der DDR 1989/90

- Antifa-Infoblatt (nur für den innerkirchlichen Gebrauch) Nr. 1, Berlin/Ost, Juli 1989 Nr. 2, Berlin/Ost, November 1989.
- Bach, Roland Neofaschismus/Antifaschismus/Ausländerfeindlichkeit. Eine Untersuchung von Leserbriefen an die Zeitung „Junge Welt" aus der Zeit vom Januar bis April 1990 Berlin/Ost – unveröffentlichte Studie.
- Block, Barbara Schillernde Verführungen des Rechtsradikalismus. Zu einigen gesellschaftlichen Ursachen neofaschistischer Tendenzen In: Berliner Zeitung, Berlin/Ost, 4. 1. 1990.
- Brück, Wolfgang Die Stunde der Rechten in der DDR? – Interview In: Neues Deutschland, Berlin/Ost, 16./17. 12. 1989.
- Brück, Wolfgang Orientierungspunkte zu Jugend und Rechtsextremismus Zentralinstitut für Jugendforschung, Leipzig, Frühjahr 1990 – unveröffentlichte Studie.
- Brück, Wolfgang Erst Demütigung, dann Wolfsmoral. Sind die Rechtsradikalen im Vormarsch? – Interview In: Sonntag, Berlin/Ost 1990, Nr. 11, S. 12.
- Seid wachsam! Neofaschisten formieren sich. Dokumentation des Ministeriums für Innere Angelegenheiten der DDR Berlin/Ost, Dezember 1989 In: antiFA, Berlin/Ost 1990, Nr. 2, S. 8/9.
- Dörre, Karin/Oberländer, Arno Von der Punk-Welle zur linksautonomen Antifa In: Neues Deutschland, Berlin/Ost, 18. 4. 1990.
- Elm, Ludwig Wie konnte ein rechtes Potential in der DDR entstehen? In: Unsere Zeit, Essen, 9. 3. 1990
- Engelstädter, Heinz/Seifert, Otto Die schleichende Gefahr. Europa, die Deutschen, Nationalismus und Neofaschismus Berlin/Ost 1990 – Brandenburgisches Verlagshaus.

– Felix
Skinheads in Erfurt
In: antiFA, Berlin/Ost 1990,
Nr. 7, S. 14/15.
– Fischer, Benno
DDR-Rechtsextremismus als Vorbote der Systemkrise
In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Bonn 1990, Nr. 4, S. 332–338.
– Gelbhaar, R./Kokoschko, R.
Ursachen und Formen rechtsextremistischer und neofaschistischer Erscheinungen in der DDR
In: antiFA, Berlin/Ost, 1990, Teil 1, Nr. 4, S. 10/11;
Teil 2, Nr. 5, S. 6.
– Manfred Hantke
Zur Bewältigung der NS-Zeit in der DDR. Defizite und Neubewertungen
Bonn-Bad Godesberg 1990
– Heinesch, Michael
Der verhängnisvolle Druck nach rechtsaußen – Interview
In: Berliner Zeitung, Berlin/Ost, 14./15. 7. 1990.
– Weder Zeit zur Freude noch zur Trauer. Gedanken zur Zeit – im Gespräch mit Stephan Hermlin, der morgen seinen 75. Geburtstag begeht
In: Junge Welt, Berlin/Ost, 12. 4. 1990.
– Hülsemann, Wolfram
Ich glaube, die DDR wird nicht als Heimat empfunden – Interview
In: Berliner Zeitung, Berlin/Ost, 28./29. 7. 1990.
– Ich fragte: Sind wir wirklich schon im Vierten Reich ...?
Berlin-Grünau im Juli 1990: Protokolle junger Leute über die Deutschen und ihr Verhältnis zu den Ausländern
In: Neues Deutschland, Berlin/Ost, 4./5. 8. 1990.
– Kahane, Anetta/John, Barbara
„Rassismus durch Nichthandeln, Nichtäußern und Nichthelfen" – Interview
In: taz, Berlin, 24. 7. 1990.
– Kokoschko, Ray
Sozialisationsleistungen rechtsextremer Gruppierungen und ihre Beziehungen zur sozialen Umwelt in der DDR
Berlin/Ost 1990 – unveröffentlichte Diplomarbeit.
– di Lorenzo, Giovanni
Der alte Geist in jungen Köpfen. Warum die Parolen der Republikaner und der NPD im anderen Teil Deutschlands besonders bei jüngeren Menschen so großen Anklang finden
In: Süddeutsche Zeitung, München, 5. 2. 1990.
– ma
Real-existierende Neonazis. Zur Perspektive des Antifaschismus in der DDR
In: Arbeiterkampf, Hamburg, Nr. 319, 28. 5. 1990, S. 10.
– Madloch, Norbert
Rechtsextremismus in der DDR
In: Geschichte und Gesellschaftskunde, Berlin/Ost 1990, Nr. 4, S. 301–307.
– Madloch, Norbert
Rechtsextremismus nach der Wende in der DDR
In: Konsequent, Berlin/West 1990, Nr. 2, S. 11–19.

– Madloch, Norbert
Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR
In: 9. September. Sonderdruck des Bundes der Antifaschisten in der DDR zum Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung 1990, S. 7.
– Mahlke, Stefan
„Lieber Italiener als Polen in unserem Land?“ Ausländerfeindlichkeit in der DDR und die Suche nach einer neuen Identität als Deutsche
In: Neues Deutschland, Berlin/Ost, 12./13. 5. 1990.
– Neonazismus in der DDR
In: antifa-infoblatt, Berlin/West 1989, Nr. 9 (Okt./Nov.), S. 53–56.
– ...
Sollen die weitermarschieren, bis alles in Scherben fällt? – Interview –
In: Junge Welt, Berlin/Ost, 28. 12. 1989.
– Pahnke, Rudi
Unbehagen, Protest, Provokationen, Gewaltaktivitäten von Jugendlichen in neofaschistischer Gestalt. „Neonazistische“ Tendenzen unter Jugendlichen (Alter 14–ca. 20 Jahre) in der DDR. Hintergründe und zu einem angemessenen Umgang mit Problemen
Berlin/Ost 1989 – unveröffentlichte Studie.
– Pahnke, Rudi
Das Bild vom Nazi beim jungen Antifaschisten
In: antiFA, Berlin/Ost 1990, Nr. 6, S. 10–12.
– Paul, Jürgen
Polizei und Prävention. In Berlin rotten sich Neofaschisten zusammen und werden dabei von braunen Häuptlingen aus der BRD nahezu unbehelligt geschult. Die Staatsmacht zeigt Flagge und schreitet mitunter massiv ein, Nazinester werden ausgenommen – doch löst das die Probleme?
In: Junge Welt, Berlin/Ost, 26./27. 5. 1990.
– Pressespiegel zur Rechtsentwicklung. April–Juni 1990
Hrsg: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste
Berlin/West 1990, S. 22–31.
– Richter, Rolf
Antifaschismus heute – Was soll das noch?
In: 9. September. Sonderdruck des Bundes der Antifaschisten in der DDR zum Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung 1990, S. 4.
– Runge, Irene
Ausland DDR. Fremdenhaß
Berlin/Ost 1990 – Dietz Verlag
– „Ich bin stolz, ein Rep zu sein.“ Interview mit Jens Sárközi aus Leipzig
In: Junge Welt, Berlin/Ost, 31. 1. 1990.
– Schomers, Michael T.
Deutschland ganz rechts
Köln 1990 – Verlag Kiepenheuer & Witsch.
– Schubarth, Wilfried
Einstellung Jugendlicher zum

Faschismus
In: Geschichte und Gesellschaftskunde, Berlin/Ost 1990, Nr. 4, S. 328–331.
– Schumann, Frank
Wozu noch Antifaschismus?
In: Junge Welt, Berlin/Ost, 8./9. 9. 1990.
– Studie über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR
Berlin/Ost, November 1989 – unveröffentlicht.
– Ansonsten stirbt hier alles aus. Tonbandprotokoll des Berliner Skinheads Thommy – mehr als ein Zeitdokument
In: Junge Welt, Berlin/Ost, 7./8. 4. 1990.
– Ulrich, Holde-Barbara
Auch sie sind unsere Kinder
In: Für Dich, Berlin/Ost 1990, Nr. 30, S. 22.
– Wagner, Bernd
Das größere Problem kommt von rechts – Interview
In: Junge Welt, Berlin/Ost, 13. 7. 1990.
– Weiß, Konrad
Junge Faschisten in der DDR
In: Kontext. Beiträge aus Kirche & Gesellschaft. Kultur (nur für den innerkirchlichen Gebrauch), Berlin/Ost 1989, Nr. 5.
– Weiß, Konrad
Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR
In: Elternhaus und Schule, Berlin/Ost 1990, Nr. 1, S. 14–17.
– Wittich, Dietmar
Die Erscheinungen der Gewalt – wo kommen sie her? Anmerkungen zu den Ursachen aus soziologischer Sicht. Umfassende Rechtsstaatlichkeit gefordert
In: Berliner Zeitung, Berlin/Ost, 11. 1. 1990.

Zusammenstellung:
Norbert Madloch

Herausgeber:
Magistratsverwaltung
für Jugend, Familie und Sport
über Verlag Junge Welt GmbH

Redaktion:
Roland Bach
Uwe Erfurt
Hartmut Hempel
Norbert Madloch
Wilfried Trutz

Druck:
Druckzentrum Berlin

Foto: Susanne Fleck